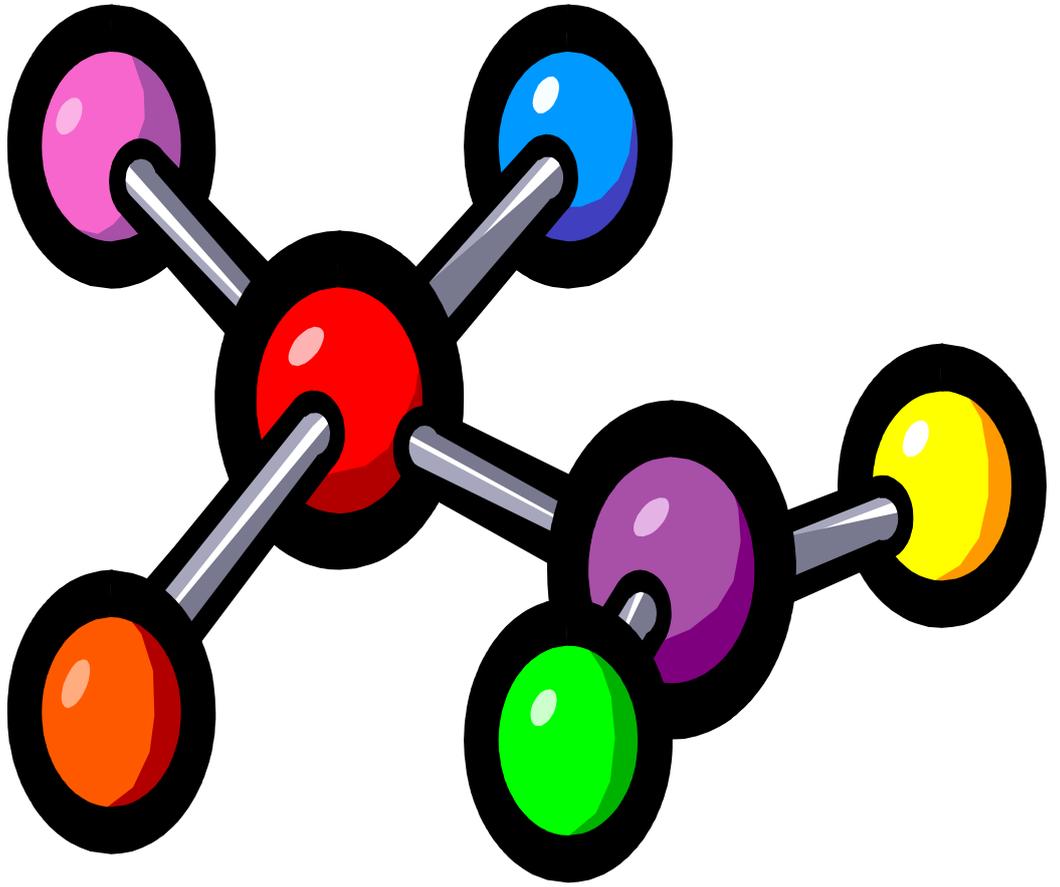


# Beteiligungsbericht 2011

Rheinisch-Bergischer



Kreis





**Herausgeber:** **Rheinisch-Bergischer Kreis**  
**Der Landrat**  
**Am Rübezahlwald 7**  
**51469 Bergisch Gladbach**

**Bearbeitung:** **Dezernat I**  
**Amt 20/Beteiligungsmanagement**

**Telefon:** **02202/13 2417**

**02202/13 2418**

**Fax:** **02202/13 2121**

## Inhaltsverzeichnis

	<b>Seite</b>
Einführung	2
Kennzahlen im Überblick	3
Der Rheinisch-Bergische Kreis - Zahlen, Daten, Fakten	4
Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichtes	5
<b>Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises</b>	<b>8</b>
- Bergischer Abfallwirtschaftsverband	9
- Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt (CVUA) Rheinland	15
- Das Bergische gGmbH	18
- Flughafen Köln/Bonn GmbH	23
- Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen eG.	30
- Kraftverkehr Wupper-Sieg AG	35
- Krankenhaus Wermelskirchen GmbH	44
- Naturarena Bergisches Land GmbH	51
- PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH	56
- Radio Berg GmbH & Co. KG	61
- Regionalverkehr Köln GmbH	65
- Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH	73
- Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH	81
- Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH (RBW)	86
- Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR	92
- RWE AG	96
- RW Holding AG	103
- Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH	107
- Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper	112
- Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	118
- Zweckverband Naturpark Bergisches Land	121
- Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg	125
- Landrat-Lucas-Stiftung	131
<b>Mitgliedschaften des Rheinisch-Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen</b>	<b>134</b>



## Einführung

Durch die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen sind die Städte und Gemeinden verpflichtet, jährlich einen Beteiligungsbericht hinsichtlich der gemeindlichen Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in Rechtsformen des privaten Rechts zu erstellen.

Gemäß § 53 der Kreisordnung in Verbindung mit § 117 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen hat auch der Rheinisch-Bergische Kreis zur Information der Kreistagsmitglieder und der Einwohnerinnen und Einwohner einen Bericht über seine Beteiligungen zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben über die

- Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- finanzwirtschaftlichen Auswirkungen der Beteiligungen,
- Beteiligungsverhältnisse und
- Zusammensetzung der Organe der Gesellschaft

enthalten.

So soll die Wahrnehmung öffentlicher Kontrolle über kommunale Unternehmen durch die demokratisch legitimierten Organe der Kommunen dokumentiert und die politische Einflussnahme auf die Unternehmensziele verdeutlicht werden.

Der Rheinisch-Bergische Kreis legt nunmehr den siebzehnten Bericht über seine Beteiligungen an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts vor. Soweit möglich, berücksichtigt der Beteiligungsbericht aktuelle Daten bezogen auf das Berichtsjahr 2011.

Mit dem vorgelegten Beteiligungsbericht 2011 wird ein Überblick über die bestehenden Beteiligungen und ihre wirtschaftliche Entwicklung gegeben. Damit sollen insbesondere die Anforderungen an die öffentliche Hand in Bezug auf eine zufriedenstellende Information der Öffentlichkeit erfüllt werden, aber auch Transparenz der wirtschaftlichen Betätigung des Rheinisch-Bergischen Kreises in privatwirtschaftlichen und öffentlich-rechtlichen Unternehmen geschaffen werden.

Die Einsicht in den Beteiligungsbericht ist jedermann gestattet.

**Kennzahlen im Überblick****Kennzahlen zur Kapitalstruktur (Verschuldungsgrad)**

Kennzahl	Berechnung
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$

**Kennzahlen zur Finanzlage**

Kennzahl	Berechnung
Anlagenintensität	$\frac{\text{Anlagevermögen} \times 100}{\text{Gesamtkapital}}$
Investitionen	Zugänge zu den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen des laufenden Geschäftsjahres
cash-flow	Jahresüberschuss/-fehlbetrag + Abschreibungen Sachanlagen +/- Veränderung langfristiger Rückstellungen +/- Einstellung/Auflösung des Sonderpo. mit Rücklagenanteil
Deckungsgrad Vermögen	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{Fremdkapital}}{\text{Vermögen}}$

**Kennzahlen zur Ertragslage**

Kennzahl	Berechnung
EBT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern
EBIT	Ordentliches Ergebnis vor Ertragssteuern und vor Zinsaufwand
EBITDA	Ordentliches Ergebnis vor Ertragsteuern, Zinsaufwand, Abschreibungen, Auflösung Sonderposten
Gesamtkapitalrentabilität	$\frac{\text{Jahresüberschuss vor Ertragsteuer} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Bilanzsumme am 31.12.}}$
Eigenkapitalrentabilität	$\frac{\text{Ordentliches Ergebnis} \times 100}{\text{Eigenkapital}}$
Umsatzrentabilität	$\frac{\text{EBIT} \times 100}{\text{Umsatz}}$

**Der Rheinisch-Bergische Kreis - ZAHLEN, DATEN, FAKTEN**Einwohnerzahl, Flächengröße und Einwohnerdichte der Städte und Gemeinden

	<u>km<sup>2</sup></u>	<u>Einwohner</u>	<u>Einw./km<sup>2</sup></u>
Stadt Bergisch Gladbach	83,12	105.836	1.273
Stadt Burscheid	27,38	18.627	680
Gemeinde Kürten	67,49	19.468	288
Stadt Leichlingen	37,33	27.390	734
Gemeinde Odenthal	39,97	15.731	394
Stadt Overath	68,83	26.749	389
Stadt Rösrath	38,82	27.243	702
Stadt Wermelskirchen	74,66	35.129	471
(Stand: 31.12.2011)	<b>437,60</b>	<b>276.173</b>	<b>631</b>

<b><u>Straßen:</u></b>	Autobahnen	=	40,2 km
	Bundesstraßen	=	43,5 km
	Landstraßen	=	268,1 km
	Kreisstraßen	=	134,2 km
	Gemeindestraßen	=	970,0 km
	Privatstraßen	=	14,6 km
<b><u>Gewässer:</u></b>	Agger	=	9 km
	Dhünn	=	26 km
	Sülz	=	19 km
	Sülzbach	=	13 km
	Wupper	=	18 km
<b><u>Talsperren:</u></b>	Diepental-Talsperre	=	0,3 Mio. m <sup>3</sup>
	Große Dhünn-Talsperre	=	81,0 Mio. m <sup>3</sup>

### **Auftrag und Gegenstand des Beteiligungsberichts**

Im Zuge der Privatisierung öffentlicher Aufgaben haben die Kommunen in den letzten Jahren verstärkt Firmen gegründet, sich an Firmen beteiligt oder Aufgaben an Privatfirmen vertraglich vergeben.

Für die Beteiligungen bzw. Firmengründungen sind der öffentlichen Hand vom Gesetzgeber klare Vorschriften vorgegeben worden. Die Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) nennt hierzu eine Vielzahl von Bestimmungen und Anforderungen bezüglich der Zulässigkeit, Rechtsformwahl, Sicherungsregelungen, Anzeige- und Informationspflichten.

So darf sich die Gemeinde gemäß § 107 GO NW zur Erfüllung ihrer Aufgaben nur wirtschaftlich betätigen, wenn

- a) ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert,
- b) die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht und
- c) bei einem Tätig werden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telefondienstleistungen der öffentliche Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann.

Die wirtschaftliche Betätigung in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung gem. § 107a GO NW dient einem öffentlichen Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

Gem. § 109 GO sind Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Soweit die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird, sollen Unternehmen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen.

Für die Gründung bzw. Beteiligung an einer Gesellschaft, die auf den Betrieb eines Unternehmens bzw. einer Einrichtung in einer Rechtsform des privaten Rechts gerichtet ist, stellt § 108 GO weitere Anforderungen, und zwar muss u.a.

- a) bei Einrichtungen ein wichtiges Interesse der Gemeinde an der Gründung oder der Beteiligung vorliegen,
- b) eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt,
- c) die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit stehen,
- d) sichergestellt sein, dass sich die Gemeinde nicht zur Übernahme von Verlusten in unbestimmter oder unangemessener Höhe verpflichtet,
- e) die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, erhalten. Dieser Einfluss muss durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder in anderer Weise sichergestellt werden,

- f) das Unternehmen oder die Einrichtung durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet sein,
- g) gewährleistet sein, dass bei den Gesellschaften der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, aufgrund des Gesellschaftsvertrages oder der Satzung in entsprechender Anwendung der Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und ebenso oder in entsprechender Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschrift geprüft werden,
- h) bei Unternehmen und Einrichtungen in Gesellschaftsform, vorbehaltlich weitergehender oder entgegenstehender gesetzlicher Vorschriften, durch Gesellschaftsvertrag oder Satzung gewährleistet sein, dass die für die Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährten Gesamtbezüge im Sinne des § 285 Nummer 9 des Handelsgesetzbuches der Mitglieder der Geschäftsführung des Aufsichtsrates, des Beirates oder einer ähnlichen Einrichtung im Anhang zum Jahresabschluss jeweils für jede Personengruppe sowie zusätzlich unter Namensnennung die Bezüge jedes einzelnen Mitglieds dieser Personengruppe unter Aufgliederung nach Komponenten im Sinne des § 285 Nummer 9 Buchstabe a des Handelsgesetzbuches angegeben werden.
- i) gewährleistet sein, dass bei Unternehmen der Telekommunikation einschließlich von Telefondienstleistungen im Gesellschaftsvertrag die unmittelbare oder im Rahmen einer Schachtelbeteiligung die mittelbare Haftung der Gemeinde auf den Anteil der Gemeinde bzw. des kommunalen Unternehmens am Stammkapital beschränkt ist. Zur Wahrnehmung gleicher Wettbewerbschancen darf die Gemeinde für diese Unternehmen weder Kredite nach Maßgabe kommunalwirtschaftlicher Vorzugskonditionen in Anspruch nehmen noch Bürgschaften und Sicherheiten leisten.

### **Rechtsformen**

Die Ausgliederung von kommunalen Aufgaben durch Gründungen von oder Beteiligungen an wirtschaftlichen Unternehmen (Organisationsprivatisierung) führt in der Regel zu einer verminderten Einflussnahme der Politik auf das operationale Geschäft der Gesellschaften. Für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen unternehmerischer Selbständigkeit einerseits und Steuerungsmöglichkeiten der Politik andererseits ist die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) als Rechtsform besonders geeignet. Sie bietet Steuerungsmöglichkeiten über den Gesellschaftervertrag und die Gesellschafterversammlung und gewährleistet am ehesten, dass die Kontrollfunktionen von Politik und Verwaltung auch im Falle verselbständigter Organisationseinheiten soweit wie möglich erhalten bleiben.

### **Organe**

Die Steuerung und Kontrolle der Beteiligungen erfolgt in erster Linie über ihre Organe. Vor dem Hintergrund, dass der Einfluss der jeweiligen Gebietskörperschaft in ihrer Eigenschaft als Eigentümerin oder Mitgesellschafterin gestärkt werden soll, legt § 113 Gemeindeordnung fest, dass sich die Gebietskörperschaften einen angemessenen Einfluss, insbesondere in einem Überwachungsorgan, vertraglich sichern.

Die GmbH bereitet im Hinblick auf die Interessenvertretung keine Probleme. Eingriffsmöglichkeiten auf die Geschäftsführung ergeben sich durch den Katalog zustimmungsbedürftiger Geschäfte. Über die Gesellschafterversammlung wird die Entscheidungsbefugnis auf die zuständigen Kreisorgane verlagert. Deren Beschlüsse

binden die Kreisvertreter bei ihren Stimmabgaben. Die vom Kreistag gewählten Vertreter müssen die Interessen der Kommune verfolgen und haben eine umfassende Informationspflicht. Sie haben den Kreistag über Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten. Ihnen erteilte Weisungen sind verbindlich.

Zu den Aufsichtsratsmitgliedern muss der Bürgermeister/Landrat oder ein von ihm vorgeschlagener Beamter oder Angestellter gehören, wenn mehr als ein Mitglied die Kommune vertritt.

### **Finanzen**

Die Entwicklung steuerungsfähiger und kontrollgeeigneter Finanzvorgaben gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer Beteiligungspolitik. Für die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen fordert die Gemeindeordnung in Verbindung mit dem Haushaltsgrundsätzegesetz mindestens Kostendeckung. Aufgabe in der Beteiligungsverwaltung ist es daher, in Zusammenarbeit mit den Geschäftsführungen der Beteiligungen ein Instrumentarium zu schaffen, dass eine Verbesserung des Beteiligungscontrollings ermöglicht.

### **Einflussnahme**

Mit der wirtschaftlichen Betätigung durch Unternehmensgründungen oder Beteiligungen an rechtlich selbständigen Unternehmen wollen die Gebietskörperschaften in der Regel einen dauernden Einfluss auf die Betriebsführung ausüben. Maßgebliches Ziel ist, Teilhaber des Unternehmens zu werden, um dessen Geschäftspolitik und Wirtschaftsführung zu beeinflussen. Der bloße Erwerb oder das Halten von Anteilen an Unternehmen aus finanziellen und steuerlichen Gründen bewirkt keine unternehmerische Betätigung. Eine echte Beteiligung mit Optionen zur Gestaltung liegt dann vor, wenn sich die öffentliche Hand zu mehr als 25 % beteiligt. Nur so kann verhindert werden, dass entscheidende Gesellschafterbeschlüsse zu Kapitalveränderungen, Zuständigkeiten und Vertretungsregelungen zu Lasten der Gebietskörperschaft gefasst werden.

### **Beteiligungsmanagement**

Zielbestimmend für das Beteiligungsmanagement ist die Beteiligungspolitik, denn diese formuliert die mit der Beteiligung angestrebten Ziele.

Das Beteiligungsmanagement umfasst die Prüfung, ob für die Erledigung einer Aufgabe eine Beteiligung (noch) erforderlich ist, die Vorbereitung der Gründung usw. sowie ggf. die Wahl der Rechtsform. Darüber hinaus beinhaltet das Beteiligungsmanagement u.a. auch die Erarbeitung und Änderung von Gesellschaftsverträgen, Satzungen usw., um sie geänderten kommunalpolitischen Rahmenbedingungen anzupassen.

Hinzu kommt die Überwachung der Einhaltung gesellschaftsrechtlicher, vertraglicher bzw. satzungsmäßiger Pflichten durch die Beteiligung. Zu überwachen sind beispielsweise die Einhaltung von Terminen für die Vorlage der Jahresabschlüsse oder die Einhaltung der Vorschriften bei der Bestellung von Abschlussprüfern.

Weiterer Bestandteil des Beteiligungsmanagements ist die Überwachung des Geschäftsverlaufs der Beteiligung. Diese beinhaltet u.a. die Analyse der Jahresabschlüsse, Geschäftsberichte und Wirtschaftspläne sowie weiterer Berichte und Unterlagen der Beteiligung. Ziel ist es, Fehlentwicklungen im Geschäftsverlauf der Beteiligung frühzeitig zu erkennen, um das investierte Kapital nicht zu gefährden.

**Übersicht über die Beteiligungen des Rheinisch-Bergischen Kreises**

<b>Gesellschaft mit beschränkter Haftung</b>	<b>Aktien-Gesellschaft</b>	<b>Kommandit-gesellschaft</b>	<b>Genossenschaft</b>	<b>Verbände/ Einrichtungen/ Gesellschaft bürgerlichen Rechts, AöR, Stiftungen</b>
Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH 25 %	Kraftverkehr Wupper-Sieg AG 50 %	Radio Berg GmbH & Co. KG 12,5 %	Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G. 1,23 %	Bergischer Abfallwirtschaftsverband 50 %
Flughafen Köln/Bonn GmbH 0,35 %	RWE AG 0,01 % (im Kämmereivermögen) 70.860 Stück Stammaktien			Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR 8,3 %
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH 32,85 %	RWE AG 1,28 % (im KWS Vermögen) 671.385 Stück Stammaktien			Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper 20 %
Krankenhaus Wermelskirchen GmbH 33,33 %	RW-Holding AG über KWS AG 2,31 % (in KWS eingelegt) 671.385 Stück Stammaktien			Zweckverband für die Kreissparkasse Köln 25 %
PBH Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH 2,89 %				Zweckverband Naturpark Bergisches Land 14,29 %
Regionalverkehr Köln GmbH 12,5 %				Zweckverband VRS 11,11 %
Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH 51 %				CVUA Rheinland 5,833 %
Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH 1,68 %				Landrat-Lucas-Stiftung 100 %
Naturarena Bergisches Land GmbH 30 %				
Das Bergische gGmbH 45 %				

## **Bergischer Abfallwirtschaftsverband**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Bergischer Abfallwirtschaftsverband  
Braunswerth 1-3  
51766 Engelskirchen

Telefon: 02263 / 805-0  
Telefax: 02263 / 805-520

Internet: [www.bavweb.de](http://www.bavweb.de)  
E-Mail: [mail@bavmail.de](mailto:mail@bavmail.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Der Bergische Abfallwirtschaftsverband ist ein Abfallentsorgungsverband im Sinne des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen und ein Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit. Er ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Engelskirchen.

Der Verband hat die Aufgabe der Abfallentsorgung nach dem Landesabfallgesetz in Verbindung mit dem Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen für den Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis, soweit diese den beiden Kreisen obliegen. Hierbei sind die Abfälle in erster Linie zu vermeiden, in zweiter Linie zu verwerten und, soweit sie nicht verwertet werden, dauerhaft von der Kreislaufwirtschaft auszuschließen und zur Wahrung des Wohls der Allgemeinheit zu beseitigen.

Der Verband hat die Aufgabe, das Abfallwirtschaftskonzept gemäß des Landesabfallgesetzes sowie des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes für das Verbandsgebiet zu erstellen.

Zu seinen Aufgaben gehört die umfassende Beratung über die Möglichkeiten der Vermeidung und Verwertung von Abfällen. Die Beratung umfasst auch Abfälle, für die keine Überlassungspflicht besteht oder von der Entsorgungspflicht ausgeschlossen sind. Der Verband kann als beauftragter Dritter Aufgaben wahrnehmen, die den Mitgliedern in ihrer Eigenschaft als Untere Abfallwirtschaftsbehörde obliegen, soweit die Durchführung dieser Aufgaben dem Verband durch die Unteren Abfallwirtschaftsbehörden aufgetragen wird.

Der Verband kann im Rahmen seiner Leistungsfähigkeit von Städten und Gemeinden im Verbandsgebiet Aufgaben im Rahmen der Abfallwirtschaft bzw. Abfallentsorgung (Einsammeln und Befördern) übernehmen, wenn die Aufgabenübernahme sinnvoll erscheint, dem öffentlichen Wohl dienlich ist und den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

### **3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse**

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 5.000.000 €

Mitglieder des Verbandes sind:

Oberbergischer Kreis, Gummersbach  
Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach.

#### 4. Organisationsstruktur

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsvorsteher,
- b) Verbandsversammlung.

##### 4.1 Verbandsvorsteher und Geschäftsführung

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten gewählt.

###### Geschäftsjahr 2011

Verbandsvorsteher: Herr Hagen Jobi, Landrat Oberbergischer Kreis

Stellv. Verbandsvorsteher: Herr Rolf Menzel,  
Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte. Er hat die Beschlüsse der Verbandsversammlung vorzubereiten und auszuführen. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient er sich des Geschäftsführers, der für die Erfüllung der Aufgaben gegenüber dem Verbandsvorsteher verantwortlich ist. Der Geschäftsführer tritt an die Stelle des Betriebsleiters nach § 2 EigVO.

Geschäftsführerin: Frau Monika Lichtinghagen-Wirths, Engelskirchen

##### 4.2 Verbandsversammlung

Die Verbandsversammlung besteht aus 18 Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Kreise entsenden je 8 Vertreter aus der Mitte der Kreistage sowie als je einen weiteren Vertreter den Landrat oder einen von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises, für die Dauer ihrer Wahlzeit.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden; in gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der vorgeschriebenen Vertreter anwesend sind. Beschlüsse der Verbandsversammlung werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Vertreter gefasst. Der Beschluss über die Änderung der Satzung und der Beschluss über das Abfallwirtschaftskonzept bedürfen der Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Vertreter.

Die Verbandsversammlung setzt sich wie folgt zusammen:

###### Mitglieder des Oberbergischen Kreises

Dr. Christian Dickschen, Gummersbach

Herr Norbert Heß, Engelskirchen

Jürgen Dreiner-Wirz, Lindlar

Jürgen Marquardt, Gummersbach

Reinhold Müller, Engelskirchen

Gerd Werner, Lindlar

Helmut Schäfer, Engelskirchen

Doris Schuchardt-Kaganietz, Engelskirchen  
Günter Stricker, Morsbach

#### Mitglieder des Rheinisch-Bergischen Kreises

Horst Adler, Bergisch Gladbach  
Rainer Bleek, Wermelskirchen  
Ulrich Heimann, Bergisch Gladbach  
Helga Loepp, Wermelskirchen  
Udo Klemt, Bergisch Gladbach  
Dr. Peter Ludemann, Bergisch Gladbach  
Roland Rickes, Bergisch Gladbach bis 15.06.2011  
Harald Wolfert, Burscheid ab 15.06.2011  
Klaus-Dieter Ziepke, Leichlingen  
Dietmar Virnich, Bergisch Gladbach

Der Vorsitz der Verbandsversammlung lag im Geschäftsjahr 2011 bei Herrn Udo Klemt. Sein Stellvertreter war Herr Reinhold Müller

## **5. Wirtschaftliche Daten**

Der Jahresabschluss weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 2.162 T€ aus, der um 1.690 T€ über dem Planansatz liegt.

Die Umsätze aus der Behandlung von Abfällen erhöhten sich im Geschäftsjahr 2011 um 7,15 % auf 29.425 T€. Diese Erhöhung erklärt sich durch die größere Abfallmenge, insbesondere im Bereich Haus- und Sperrmüll (+ 2,4 %) und Bioabfall (+ 3,77 %), durch die in der 144. Verbandsversammlung am 26.11.2010 beschlossene Gebührenerhöhung (Haus- u. Sperrmüll + 3,48%, Bioabfall + 3,25 %) sowie die günstige Entwicklung am Altpapiermarkt, die einen Erlöß von 674 T€ zuließ.

Die sonstigen betrieblichen Erträge von 12.309 T€ beinhalten insbesondere die Inanspruchnahme aus Rückstellungen für die Deponienachsorge (8.581 T€) und Erträge aus dem Verkauf von Deponieraum für die Errichtung des Kegels im Zusammenhang mit der Umsetzung der landschaftsplanerischen Gestaltung der Deponieareale (693 T€) sowie der Abrechnung der Nachkalkulation der AVEA Gruppe für das Geschäftsjahr 2010 (2.227 T€).

Die durch den Verband im Wirtschaftsjahr 2008 erwirtschaftete Überdeckung gemäß § 6 KAG in Höhe von 2.265 T€ wurde im Jahr 2011 reduziert um einen Betrag in Höhe von 818 T€, der bereits im Abschluss 2010 berücksichtigt wurde, in Höhe von 1.447 T€ gebührenmindernd angesetzt.

Für 2011 ergab sich eine Unterdeckung in Höhe von 227 T€, die dadurch entstand, dass aufgrund sinkender Zinserträge Zuführungen zur Nachsorgerückstellung gebührenrelevant angesetzt werden mussten. Die Überdeckung aus 2010 in Höhe von 3.156 T€ wurde um diese Unterdeckung reduziert und beträgt nun 2.928 T€.

**Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	369	453	536
II. Sachanlagen	21.542	13.275	7.258
III. Finanzanlagen	71.304	85.304	88.366
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.459	10.810	7.479
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	17.888	7.887	16.919
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>119.562</b>	<b>117.729</b>	<b>120.558</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	5.000	5.000	5.000
II. Allgemeine Rücklage	4.000	4.000	4.000
III. Zweckgebundene Rücklage	6.072	4.902	1.640
IV. Gewinnvortrag	0	0	0
V. Jahresüberschuss	2.162	3.864	4.758
B. Sonderposten für Investitions-Zuschüsse	7.275	0	0
C. Rückstellungen	92.196	96.178	100.941
D. Verbindlichkeiten	2.857	3.785	4.219
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>119.562</b>	<b>117.729</b>	<b>120.558</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	38.365	35.505	32.395
Andere aktivierte Eigenleistungen	286	407	0
sonstige betriebliche Erträge	12.309	11.133	8.967
Materialaufwand	40.993	39.026	33.497
Personalaufwand	2.261	2.260	2.008
Abschreibungen	802	630	788
sonstige betriebliche Aufwendungen	5.649	7.129	5.398
Erträge aus Beteiligungen	1.674	2.251	1.487
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	2.365	2.339	2.891
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	308	721	681
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	4.114	67	67
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>1.488</b>	<b>3.244</b>	<b>4.663</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	677	624	98
Sonstige Steuern	- 4	- 4	- 3
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>2.161</b>	<b>3.864</b>	<b>4.758</b>

**Kennzahlen**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	14,41	15,09	12,8
Umsatzrentabilität:	%	5,64	10,88	14,69
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	€	5.092	- 3.619	6.690
Ausschüttung an Gesellschafter:	T€	1.672	2.694	1.511

**6. Beschäftigte**

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2011	2010	2009
Gewerbliche Arbeitnehmer und Angestellte	40	40,8	33,0

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 1.853.157,08 € an Löhne und Gehälter sowie 407.915,15 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

**7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Zur Deckung des Finanzbedarfs erhebt der Verband Gebühren nach den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen. Soweit diese Einnahmen nicht ausreichen, kann der Verband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage erheben, um seinen Finanzbedarf zu decken. Dies wurde bisher nicht notwendig.

Aus dem für 2011 ausgewiesenen Jahresergebnis wurde eine Ausschüttung in Höhe von jeweils 836.000 € (die ausschließlich aus der gewerblichen Tätigkeit des BAV resultieren)

an die Mitglieder vorgenommen.

## **8. Bewertung**

In den vergangenen Jahren wurde auf der Basis der interkommunalen Kooperation eine leistungsstarke kommunale Abfallwirtschaft für das Verbandsgebiet aufgebaut, die eine autarke und umweltorientierte Abfallbehandlung auch unter wechselnden Marktbedingungen langfristig garantiert.

Als unabhängige Institution nimmt der Verband die öffentlich-rechtlichen Pflichten im Dienste der langfristigen Entsorgungssicherheit wahr. Hierzu gehören die Kalkulation der Abfallgebühren, die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Beratung und Unterstützung der Verbandskommunen bei ihren Entsorgungsaufgaben, die effektive Deponienachsorge in Kombination mit intelligenten Folgenutzungen, die bedarfsgerechte Bündelung kommunaler Aufgaben beim Verband sowie eine unabhängige Abfallberatung.

Das Jahr 2011 stand im Zeichen des weitgehenden Abschlusses baulicher und landschaftlicher Neugestaltungen auf Flächen der ehemaligen Zentraldeponie Leppe im Rahmen des Projektes :metabolon sowie dessen öffentlicher Präsentation und festlicher Eröffnung. Mit der Fertigstellung wesentlicher Projektteile wurde die Verzahnung der fünf thematischen Säulen von :metabolon zu einem abgestimmten Gesamtkonzept realisiert.

Insgesamt kann der Bergische Abfallwirtschaftsverband auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2011 mit positivem Ergebnis zurückblicken. Die wirtschaftliche Lage des Verbandes ist solide und das Anlagevermögen des Verbandes ist durch langfristiges Kapital gedeckt.

Auch für das Geschäftsjahr 2012 wird auf Grundlage konstanter bis leicht steigender Gebühreneinnahmen und entsprechender Kostenpositionen, gleichbleibender Pächterlöse sowie Guthabenzinsen aus mittelfristigen Geldanlagen, die bisher noch über der Inflationsrate liegen, ein positives Geschäftsergebnis erwartet.

## **Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt (CVUA) Rheinland**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland  
Blücherplatz 43  
52068 Aachen

Telefon: 0241 / 5102-100  
Telefax: 0241 / 505296

E-Mail: [poststelle@cvua-rheinland.de](mailto:poststelle@cvua-rheinland.de)  
Internet: [www.cvua-rheinland.de](http://www.cvua-rheinland.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Im Regierungsbezirk Köln wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung – Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchungen der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen eine integrierte Untersuchungsanstalt für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalt) gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.01.2011 errichtet.

Die Untersuchungsanstalt führt den Namen „Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland“ (CVUA Rheinland) mit dem Zusatz „Anstalt des öffentlichen Rechts“.

Der Einzugsbereich der Untersuchungsanstalt umfasst den Regierungsbezirk Köln.

Träger der Untersuchungsanstalt sind das Land NRW sowie die Städteregion Aachen, die Städte Aachen, Bonn, Köln, Leverkusen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg Kreis.

Die Untersuchungsanstalt führt für das Land NRW und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen.

Darüber hinaus kann der Untersuchungsanstalt die Durchführung weiterer Aufgaben durch Rechtsverordnung des Ministeriums oder entsprechenden Beschluss des Verwaltungsrates übertragen werden.

### **3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse**

An dem Stammkapital der Untersuchungsanstalt in Höhe von 300.000,00 € sind beteiligt:

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammeinlage in €</b>	<b>in %</b>
Land NRW	90.000	30
Städteregion Aachen	17.500	5,833
Stadt Aachen	17.500	5,833
Stadt Bonn	17.500	5,833
Stadt Köln	17.500	5,833

Stadt Leverkusen	17.500	5,833
Kreis Düren	17.500	5,833
Kreis Euskirchen	17.500	5,833
Kreis Heinsberg	17.500	5,833
Oberbergischer Kreis	17.500	5,833
Rhein-Erft-Kreis	17.500	5,833
Rhein-Sieg-Kreis	17.500	5,833
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>	<b>17.500</b>	<b>5,833</b>

#### 4. Organe der Untersuchungsanstalt

Die Untersuchungsanstalt hat folgende Organe:

- a) der Verwaltungsrat
- b) der Vorstand.

##### 4.1 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat wird aus 2 Vertreterinnen oder Vertretern des Landes NRW und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune gebildet.

Die Vertretung des Landes NRW hat insgesamt 5 Stimmen. Jede Vertreterin oder jeder Vertreter einer Kommune hat eine Stimme.

Den Vorsitz führt eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kommunen. Der Vorsitz und die Stellvertretung werden vom Verwaltungsrat mit einfacher Mehrheit gewählt.

Der Verwaltungsrat überwacht u.a. die Geschäftsführung des Vorstandes sowie die Durchführung seiner Beschlüsse. Er ist beschlussfähig, wenn er ordnungsgemäß geladen worden ist und mehr als die Hälfte der Stimmen vertreten sind und die oder der Vorsitzende oder ihre oder seine Stellvertretung anwesend ist.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird im Verwaltungsrat durch Herrn Dezernent Dietmar Virnich vertreten.

##### 4.2 Vorstand

Die Untersuchungsanstalt wird vom Vorstand geleitet. Er führt die laufenden Geschäfte der Untersuchungsanstalt in eigener Verantwortung. Er ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht durch Gesetz oder Satzung dem Verwaltungsrat zugewiesen sind. Er vertritt die Untersuchungsanstalt gerichtlich und außergerichtlich.

Der Vorstand besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Der Leiter des Fachbereichs Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen wurde zum Vorstandsvorsitzenden, die Leiterin des Chemischen Untersuchungsinstituts der Stadt Leverkusen zum weiteren Vorstandsmitglied bestellt.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Dr. Löhr (Aachen)  
 Frau Pauly-Mundegar (Leverkusen)

**5. Wirtschaftliche Daten**

Zum Zeitpunkt der Berichterstellung lagen noch keine Daten über das Geschäftsjahr 2011 vor.

**6. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 17.500,00 € zahlt der Rheinisch-Bergische Kreis, wie auch die anderen kommunalen Träger sowie das Land NRW, ein Entgelt für die Leistungen der Untersuchungsanstalt.

Das auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfallende Entgelt belief sich für das Geschäftsjahr 2011 auf 1,38 € pro Einwohner (382.828 €).

**7. Bewertung**

Das Land NRW hat im Jahre 2007 mit dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes die Ermächtigung zur Zusammenführung von kommunalen und staatlichen Untersuchungseinrichtungen geschaffen. Ziel des Gesetzes ist die Bildung effizienter, qualitativ homogener und leistungsstarker Untersuchungsämter für die Bereiche des Verbraucherschutzes in NRW. Ein von der Landesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten sieht die optimale Zahl in maximal einer Untersuchungseinrichtung je Regierungsbezirk.

Neben diesem politischen Willen zur Gründung der integrierten Untersuchungsanstalten besteht auch die Notwendigkeit die immer komplexer und aufwendiger werdenden Untersuchungen in einer Untersuchungsanstalt zu bündeln und dadurch Synergieeffekte zu nutzen, um zukünftig für die Nutzer kostengünstig arbeiten zu können. Vor diesem Hintergrund wurde daher beschlossen, ein gemeinsames Untersuchungsamt Rheinland zu gründen.

Durch die Beteiligung am CVUA Rheinland hat der Rheinisch-Bergische Kreis zukünftig die Möglichkeit, auf die Geschäftsführung und somit auch auf die Gebührentarife und die Entgelte für den Kreis als Leistungsnehmer direkten Einfluss zu nehmen.

## Das Bergische gGmbH

### 1. Allgemeine Unternehmensdaten

Das Bergische gGmbH  
Eichenhofstraße 31  
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 463370  
Telefax: 02266 / 4633737

### 2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde im Juli 2009 vom Oberbergischen Kreis, dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem Zweckverband Naturpark Bergisches Land gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 66497 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Heimatbewusstseins sowie Schutz und Ausbau der natur-, landschafts- und kulturhistorischen Besonderheiten im Zuständigkeitsbereich des Naturparks Bergisches Land.

Der Gegenstand des Unternehmens wird verwirklicht durch infrastrukturelle Verbesserungen, insbesondere durch eine Inwertsetzung und Erweiterung der vorhandenen Freizeit- und Naherholungsangebote in der bergischen Kulturlandschaft. Dabei sollen eine behutsame und bildungsorientierte Entwicklung der touristischen Angebotsstruktur und deren Bekanntmachung sowohl der Identitätsstiftung der Bevölkerung dienen als auch die Funktion des Naturparks als überregionales Erholungsgebiet stärken.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Geschäfte aller Art zu tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, und sämtliche Handlungen vorzunehmen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den Gegenstand des Unternehmens beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern.

### 3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Oberbergischer Kreis	11.250,00	45
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>	<b>11.250,00</b>	<b>45</b>
Zweckverband Naturpark Bergisches Land	2.500,00	10

### 4. Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

#### 4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Mathias Derlin.

#### 4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von den Geschäftsführern einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Bei mehreren Geschäftsführern ist jeder alleine einberufungsberechtigt. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

##### Ordentliches Mitglied

Heutz, Ulrich  
Schäfer Lenore  
Dr. Werdel, Erik

##### Stellvertreter

Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Hubertus  
Musiala, Peter  
Wilhelm, Gabi

#### 5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte im Zeitraum Januar bis Dezember 2011 bei einer Gesamtleistung von 206,3 T€ und Betriebsaufwendungen von 227,9 T€ ein Betriebsergebnis von – 21,6 T€. Nach Verrechnung des Finanzergebnisses ergab sich ein Jahresfehlbetrag von – 20,5 T€.

Die Eigenkapitalquote lag bei 93,8 %. Das Anlagevermögen war zu mehr als 100 % durch Eigenkapital gedeckt.

Zum Ende des Geschäftsjahres 2011 betrug der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit – 15,4 T€. Unter Berücksichtigung des Cashflow aus Investitionstätigkeit (- 113,3 T€) und des Cashflow aus Finanzierungstätigkeit (141,7 T€) ergab sich im Geschäftsjahr 2011 eine zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes um 13 T€.

**Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	111	13	0
II. Sachanlagen	13	6	7
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	54	12	2
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	280	267	149
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>458</b>	<b>298</b>	<b>158</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	405	249	124
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0
B. Rückstellungen	8	5	5
C. Verbindlichkeiten	20	19	4
<b>Bilanzsumme</b>	<b>458</b>	<b>298</b>	<b>158</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	0	0	0
sonstige betriebliche Erträge	206	143	4
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	166	163	39
Abschreibungen	8	3	1
sonstige betriebliche Aufwendungen	53	29	17
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>- 20</b>	<b>- 51</b>	<b>- 53</b>
Sonstige Steuern	0	0	0
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>- 20</b>	<b>- 51</b>	<b>- 53</b>
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	20	51	53
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Kennzahlen**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	93,8	91,8	94,0
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 15,4	- 43,6	- 45,1
EBIT:	T€	- 19	- 51	- 53

**6. Beschäftigte**

Personal	2011	2010	2009
Angestellte	4	4	3

Im Geschäftsjahr 2011 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 4 Mitarbeiter. Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2011 auf insgesamt 166.089,21 €. Davon entfielen 141.443,79 € auf Löhne und Gehälter sowie 24.645,42 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

**7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 11.250,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, für das durch die Gesellschaft durchgeführte Projekt „Wege durch die Zeiten“ einen maximalen Zuschuss in Höhe von 210.000 € zu leisten. Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt in drei jährlichen Raten in Höhe von jeweils 70.000 €.

Zuschüsse an die Gesellschaft nach Abschluss des Projektes „Wege durch die Zeiten“ sind gesondert zu verhandeln.

**8. Bewertung**

Das Jahr 2011 war für Das Bergische ein sehr schwieriges Jahr. Der Widerstand gegen die Wegeplanung war in einigen wenigen Kommunen unerwartet heftig und führte zu

massiven Verzögerungen. Problematisch war ebenfalls das unterschätzte Arbeitsvolumen im Bereich der inhaltlichen Ausarbeitung der 24 Bergischen Streifzüge. Zentrales Problem des Projektes war neben der Gesamtgröße v.a. die Kommunikation und Beteiligung vieler Einzelpersonen, Kommunen und Organe. Die meist individuelle Kommunikation mit hunderten Beteiligten stellte für das kleine Projektteam eine große Herausforderung dar.

Das Jahr 2012 steht im Zeichen der Wegeeröffnungen und der Markteinführung, sofern die Abstimmungen und Gestattungen mit Eigentümern erfolgreich abgeschlossen werden können. Die meisten Eröffnungen werden in 2012, einige Nachzügler erst in 2013 erfolgen. Die beiden Fernwege sollen nach den Sommerferien 2012 eröffnet werden. Direkt im Anschluss wird die Bestandserfassung zur Wegezertifizierung stattfinden.

Im Geschäftsjahr 2012 beginnt auch die Entwicklung von Konzepten zur dauerhaften Qualitätssicherung und zur Finanzierung eines dauerhaften Marketings. Hierzu wird die Gewinnung von Sponsoren zur Projektbeteiligung wesentlich sein.

Das Wanderprojekt befindet sich insgesamt auf einem guten Weg, auch wenn aufgrund verschiedener, vorher nicht absehbarer Verzögerungen im Projektverlauf der ursprüngliche Zeitplan verschoben werden musste.

## Flughafen Köln/Bonn GmbH

### 1. Allgemeine Unternehmensdaten

Flughafen Köln/Bonn GmbH  
Postfach 98 01 20  
51129 Köln

Telefon: 02203 / 40-0  
E-Mail: info@koeln-bonn-airport.de  
Internet: www.koeln-bonn-airport.de

### 2. Öffentlicher Zweck

Die Gesellschaft wurde am 08.12.1950 gegründet und ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln, HRB 226, eingetragen. Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst den Betrieb und den Ausbau des Verkehrsflughafens Köln/Bonn - Konrad Adenauer, einschließlich der Versorgung Dritter mit elektrischer Energie auf dem Gebiet des Flughafens sowie die Durchführung aller damit verbundenen Nebengeschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Förderung des Unternehmensgegenstandes auch an anderen Gesellschaften, deren Haftung beschränkt ist, beteiligen. Des Weiteren kann sie derartige Gesellschaften auch selbst errichten oder erwerben.

### 3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 10.821.000 €.  
Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

Gesellschafter	Stammeinlage in €	in %
Stadt Köln	3.367.000	31,12
Bundesrepublik Deutschland	3.348.000	30,94
Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH (BVG)	3.348.000	30,94
Stadtwerke Bonn GmbH	656.000	6,06
Rhein-Sieg Kreis	64.000	0,59
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>	<b>38.000</b>	<b>0,35</b>

Mit seinem Stimmanteil von 0,35 % gehört der Rheinisch-Bergische Kreis neben der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg Kreis zu den „kleinen“ Gesellschaftern der Flughafen Köln/Bonn GmbH. Diese stellen im zweijährigen Wechsel ein Mitglied für den Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft. Die Vertretung der drei "kleinen" Gesellschafter nimmt seit Juni 2009 für 2 Jahre der Rhein-Sieg Kreis, vertreten durch Herrn Kreistagsabgeordneten Rolf Bausch, wahr. Seit Mitte Juni 2011 liegt die Vertretung wieder beim Rheinisch-Bergischen Kreis, durch Herrn Kreistagsabgeordneten Eduard Wolf.

## 4. Organe

Die Flughafen Köln/Bonn GmbH hat folgende Organe:

- a) die Gesellschafterversammlung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Geschäftsführung.

### 4.1 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen finden mindestens zweimal im Kalenderjahr statt. In der Gesellschafterversammlung gewähren je 500 € Stammeinlage eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn 75 vom Hundert des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist innerhalb von vier Wochen mit der gleichen Frist und der gleichen Tagesordnung eine neue Versammlung einzuberufen; diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf das vertretene Stammkapital beschlussfähig. Beschlüsse werden in der Regel mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Kreistagsabgeordneten Dr. Wolfgang Beckers-Schwarz vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreistagsabgeordneter Hans-Peter Eichner.

### 4.2 Aufsichtsrat

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus fünfzehn Mitgliedern besteht. Der Aufsichtsrat setzt sich aus zehn Vertretern der Gesellschafter und fünf Vertretern der Arbeitnehmer zusammen. Den Gesellschaftern Bundesrepublik Deutschland, Beteiligungsverwaltungsgesellschaft des Landes Nordrhein-Westfalen mbH und Stadt Köln stehen paritätisch je drei Sitze, den übrigen Gesellschaftern zusammen ein Sitz im Aufsichtsrat zu. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Gesellschafterversammlung gewählt. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder geladen und mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Der Aufsichtsrat beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, sofern nicht durch Gesetz oder Gesellschaftsvertrag ausdrücklich etwas anderes bestimmt wird. Bei Stimmengleichheit gilt der zur Beschlussfassung gestellte Antrag als abgelehnt.

Der Aufsichtsrat setzte sich wie folgt zusammen:

Dr. Volker Hauff, Bundesminister a.D. Land Nordrhein-Westfalen	Vorsitzender
Hans-Dieter Metzen, Angestellter FKB Arbeitnehmervertreter	1. stellvertretender Vorsitzender
Martin Börschel, Rechtsanwalt Stadt Köln (bis 14.04.2011)	2. stellvertretender Vorsitzender
Jochen Ott, Oberstudienrat a.D. Stadt Köln (seit 20.04.2011)	2. stellvertretender Vorsitzender
Michael Odenwald, Ministerialdirektor Bundesrepublik Deutschland	3. stellvertretender Vorsitzender

Nuretdin Aydin, Oberlader FKB  
Arbeitnehmersvertreter

Rolf Bausch, Ministerialrat a.D.  
Rhein-Sieg-Kreis  
(bis 15.06.2011)

Horst Becker, Parl. Staatssekretär  
Land Nordrhein-Westfalen  
(bis 31.03.2011)

Bernhard Braun, Angestellter FKB  
Arbeitnehmersvertreter

Winrich Granitzka, Unternehmensberater  
Stadt Köln

Dr. Günther Horzetzky, Staatssekretär  
Land Nordrhein-Westfalen  
(seit 17.05.2011)

Waltraud Mayer, Angestellte FKB  
Arbeitnehmersvertreterin

Dr. Rüdiger Messal, Staatssekretär  
Land Nordrhein-Westfalen

Gerold Reichle, Ministerialdirektor  
Bundesrepublik Deutschland

Jürgen Roters, Oberbürgermeister  
Stadt Köln

Petra von Wick, Ministerialrätin  
Bundesrepublik Deutschland

Karl-Heinz Wildschrei, Angestellter FKB  
Arbeitnehmersvertreter

Eduard Wolf, Angestellter  
Rheinisch-Bergischer Kreis  
(seit 15.06.2011)

#### **4.3 Geschäftsführung**

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann der Aufsichtsrat einen davon zum Vorsitzenden der Geschäftsführung berufen und abberufen. Die Geschäftsführer werden auf höchstens fünf Jahre bestellt. Ihre wiederholte Bestellung für jeweils weitere höchstens fünf Jahre ist zulässig. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch diesen vertreten. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

In der Geschäftsführung sind tätig:

Michael Garvens, Bergisch Gladbach, Kaufmännischer Geschäftsführer  
(Vorsitzender der Geschäftsführung)

Athanasios Titonis, Bonn, Technischer Geschäftsführer

## 5. Wirtschaftliche Daten

Die Verkehrsentwicklung auf dem Köln-Bonner Flughafen verlief insgesamt positiv, jedoch bei den verschiedenen Verkehrsarten unterschiedlich.

So wurde im Passagierbereich mit 9,6 Mio. Reisenden ein leicht rückläufiges Wachstum von 2,3 % (Bundesdurchschnitt +4,8 %) verzeichnet. Dies wurde jedoch durch ein Plus von 13,1 % beim Frachtaufkommen (742.347 t) überkompensiert. Insgesamt stiegen die Verkehrseinheiten um 3,8 % und erreichten nicht ganz den Bundesdurchschnitt von 5,0 %.

Bei den Flugzeugbewegungen war ein Rückgang von 2,5 % (Bundesdurchschnitt + 2,8 %) zu verzeichnen, dies jedoch mit einem erhöhten Maximum Take Off Weight von 3 %. Damit belegt der Flughafen Köln/Bonn den fünften Rang innerhalb der deutschen Verkehrsflughäfen.

Der Anteil der Low-Cost-Airlines am Passagieraufkommen betrug 70 %.

Im liberalisierten Markt der Bodenverkehrsdienstleistungen am Flughafen Köln/Bonn hält die Gesellschaft Marktanteile von 75,4 %.

Die Umsatzerlöse lagen bei 271,5 Mio. €, davon entfielen 65,5 % auf Flughafengebühren und Bodenverkehrsdienste, 31 % auf Mieten, Pachten und Versorgungsleistungen und 3,5 % auf die übrigen Erträge.

Der Materialaufwand reduzierte sich aufgrund nicht notwendiger Großreparaturen um 9,4 % auf 84,3 Mio. €, demgegenüber stieg der Personalaufwand leicht um 0,5 % auf 100,2 Mio. €.

Die betrieblichen Aufwendungen stiegen um 8,8 % auf 26 Mio. €. Der Aufwandsanstieg von 2,1 Mio. € resultierte ausschließlich aus der im Geschäftsjahr 2011 durchgeführten Anlageinventur.

Die Gesellschaft investierte im Geschäftsjahr 2011 25,2 Mio. €. Als wesentliche Investitionen (12,1 Mio. €) sind die Photovoltaik-Anlagen, die zentrale Ausweisstelle, Abstellflächen und Großgeräte zu nennen. Des Weiteren wurde in Betriebsanlagen, Fahrzeuge und Geräte, Software und Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten betrugen am Bilanzstichtag 333,1 Mio. € und bei anderen Kreditgebern 22,5 Mio. €. Alle Darlehen wurden planmäßig getilgt. Ausreichend Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Jahres gegeben.

**Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	8.641	8.485	3.476
II. Sachanlagen	722.739	734.764	518.350
III. Finanzanlagen	897	1.018	1.190
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	3.571	2.421	1.904
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	23.697	19.713	17.746
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	431	601	491
C. Rechnungsabgrenzungsposten	557	312	298
<b>Bilanzsumme</b>	<b>760.533</b>	<b>767.314</b>	<b>543.455</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	10.821	10.821	10.821
II. Kapitalrücklagen	82.733	82.733	82.733
III. Gewinnrücklagen	151.021	145.645	0
IV. Bilanzgewinn/-verlust	10.013	5.376	- 9.660
B. Rückstellungen	48.193	53.293	47.143
C. Verbindlichkeiten	379.416	397.627	410.170
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1.922	1.887	2.248
E. Passive latente Steuern	76.414	69.932	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>760.533</b>	<b>767.314</b>	<b>543.455</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	271.536	270.088	254.602
andere aktivierte Eigenleistungen	1.284	1.720	1.840
sonstige betriebliche Erträge	9.146	4.199	9.328
Materialaufwand	84.324	93.101	93.857
Personalaufwand	100.160	99.674	95.521
Abschreibungen	33.269	34.254	39.147
sonstige betriebliche Aufwendungen	26.002	23.908	23.222
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	19	21	24
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	61	435	2
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	17.111	16.660	16.217
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>21.180</b>	<b>8.866</b>	<b>- 2.168</b>
außerordentliche Erträge	0	17.363	0
außerordentliche Aufwendungen	0	5.745	0
Steuern vom Ertrag	7.956	2.336	0
Sonstige Steuern	3.212	3.111	2.594
<b>Jahresfehlbetrag/-überschuss</b>	<b>10.012</b>	<b>15.037</b>	<b>- 4.762</b>

**Kennzahlen**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	33,5	31,9	15,4
Investitionsquote:	%	75,9	91,7	369,5
Umsatzrentabilität:	%	3,7	5,5	- 1,9
Eigenkapitalrentabilität:	%	3,9	6,1	- 5,7
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	40.772	48.965	25.406
Anlageinvestitionen (ohne Finanzanlagen)	T€	25.249	31.398	144.637
Flugzeugbewegungen	Anzahl	130.926	134.323	132.173
Fluggäste (inkl. Transit)	Anzahl	9.625.483	9.851.692	9.742.321
Fracht und Post (inkl. Transit)	Tonnen	742.347	656.120	562.036

**6. Beschäftigte**

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter betrug:

2011	2010	2009
1.785	1.780	1.782

Die Gesellschaft zahlte im Geschäftsjahr 2011 rd. 78.242 T€ an Löhne und Gehälter sowie 21.918 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

## **7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Der Kreis ist entsprechend seiner Stammeinlage am Gewinn und Verlust der Flughafen Köln/Bonn GmbH beteiligt.

## **8. Bewertung**

Elf Jahre nach Gründung der Flughafen Köln/Bonn GmbH beschloss der Kreistag im Februar 1961 den Beitritt des Rheinisch-Bergischen Kreises. Dieser Entscheidung gingen jahrelange kontroverse Diskussionen über den Wert und Nutzen sowie das finanzielle Risiko einer Flughafenbeteiligung voraus. Die verhältnismäßig geringe Beteiligung und ihre wertmäßige Begrenzung zeigt, dass es dem Rheinisch-Bergischen Kreis bei seinem Engagement am Flughafen weniger um die Finanzierung seines Ausbaus oder um Gewinninteressen als vielmehr um die Mitsprache bei kreisrelevanten Entscheidungen geht. Damals wie heute gilt der Leitgedanke, dass auf der Basis der Beteiligung eine Koordinierung der Interessen des Flughafens und der umliegenden örtlichen Gemeinwesen am leichtesten und sinnvollsten zu erreichen ist.

Die Flughafen Köln/Bonn GmbH geht davon aus, dass die 2008 durch das Landesministerium verlängerte Betriebsgenehmigung auf das Jahr 2030 weiterhin seine Gültigkeit hat. Somit bleibt der 24-Stunden-Betrieb weiterhin in vollem Umfang bestehen. Die bestehende Betriebsgenehmigung bis 2030 sichert sowohl der Gesellschaft als auch den Flughafennutzern eine hohe Planungs- und Investitionssicherheit.

Um zukünftigem Verkehrswachstum Rechnung tragen zu können, wird die Flughafen Köln/Bonn GmbH auch im Geschäftsjahr 2012 wieder ca. 45 Mio. € investieren. Damit ist die Sicherstellung der benötigten Kapazitäten gewährleistet.

Für das Geschäftsjahr 2012 prognostiziert die Gesellschaft ein weiteres Wachstum im Bereich der Verkehre sowie eine stabile Ergebnisentwicklung.

## **Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Gemeinnütziger Bauverein Wermelskirchen e.G.  
Hilfringhauser Straße 4  
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 2924  
Telefax: 02196 / 4735

Internet: [www.bauverein-wermelskirchen.de](http://www.bauverein-wermelskirchen.de)  
E-Mail: [mail@bauverein-wermelskirchen.de](mailto:mail@bauverein-wermelskirchen.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Die Genossenschaft wurde am 13.07.1950 gegründet.

Zweck der Genossenschaft ist die Förderung ihrer Mitglieder vorrangig durch eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung (gemeinnütziger Zweck).

Die Genossenschaft kann Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen bewirtschaften, errichten, erwerben und betreuen. Sie kann alle im Bereich der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Hierzu gehören Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Räume für Gewerbebetriebe, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen.

Die Genossenschaft ist im Genossenschaftsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 737 eingetragen.

### **3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse**

Der Genossenschaft gehören zum 31.12.2011 insgesamt 790 Mitglieder mit 1.172 Anteilen zu je 410 € an. Die Einzahlungen auf den/die Geschäftsanteil/e, vermehrt um zugeschriebene Gewinnanteile, vermindert um abgeschriebene Verlustanteile, bilden das Geschäftsguthaben des Mitgliedes. Das Geschäftskapital betrug im Berichtsjahr 480.463,54 €. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist seit seinem Beitritt mit 16 Anteilen in Höhe von 6.560 € beteiligt.

### **4. Organe**

Die Genossenschaft hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Mitgliederversammlung.

#### **4.1 Vorstand**

Der Vorstand besteht mindestens aus 3 Personen. Sie müssen Mitglieder der Genossenschaft sein.

Die Vorstandsmitglieder werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Ihre Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand leitet die Genossenschaft unter eigener Verantwortung. Die Genossenschaft wird vertreten durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem anderen Vorstandsmitglied oder in Gemeinschaft mit einem Prokuristen.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Werner Geismann, Verbandsprüfer (seit 05.01.2011)  
Ulrich Mahlkow, Kommunalbeamter (seit 01.01.2010)

Andreas Weger, Rechtsanwalt (seit 02.03.2011)  
Herbert Fischer, Rentner (bis 31.12.2010)  
Rüdiger Scheidler, Kommunalbeamter i.R. (bis 21.01.2011)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Vorstand nicht vertreten.

#### 4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Die Mitgliederversammlung kann eine höhere Zahl festsetzen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates müssen persönlich Mitglied der Genossenschaft sein. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von der Mitgliederversammlung für drei Jahre gewählt. Wahl bzw. Wiederwahl können nur vor Vollendung des 72. Lebensjahres erfolgen.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Sylvia Schleuß, Steuerfachgehilfin	Vorsitzende
Michael Garnich, Geschäftsführer (seit 09.06.2011)	stellv. Vorsitzender
Ralf Hoppe, Rentner	
Rosemarie Wuppermann, Rentnerin	
Margret Peckhaus, Rentnerin (bis 09.06.2011)	
Rudolf Großmann, Freiformschmied (seit 22.06.2010)	
Sven von Domaros, Koch (seit 22.06.2010)	

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat nicht vertreten.

#### 4.3 Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes Mitglied eine Stimme. Das Mitglied soll sein Stimmrecht persönlich ausüben. Die Mitgliederversammlung wird in der Regel vom Vorsitzenden des Aufsichtsrates einberufen. Die ordentliche Mitgliederversammlung hat in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres stattzufinden.

#### 5. Wirtschaftliche Daten

Die Bilanz wies zum 31.12.2011 insgesamt einen Gewinn von 20.339,81 € aus und schloss mit einer Gesamtsumme von 12.128.705,15 €.

Das Betriebsergebnis verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr um 108 T€.

Bei einer Verringerung der Betriebsleistung um 29 T€ erhöhten sich die Aufwendungen für die Betriebsleistung hauptsächlich bedingt durch erhöhte Aufwendungen für die Hausbewirtschaftung (Instandhaltungskosten) und Abschreibungen um insgesamt 79 T€. Das positive Beteiligungs- und Finanzergebnis von 32 T€ verringerte sich um 37 T€ und beinhaltete Zinserträge und Dividenden.

Im Berichtsjahr wurden Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von 629 T€ durchgeführt. Die Instandhaltungskosten beliefen sich auf 836 T€. Das langfristige Eigenkapital stieg auf 9.702 T€, die Eigenkapitalquote betrug 80,0 %. Das langfristige Fremdkapital verminderte sich insbesondere durch planmäßige Tilgungen. Die Vermögenslage konnte als geordnet angesehen werden. Die durchschnittliche Nettokaltmiete belief sich im Geschäftsjahr 2011 auf 4,43 €/qm (Vorjahr 4,30 €/qm). Diese Erhöhung resultierte aus Mietanpassungen gemäß § 558 BGB an die Vergleichsmiete.

Es standen zum Bilanzstichtag 2011 3 Wohnungen aufgrund von Umbaumaßnahmen und 12 Wohnungen aufgrund des geplanten Abrisses der Objekte Wielstraße 20/22 und Breslauer Straße 2/4 leer.

**Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2	4	6
II. Sachanlagen	9.167	8.213	7.806
III. Finanzanlagen	3	3	3
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte, zum Verkauf bestimmte Grundstücke	806	862	805
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	65	26	67
III. Wertpapiere	0	0	36
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	2.086	2.886	2.932
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>12.129</b>	<b>11.994</b>	<b>11.655</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Geschäftsguthaben	504	503	504
II. Ergebnismrücklagen	9.221	9.049	8.736
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
IV. Bilanzgewinn	20	28	32
B. Rückstellungen	82	72	101
C. Verbindlichkeiten	2.302	2.342	2.282
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>12.129</b>	<b>11.994</b>	<b>11.655</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung	2.494	2.427	2.302
Verminderung/Erhöhung des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen	- 56	58	43
sonstige betriebliche Erträge	60	45	29
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	1.592	1.429	1.341
Personalaufwand	222	228	218
Abschreibungen	366	438	374
sonstige betriebliche Aufwendungen	66	77	65
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	32	70	83
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	18	19	24
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>266</b>	<b>409</b>	<b>435</b>
außerordentliche Aufwendungen	0	15	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	13	3	1
Sonstige Steuern	69	63	62
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>184</b>	<b>328</b>	<b>372</b>
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnisrücklage	164	300	340
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>20</b>	<b>28</b>	<b>32</b>

**Kennzahlen**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	80,0	79,6	79,2
Eigenkapitalrentabilität:	%	2,0	3,4	4,1
cash-flow:	T€	548,0	760	750
durchschnittliche Miete:	€/qm	4,43	4,30	4,29
Instandhaltungskosten:	€/qm	26,44	19,19	17,66
Fluktuationsquote:	%	6,0	8,9	10,0
Leerstandsquote (ohne geplanten Abriss)	%	0,6	0,6	0,6

**6. Beschäftigte**

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

Personal	2011	2010	2009
Vollzeit	3	2	2
Teilzeitbeschäftigte	1	1	1
Auszubildende (bis 07.07.2011, ab da Vollzeit)	1	1	1
<b>Summe</b>	<b>4</b>	<b>4</b>	<b>4</b>

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 221.427,18 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 173.580,92 € und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung 47.846,26 €.

## **7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Die Genossenschaft schüttete in 2012 für das Geschäftsjahr 2011 eine Dividende von 4% auf das Geschäftsguthaben aus. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfielen hiervon entsprechend seiner Anteile 262,40 €.

## **8. Leistungen für den Kreis**

Der Bauverein Wermelskirchen bewirtschaftete im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 528 Wohnungen, von denen noch 38 der Sozialbindung unterliegen. Weiterhin gehören 5 Gewerbeeinheiten, 173 Garagen und 94 Stellplätze zum Bestand. Die Gesamtwohnfläche beträgt 31.617 qm.

## **9. Bewertung**

Bei den vorhandenen Grundstücken handelt es sich ausschließlich um bereits bebaute Grundstücke. Die Schwerpunkte des Bauvereins liegen daher in der Erhaltung und Verbesserung des Bestandes, um somit eine langfristige Vermietbarkeit der Wohnungen zu erzielen.

Im Rahmen des demographischen Wandels wirbt das Land Nordrhein-Westfalen für ein möglichst langes Verbleiben älterer Menschen in der eigenen Wohnung, da die Unterbringung dieses wachsenden Personenkreises in Heimen vielfach nicht mehr gewährleistet ist. Da solche Projekte auch finanziell gefördert werden, prüft der Vorstand des Bauvereins Wermelskirchen, ob im Rahmen dieses Trends in Verbindung mit karitativen Einrichtungen z.B. das Wielviertel entsprechend umgestaltet werden kann. Ebenso ist zu beobachten, dass älter werdende Menschen verstärkt Wohnungen in Innenstadtnähe suchen. Auch dieser Trend wird vom Vorstand bei den Überlegungen zukünftig denkbarer Aktivitäten berücksichtigt. Die Gesellschaft geht daher davon aus, dass der Wohnungsbestand, der bisher keine Leerstände aufzeigte, auch in Zukunft ausgelastet sein wird.

Darüber hinaus wird auch in den nächsten Jahren die bestens bewährte flexible Mieterbetreuung von der Gesellschaft beibehalten.

Aus den wirtschaftlichen Daten der Genossenschaft lässt sich ableiten, dass der Immobilienbestand aufgrund seines technischen Zustands und der Verteilung im Stadtgebiet voraussichtlich auch künftig umfassend nachgefragt wird. Damit besteht auch künftig die Chance, im Rahmen der Entwicklung des Mietspiegels, nur moderate Mietanpassungen vorzunehmen und so die zukünftigen Jahresergebnisse stabilisieren zu können.

## **Kraftverkehr Wupper-Sieg AG**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Kraftverkehr Wupper-Sieg AG  
Borsigstraße 18  
51381 Leverkusen

Telefon: 02171 / 50070  
Telefax: 02171 / 5007177

Internet: [www.wupsi.de](http://www.wupsi.de)  
E-Mail: [info@wupsi.de](mailto:info@wupsi.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Die Gesellschaft wurde als kommunale Eigengesellschaft im März des Jahres 1924 im ehemaligen Landkreis Wipperfürth gegründet. Im Januar 1929 erfolgte die Umwandlung in die heutige Rechtsform einer Aktiengesellschaft. Als Folge der kommunalen Neugliederung in Nordrhein-Westfalen im Jahre 1975 wurde das Aktienkapital des Unternehmens zu gleichen Teilen auf die Stadt Leverkusen und den Rheinisch-Bergischen Kreis aufgeteilt. Im März 1979 wurde der Betriebshof mit Hauptverwaltung und Zentralwerkstatt nach 51381 Leverkusen, Borsigstraße 18, verlegt. Ein zweiter Betriebshof befindet sich in Kooperation mit der Regionalverkehr Köln GmbH in 51469 Bergisch Gladbach, Hermann-Löns-Straße 48 a. Von dort aus wird das Liniennetz im Rheinisch-Bergischen Kreis bedient.

Dem Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS) mit Sitz in Köln gehört das Unternehmen seit Beginn an. Verbundgedanke ist, zusammen mit den Gebietskörperschaften eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Verkehrsmitteln im Kooperationsraum Rhein-Sieg zu wirtschaftlichen Bedingungen sicherzustellen.

Die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG plant und betreibt öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in weiten Teilen des Rheinisch-Bergischen Kreises und in Leverkusen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten.

Die KWS AG hält 100 % der Geschäftsanteile am Unternehmen Herweg Busbetrieb GmbH (HBB). Neben der Subunternehmerleistung für die KWS AG im Linienverkehr betätigt sich die HBB im Gelegenheitsverkehr und im freigestellten Schülerverkehr.

### **3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse**

Das Grundkapital des Unternehmens in Höhe von 5.524.200 € ist in 108 Namensaktien im Nennwert von je 51.150 € eingeteilt.

Es verteilt sich paritätisch auf die kommunalen Aktionäre.

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammeinlage in €</b>	<b>in %</b>
Stadt Leverkusen	2.762.100	50
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>	<b>2.762.100</b>	<b>50</b>

#### 4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

##### 4.1 Vorstand

Der Vorstand leitet die Gesellschaft gemäß Aktiengesetz unter eigener Verantwortung. Darüber hinaus führt er die Geschäfte und vertritt die Gesellschaft als juristische Person.

Vorstand der Gesellschaft ist Herr Marc Kretkowski, Krefeld.

##### 4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern (3 Stadt Leverkusen, 3 Rheinisch-Bergischer Kreis, 3 Arbeitnehmer). Die Amtszeit der Mitglieder des Aufsichtsrats endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder zur Sitzung ordnungsgemäß geladen sind und mindestens fünf Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder sein Stellvertreter, anwesend sind. Der Aufsichtsrat fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit sich nicht aus dem Gesetz oder dieser Satzung etwas anderes ergibt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden der betreffenden Sitzung.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Jahr 2011 aus folgenden Personen zusammen:

Udo Wasserfuhr Kämmerer Rheinisch-Bergischer Kreis	Vorsitzender (bis 30. September 2011)
Nina Lepsius Leverkusen	Stellvertretende Vorsitzende
Harald Breutling, KWS-Mitarbeiter, Odenthal	
Wolfgang Mues Beigeordneter, Leverkusen	Mitglied (bis 31. Dezember 2011)
Ralf Nonnenbroich, KWS-Mitarbeiter, Langenfeld	
Albrecht Omankowsky, Rechtsanwalt, Leverkusen	
Wilmund Opladen, Lehrer, Bergisch Gladbach	
Heinz-Peter Steinbach, KWS-Mitarbeiter, Kürten	

Gerhard Zorn,  
Jurist, Overath

#### 4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand einberufen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Die ordentliche Hauptversammlung findet in den ersten acht Monaten des Geschäftsjahres statt. Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen, soweit das Gesetz oder die Satzung nichts anderes bestimmen, der einfachen Mehrheit des in der Versammlung vertretenen Grundkapitals. Je 51.150 € Nennbetrag gewähren eine Stimme.

Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Hauptversammlung des Geschäftsjahres 2011 war Herr Kreistagsabgeordneter Wolfgang Kübler.

#### 5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2011 war durch einen gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Zuschussbedarf sowie die Durchführung zukunftsorientierter Investitionen gekennzeichnet.

Die Bilanzsumme hat sich bei der KWS AG um 3.798 T€ auf 59.703 T€ und im Konzern um 3.855 T€ auf 57.250 T€ erhöht.

Das Anlagevermögen ist insbesondere aufgrund der Investitionen in Fahrzeuge sowie in die Betriebs- und Geschäftsausstattung um 1.359 T€ bei der KWS AG sowie um 1.442 T€ im Konzern gestiegen. Das Umlaufvermögen hat sich um 2.438 T€ bei der KWS AG sowie um 2.413 T€ im Konzern erhöht. In dieser Position wurden unter den sonstigen Vermögensgegenständen Steuererstattungsansprüche gegenüber dem Finanzamt und Fördermittel aus der Ausbildungsverkehrspauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW ausgewiesen, die nicht mehr vor dem Bilanzstichtag realisiert werden konnten.

Auf der Passivseite der Bilanz haben sich sowohl das Eigenkapital als auch die Rückstellungen und die Verbindlichkeiten erhöht. Der Anstieg der Rückstellungen resultiert insbesondere aus der noch ausstehenden Einigung im VRS zur Umsetzung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009, der Anstieg der Verbindlichkeiten steht im Zusammenhang mit der Finanzierung von Investitionen in das Sachanlagevermögen sowie mit den zum Bilanzstichtag noch nicht realisierten Forderungen aus Steuererstattungsansprüchen und der Ausbildungsverkehrspauschale. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten hat sich aufgrund der letztmaligen Abrechnung von Beträgen nach § 45a PBefG für das Schuljahr 2010/2011 um 590 T€ verringert. Die Eigenkapitalquote beläuft sich bei der KWS AG auf 71,7 % und im Konzern auf 70,0 %.

Der Finanzmittelfonds ist zum Bilanzstichtag aufgrund eines Anstiegs der Kontokorrentverbindlichkeiten von -1,2 Mio. € auf -2,3 Mio. € gesunken. Bei dieser stichtagsbezogenen Betrachtung ist zu berücksichtigen, dass die Steuererstattungsansprüche gegenüber dem Finanzamt und die Mittel aus der Ausbildungsverkehrspauschale nach dem Bilanzstichtag realisiert werden konnten. Insoweit hat sich die Finanzlage zwischenzeitlich wieder verbessert.

Die Umsatzerlöse sind bei der KWS AG um 5,8 % und im Konzern um 6,0 % gestiegen. Diese positive Entwicklung resultiert insbesondere aus der Entwicklung des Linienverkehrs, der von höheren Fahrgeldeinnahmen und von höheren Ausgleichleistungen für Auszubildende und Schwerbehinderte gekennzeichnet war. Der positiven Entwicklung der Umsatzerlöse stehen überproportionale Steigerungen beim Materialaufwand sowie bei den Abschreibungen gegenüber. Der Materialaufwand ist

insbesondere durch den erhöhten Dieselpreis um 6,2 % bei der KWS AG bzw. um 8,0 % im Konzern gestiegen. Neben den direkten Bezugskosten für Dieselmotorkraftstoff haben sich auch die Kosten für Subunternehmerleistungen aufgrund des gestiegenen Dieselpreises indirekt erhöht. Der Aufwand für Abschreibungen ist aufgrund der durchgeführten Investitionen und durch den Wegfall der Fahrzeugförderung um 13,1 % bei der KWS AG bzw. 12,9 % im Konzern gestiegen.

Die Entwicklung des Personalaufwandes, der bei der KWS AG um 0,8 Mio. € und im Konzern um 0,7 Mio. € rückläufig ist, erklärt sich insbesondere durch die fortschreitende Umsetzung von Altersteilzeitmaßnahmen bei der KWS AG. Ein zunehmender Anteil von Mitarbeitern befindet sich in der Passivphase. Für diesen Zeitraum können die in der Aktivphase gebildeten Rückstellungen in Anspruch genommen werden, so dass das Jahresergebnis durch die Entgeltzahlungen nicht mehr belastet wird.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind durch hohe Zuführungen zu den Rückstellungen für die VRS-Einnahmeaufteilung gekennzeichnet. Dieser Effekt fällt jedoch geringer aus als im Vorjahr, da im Jahr 2010 auch noch für das Jahr 2009 anteilige Beträge zur Rückstellung zugeführt werden mussten. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich bei der KWS AG und im Konzern um 0,7 Mio. € gegenüber dem Vorjahr reduziert.

Der vom Rheinisch Bergischen Kreis abzudeckende Zuschussbedarf hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. € verringert.

**Bilanz, KWS AG**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	108	40	35
II. Sachanlagen	16.568	15.274	13.140
III. Finanzanlagen	36.508	36.510	36.511
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	448	372	469
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.926	3.603	4.016
III. Wertpapiere	0	0	1.047
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	117	79	68
C. Rechnungsabgrenzungsposten	28	27	7
<b>Bilanzsumme</b>	<b>59.703</b>	<b>55.905</b>	<b>55.293</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	22.835	22.835	22.835
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	14.344	11.552	14.753
B. Sonderposten aus Rücklageanteil	0	0	0
C. Sonderposten aus Investitionszu- schüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
D. Rückstellungen	9.643	8.174	6.981
E. Verbindlichkeiten	7.237	7.110	4.482
F. Rechnungsabgrenzungsposten	17	607	615
<b>Bilanzsumme</b>	<b>59.703</b>	<b>55.905</b>	<b>53.293</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung, KWS AG**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	32.367	30.598	28.962
sonstige betriebliche Erträge	8.969	4.985	5.068
Materialaufwand	21.438	20.189	19.304
Personalaufwand	11.072	11.875	11.607
Abschreibungen	2.154	1.905	1.680
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.310	5.051	2.966
Erträge aus Beteiligungen	0	1	2
Erträge aus Gewinnabführung	855	798	792
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4.679	4.700	6.015
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	6	37
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	90	0	41
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	278	160	41
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>7.542</b>	<b>1.908</b>	<b>5.237</b>
Außerordentliches Ergebnis	- 27	- 32	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 7	51	- 9
Sonstige Steuern	30	27	24
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>7.492</b>	<b>1.798</b>	<b>5.221</b>
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	11.552	14.753	12.832
Ausschüttung an die Gesellschafter	4.700	5.000	3.300
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>14.344</b>	<b>11.551</b>	<b>14.753</b>

**Kennzahlen, KWS AG**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	71,7	71,6	78,2
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	91,6	88,5	96,3
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	3.518	4.044	6.502
Anlagenintensität:	%	89,0	92,7	89,9
cash-flow:	T€	- 1.598	- 5.270	- 2.495
EBIT:	T€	- 3.735	- 6.039	- 3.996
EBITDA:	T€	- 1.599	- 4.134	- 2.316
Umsatzrentabilität:	%	- 12,4	- 19,7	- 13,2
Eigenkapitalrentabilität:	%	- 9,4	- 14,7	- 9,7
Betriebsstreckenlänge:	km	498	498	498
Fahrgäste:	Mio.	32,58	31,86	31,28
Anzahl der Fahrzeuge:	Stck.	192	195	190

**Bilanz, Konzern**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
Immaterielle			
I. Vermögensgegenstände	113	40	35
II. Sachanlagen	17.079	15.708	13.511
III. Finanzanlagen	33.509	33.511	33.512
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	449	372	469
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.948	3.650	4.063
III. Wertpapiere	0	0	1.047
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	124	86	71
C. Rechnungsabgrenzungsposten	29	29	10
<b>Bilanzsumme</b>	<b>57.251</b>	<b>53.396</b>	<b>52.718</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	5.524	5.524	5.524
II. Kapitalrücklage	20.084	20.084	20.084
III. Gewinnrücklagen	103	103	103
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn	14.347	11.555	14.757
B. Sonderposten aus Investitionszu- schüssen zum Anlagevermögen	0	0	0
C. Rückstellungen	9.862	8.348	7.151
D. Verbindlichkeiten	7.313	7.174	4.484
E. Rechnungsabgrenzungsposten	18	608	615
<b>Bilanzsumme</b>	<b>57.251</b>	<b>53.396</b>	<b>52.718</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	29.299	27.644	26.255
sonstige betriebliche Erträge	8.946	4.939	4.714
Materialaufwand	12.243	11.341	10.817
Personalaufwand	16.048	16.733	16.290
Abschreibungen	2.334	2.067	1.831
sonstige betriebliche Aufwendungen	4.409	5.083	3.044
Erträge aus Beteiligungen	0	1	2
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	4.679	4.700	6.016
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14	8	37
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	90	0	42
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	268	154	29
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>7.546</b>	<b>1.914</b>	<b>4.971</b>
Außerordentliches Ergebnis	- 27	- 32	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	- 7	51	- 9
Sonstige Steuern	34	33	32
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>7.492</b>	<b>1.798</b>	<b>4.948</b>
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	11.555	14.757	13.109
Ausschüttung an die Gesellschafter	4.700	5.000	3.300
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>14.347</b>	<b>11.555</b>	<b>14.757</b>

**Kennzahlen, Konzern**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	70,0	69,8	76,8
Deckungsgrad gebundenes Vermögen:	%	90,6	87,6	96,4
Investitionen (ohne Finanzanlagen):	T€	3.780	4.269	6.725
Anlagenintensität:	%	88,6	92,3	89,3
cash-flow:	T€	- 2.399	- 5.192	- 2.414
EBIT:	T€	- 3.763	- 5.898	- 4.281
EBITDA:	T€	- 1.429	- 3.831	- 2.450
Umsatzrentabilität:	%	- 13,7	- 21,3	- 16,3
Eigenkapitalrentabilität:	%	- 10,1	- 15,7	- 10,6
Betriebsstreckenlänge:	km	498	498	498
Fahrgäste:	Mio.	32,58	31,86	31,28
Anzahl der Fahrgäste:	Stck.	192	195	190

## 6. Beschäftigte

Die Anzahl der Mitarbeiter (ohne Vorstand) betrug im Jahresdurchschnitt:

Personal	2011		2010		2009	
	KWS	Konzern	KWS	Konzern	KWS	Konzern
Fahrdienst, Werkstatt	189	329	185	328	187	328
Verwaltung, Vertrieb	78	82	74	77	70	70
<b>Summe</b>	267	411	259	405	257	401

Insgesamt wurden im Konzern 12.483 T€ an Löhne und Gehälter gezahlt. Die sozialen Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und Unterstützung beliefen sich auf insgesamt 3.565 T€.

## 7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt

Das Unternehmen ist als kommunale Eigengesellschaft voraussichtlich auch zukünftig auf Finanzhilfen seiner kommunalen Eigentümer angewiesen.

Die im Geschäftsjahr 2011 erfolgten Ausschüttungen aus den Dividendeneinlagen des Rheinisch-Bergischen Kreises von der RW Holding AG sowie der RWE AG wurden dem Kreishaushalt zugeführt.

## 8. Bewertung der Beteiligung

Auch das Jahr 2011 konnte die KWS AG mit einem guten wirtschaftlichen Ergebnis abschließen.

Das Unternehmen geht in engem Zusammenwirken mit den Anteilseignern weiterhin Fahrplan- und Umlaufoptimierungsmöglichkeiten gezielt nach. Die hieraus entwickelbaren Verbesserungen sollen zielstrebig umgesetzt werden.

Darüber hinaus war die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen im Jahre 2011 weiterhin durch Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und von der Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

## **Krankenhaus Wermelskirchen GmbH**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Krankenhaus Wermelskirchen GmbH  
Königstraße 100  
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02196 / 980  
Telefax: 02196 / 98359

Internet: [www.krankenhaus-wermelskirchen.de](http://www.krankenhaus-wermelskirchen.de)  
E-Mail: [info@krankenhaus-wermelskirchen.de](mailto:info@krankenhaus-wermelskirchen.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Die „Krankenhaus Wermelskirchen Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ wurde durch notariell beurkundeten Gesellschaftsvertrag vom 20.10.1972 gegründet. Die Gesellschaft ist eingetragen unter der HRB 36239 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln.

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb eines allgemeinen Krankenhauses in Wermelskirchen. Ziel des Krankenhausbetriebes ist die medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet des bisherigen Krankenhauses der Stadt Wermelskirchen, insbesondere der Bevölkerung des Rheinisch-Bergischen Kreises unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung. Die Krankenhaus Wermelskirchen GmbH ist mit 203 Planbetten und den Hauptfachabteilungen Chirurgie, Innere Medizin, Gynäkologie/Geburtshilfe, Anästhesie und Röntgen sowie den Belegabteilungen Hals, Nasen- und Ohrenkrankheiten im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen enthalten. Das Krankenhaus wird nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert und ist als gemeinnützige Einrichtung anerkannt.

### **3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse**

Das Stammkapital von 1.687.263,21 € teilt sich wie folgt auf:

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammeinlage in €</b>	<b>in %</b>
Stadt Wermelskirchen	1.124.842,14	66,67
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>	<b>562.421,07</b>	<b>33,33</b>

### **4. Organisationsstruktur**

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

#### **4.1 Geschäftsführung**

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer und einen oder mehrere stellvertretende Geschäftsführer. Jedem Geschäftsführer kann durch Gesellschafterbeschluss die Befugnis erteilt werden, die Gesellschaft allein zu vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt dieser die Gesellschaft allein.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Christian Madsen (Betriebswirt), stellv. Geschäftsführer Herr Ralf Schmandt (Dipl.-Volkswirt).

#### 4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus insgesamt 15 Vertretern. Neun Vertreter der Stadt Wermelskirchen sowie dem Bürgermeister oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt und vier Vertreter des Rheinisch-Bergischen Kreises sowie dem Landrat oder einem von ihm vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten des Kreises.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die Dauer seiner Wahlzeit den Vorsitzenden sowie einen ersten und einen zweiten stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, anwesend sind. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder des Aufsichtsrates gefasst, soweit nicht in dem Gesellschaftsvertrag eine andere Mehrheit vorgeschrieben ist. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Der Aufsichtsrat besteht aus folgenden Mitgliedern:

Friedel Burghoff, Versicherungskaufmann	Vorsitzender
Bernhard Schulte, Rechtsanwalt (Stellvertreter Ralf ten Haaf)	1. stellvertretender Vorsitzender
Helga Loepp, freiber. Industriekauffrau	2. stellvertretende Vorsitzende
Rainer Bleek, Dipl.-Soz.-Wissenschaftler	
Mathilde Drewing, Betriebswirtin (Stellvertreter Dietmar Kieweg)	
Christine Engels, Rentnerin	
Karin Görne, Arzthelferin	
Dr. Werner Güntermann, Lerntherapeut	
Cornelia Klien, Bereichsleitung (Stellvertreter Ferdi Schönenborn)	
Monika Müller, Konrektorin	
Heinz Gerd Neu, Hauptgeschäftsführer (Stellvertreterin Erika Gewehr)	
Dr. Ralf Reetz, Ltd. Städt. Rechtsdirektor	
Eric Weik, Bürgermeister	
Gerd Weitmann, Geschäftsführer	
Eduard Wolf, Industriekaufmann (Stellvertreter Christopher Schiefer)	

### 4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 112.484,22 € eines Geschäftsanteils eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit des Stammkapitals vertreten ist. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, ist durch den Geschäftsführer binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Die Gesellschafterversammlung ist in diesem Fall ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig. Auf diese Folge ist in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit die Gesetze oder der Gesellschaftsvertrag nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreiben. Bei Stimmengleichheit findet eine nochmalige Aussprache und Abstimmung statt. Wenn auch diese Abstimmung Stimmengleichheit ergibt, gilt der Beschlussantrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

#### Ordentliches Mitglied

Werner Allendorf  
Klaus Eckl  
Siegfried Lutz  
Michael Strieker  
Claudia Seydholdt

#### Stellvertreter

Thorsten Schmalt  
Dietmar Virnich  
Dirk Volkmann  
Gerd Witte  
Jürgen Franzen

## 5. Wirtschaftliche Daten

Die betrieblichen Erträge konnten aufgrund der sehr positiven Leistungsentwicklung gesteigert werden. Diese Mehrerträge reichten zur Finanzierung der gestiegenen Personal- und Sachkosten aus, obwohl ein Mehrleistungsabschlag in Höhe von 30 % für die vereinbarten Mehrleistungen hinzuzunehmen war und die darüber hinaus erbrachten Leistungen sogar nur zu 35 % vergütet wurden. In der Summe ergab sich ein deutlich positives Betriebsergebnis.

Die stationäre Fallzahl erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 985 Fälle (12,5 %). Die durchschnittliche Fallschwere (CMI) der Patienten stieg um 8,9 %, so dass die Anzahl der Case Mix Punkte (medizinische Leistung) insgesamt um 22,5 % anstieg und sich die Liegezeiten der Patienten leicht erhöhte.

Die Leistungssteigerung führte zu einer besseren Auslastung der vorgehaltenen Kapazitäten in Höhe von 80,08 % gegenüber 67,51 % im Vorjahr und weist somit eine Steigerung von 18,6 % auf. Dementsprechend stiegen die Erträge aus stationären Krankenhausleistungen um 16,2 %.

Die Personalaufwendungen wiesen mit 9 % eine deutliche Steigerung auf. Zur Unterstützung des Wachstumskurses mussten zusätzliche Mitarbeiter eingestellt werden. Dies erfolgte vor allem in den Diensten des ärztlichen Dienstes, des Funktionsdienstes, des Pflegedienstes und des medizinisch-technischen Dienstes.

Die Kostensteigerung des Sachaufwandes um 16,0 % lag vor allem an der Entwicklung des Medizinischen Bedarfs. Hier war eine Aufwandssteigerung von 29,9 % zu verzeichnen. Dies korrespondierte mit der Steigerung der Leistungen. Die Kosten des medizinischen Bedarfs stiegen allerdings überproportional an, da in der Orthopädie/Unfallchirurgie die Leistungssteigerung im Bereich der sachkostenintensiven Leistungen lag.

Das Geschäftsjahr 2011 war im Bereich der Bauinvestitionen durch eine Vielzahl von Maßnahmen zur Instandhaltung und von Maßnahmen zur Verbesserung des Patientenkomforts bestimmt. Damit konnte der bauliche Gesamtzustand des Hauses trotz erheblichem Sanierungsbedarf auf einem ansprechenden Niveau gehalten

werden. Auch in die medizinische und technische Infrastruktur wurde weiter investiert. Hier wurden neue OP-Tische angeschafft und das digitale Röntgen eingeführt.

### **Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	213	134	128
II. Sachanlagen	14.660	14.697	14.181
III. Finanzanlagen	20	20	20
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	567	501	448
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.179	2.631	2.955
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	1.306	588	1.542
C. Ausgleichsposten nach dem KHG für Eigenmittelförderung	917	914	911
D. Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>19.863</b>	<b>19.485</b>	<b>20.185</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	1.687	1.687	1.687
II. Kapitalrücklage	769	769	769
III. Gewinnrücklagen	6.290	6.332	6.381
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	- 1.978	- 2.397	- 1.591
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	7.883	7.614	6.452
C. Rückstellungen	1.829	2.093	3.766
D. Verbindlichkeiten	3.383	3.387	2.721
E. Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>19.863</b>	<b>19.485</b>	<b>20.185</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Erlöse aus Krankenhausleistungen	22.211	19.121	18.161
Erlöse aus Wahlleistungen	2.567	2.224	1.829
Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	1.141	869	555
Nutzungsentgelte der Ärzte	148	94	441
Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	- 4	54	- 106
sonstige betriebliche Erträge	800	1.068	1.642
Personalaufwand	16.621	15.246	14.467
Materialaufwand	6.898	5.792	4.758
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	772	773	1.138
Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung	3	3	3
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	810	687	595
Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	780	780	1.145
Abschreibungen	1.169	1.048	922
sonstige betriebliche Aufwendungen	2.557	2.771	4.576
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	3	26
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	78	58	0
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>351</b>	<b>- 799</b>	<b>- 1.584</b>
Außerordentliche Aufwendungen	0	27	0
Steuern	- 26	29	63
<b>Jahresfehlbetrag/-überschuss</b>	<b>377</b>	<b>- 855</b>	<b>- 1.647</b>
Verlust-/Gewinnvortrag	- 2.397	- 1.591	246
Einstellung in die Gewinnrücklagen	0	0	246
Entnahme aus den Gewinnrücklagen	42	49	56
<b>Bilanzverlust/-gewinn</b>	<b>- 1.978</b>	<b>- 2.397</b>	<b>- 1.591</b>

**Kennzahlen**

	Angaben in	2011	2010	2009
Stationäre Patienten:	Fallzahl	8.843	7.858	7.760
Personalaufwand je Fall	€	1.880	1.940	1.859
Planbetten (ohne Hämodialyse):		201	201	201
Pflegetage/Behandlungstage:	Tage	58.748	49.531	49.760
Verweildauer (vollstationär):	Tage	6,6	6,3	6,4
Nutzungsgrad (vollstationär):	%	80,08	67,5	67,8

**6. Beschäftigte**

Die Anzahl der Mitarbeiter betrug im Jahresdurchschnitt:

<b>Personal</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Angestellte	317	316	285
Gewerbliche Mitarbeiter	24	24	25
Krankenpflegeschüler bzw. -schülerinnen	28	29	30
<b>Summe</b>	<b>369</b>	<b>369</b>	<b>340</b>

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 13.497.402,38 € an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung in Höhe von 3.123.140,29 €.

**7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Verflechtungen ergeben sich aus der einmaligen Kapitalbeteiligung in Höhe von 562.421,07 €. Die Stadt Wermelskirchen und der Rheinisch-Bergische Kreis übernehmen Verlustausgleichszahlungen bis zu 562.421,07 € pro Geschäftsjahr bzw. 1.687.263,21 € über 5 Jahre nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile (2/3 Stadt Wermelskirchen / 1/3 Rheinisch-Bergischer Kreis). Eine Notwendigkeit, die beiden Gesellschafter zum Verlustausgleich heranzuziehen, bestand bisher nicht.

**8. Bewertung**

Nach der weiterhin erfolgreichen, bedarfsgerechten Weiterentwicklung des Leistungsangebotes der Inneren Medizin sind nun die Stabilisierung und der Ausbau der Leistungsfähigkeit der chirurgischen Abteilung durch die Neustrukturierung gelungen.

Mit der positiven Leistungsentwicklung im Jahr 2011 konnte eine deutliche Trendwende, die im letzten Quartal 2010 eingeleitet wurde, eindrucksvoll fortgesetzt werden. Die Entgeltvereinbarung für das Jahr 2011, in der eine Leistungssteigerung in Höhe von 15,6 % mit den Kassenverbänden vereinbart werden konnte, wurde mit einer tatsächlichen Leistungssteigerung von 22,5 % deutlich überschritten.

Für die Standortsicherung ist dies sicher ein großer Erfolg. Die umfangreiche Leistungssteigerung erforderte eine Anpassung der Ablauforganisation und der Kapazitäten. Aufbauend auf dem Vorgenannten wurden umfangreiche Analyse- und Planungsprojekte begonnen, die in sämtlichen Funktionsbereichen die Organisation an den neuen Bedarf anpassen sollen. Die Erkenntnisse aus diesen Projekten wurden bereits für die Restrukturierung der Abläufe in der Notfallaufnahme und dem OP genutzt

und werden in eine Planung münden, die die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Krankenhauses mittel- und langfristig unter Berücksichtigung der prognostizierten Ertragslage zum Ziel hat. Hierbei muss einerseits die Notwendigkeit des Abbaus des vorhandenen Investitionsstaus und andererseits die langfristige Zukunftssicherung und Weiterentwicklung des Hauses Berücksichtigung finden.

Bei erfolgreicher Etablierung der umgesetzten Maßnahmen und bei Umsetzung des baulichen Modernisierungskonzeptes hat das Krankenhaus Wermelskirchen gute Voraussetzungen, sich mit seinen Leistungen auf dem Gesundheitsmarkt der Zukunft positiv zu behaupten.

Für das Jahr 2012 werden weitere Leistungssteigerungen, besonders in der Chirurgie, erwartet.

Da auch diese Mehrleistungen aufgrund der Änderungen im Krankenhausentgeltgesetz nur zu 70 % vergütet werden, entwickelt sich das Ergebnis nicht so positiv, wie dies aufgrund des Leistungszuwachses zu erwarten wäre. Trotz des Mehrleistungsabschlages und den hohen, nicht refinanzierten Tarifsteigerungen, wird für das Jahr 2012 mit einem deutlich positiven Ergebnis gerechnet.

## **Naturarena Bergisches Land GmbH**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Naturarena Bergisches Land GmbH  
Eichenhofstraße 31  
51789 Lindlar

Telefon: 02266 / 463370  
Telefax: 02266 / 4633737

Internet: [www.naturarena.de](http://www.naturarena.de)  
E-Mail: [info@naturarena.de](mailto:info@naturarena.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Die Gesellschaft wurde am 07.06.2005 vom Oberbergischen Kreis, dem Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V., dem Rheinisch-Bergischen Kreis sowie dem RheinBerg Tourismus e.V. gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 56359 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln.

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Tourismus auf den Gebieten des Oberbergischen Kreises und des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft ist berechtigt, Geschäfte aller Art zu tätigen, die dem Zweck der Gesellschaft dienen, sämtliche Handlungen vorzunehmen, die sich unmittelbar oder mittelbar auf den Gegenstand des Unternehmens beziehen oder geeignet sind, die Unternehmungen der Gesellschaft zu fördern. Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Unternehmensgegenstand beteiligen, solche erwerben oder veräußern.

### **3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse**

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 25.000,00 € sind beteiligt:

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammeinlage in €</b>	<b>in %</b>
Naturarena Bergisches Land e.V.	10.000,00	40
Oberbergischer Kreis	7.500,00	30
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>	<b>7.500,00</b>	<b>30</b>

### **4. Organe der Gesellschaft**

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung
- b) die Gesellschafterversammlung.

#### 4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern oder von einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Mathias Derlin.

#### 4.2 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlungen werden von der Geschäftsführung einberufen, so oft dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint, mindestens aber zweimal jährlich. Jeder Gesellschafter kann in die Gesellschafterversammlung bis zu drei Personen als ständige Mitglieder entsenden. Eine Stellvertretung ist möglich. Gesellschafterbeschlüsse werden, sofern sich nicht aus dem Gesetz oder aus dem Gesellschaftsvertrag etwas anderes ergibt, mit einfacher Mehrheit aller Stimmen gefasst. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn von jedem Gesellschafter ein ständiges Mitglied anwesend oder vertreten ist. Andernfalls ist mit 2-wöchiger Frist eine zweite Gesellschafterversammlung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig ist. In der erneuten Einladung ist auf diese Rechtsfolge hinzuweisen. Das Stimmrecht der Gesellschafter richtet sich nach der Höhe ihrer Geschäftsanteile. Je 50,00 € des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter kann die auf ihn entfallenden Stimmen nur einheitlich abgeben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

##### Ordentliches Mitglied

Prinz zu Sayn-Wittgenstein, Hubertus  
Schäfer Lenore  
Dr. Werdel, Erik

##### Stellvertreter

Heutz, Ulrich  
Musiala, Peter  
Dr. Tebroke, Hermann-Josef

##### Ordentliches Mitglied (Gast)

Kamp, Wilfried  
Ehren, Ursula  
Burghoff, Friedel

##### Stellvertreter (Gast)

Günzel, Klaus-Peter  
Wolfert, Harald  
Höhne, Bert

#### 5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2011 bei einem Rohergebnis von 92,3 T€ und übrigen Betriebsaufwendungen von 592,7 T€ ein Betriebsergebnis von -504,7 T€. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses von 0,3 T€ betrug der Jahresfehlbetrag 510,9 T€.

Die Eigenkapitalquote lag bei 45,3 %. Das Anlagevermögen der Naturarena war zu 243,7 % durch Eigenkapital gedeckt. Die vollständige Deckung des kurzfristigen Fremdkapitals durch Umlaufvermögen war gegeben.

Die Naturarena war im Geschäftsjahr 2011 mit insgesamt 38 Ausstellertagen extern präsent. Sowohl auf den Messen als auch bei einigen Veranstaltungen schlossen sich verschiedene Kommunen an, andere Partner unterstützten die Naturarena mit publikumswirksamen Aktionen am Stand.

Im Verlauf des Jahres wurden von der Naturarena 26 Anzeigen bzw. redaktionelle Beiträge in Fachpublikationen geschaltet.

**Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	17	0	51
II. Sachanlagen	20	22	13
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	1	4	2
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	35	15	15
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	124	140	79
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	3
<b>Bilanzsumme</b>	<b>197</b>	<b>181</b>	<b>163</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	25	25	25
II. Kapitalrücklage	64	66	100
III. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	0	0	0
B. Rückstellungen	35	19	13
C. Verbindlichkeiten	73	71	25
<b>Bilanzsumme</b>	<b>197</b>	<b>181</b>	<b>163</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	77	119	69
sonstige betriebliche Erträge	30	69	33
Materialaufwand	14	37	18
Personalaufwand	278	232	203
Abschreibungen	11	55	5
sonstige betriebliche Aufwendungen	314	397	197
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	1
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>- 510</b>	<b>- 533</b>	<b>- 320</b>
Sonstige Steuern	1	0	1
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>- 511</b>	<b>- 533</b>	<b>- 321</b>
Entnahmen aus der Kapitalrücklage	511	533	321
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Kennzahlen**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	45,3	50,1	77,1
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	499,6	- 419,7	- 356
cash-flow aus der Investitionstätigkeit	T€	- 25,1	- 16,8	- 7,4
EBIT:	T€	- 511	- 534	- 322

**6. Beschäftigte**

Personal	2011	2010	2009
Angestellte	5	5	5

Die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis haben sich gemäß Gesellschaftsvertrag zu einer unentgeltlichen Personalgestellung in einem für die Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Umfang verpflichtet.

Im Geschäftsjahr 2011 beschäftigte die Gesellschaft durchschnittlich 5 Mitarbeiter. Da der Rheinisch-Bergische Kreis seiner Personalgestellungsverpflichtung bisher nicht nachkommen konnte, werden der Naturarena Bergisches Land GmbH ersatzweise die Personalkosten für die Anstellung externer Mitarbeiter durch den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet. Der Erstattungsbetrag belief sich im Geschäftsjahr 2011 auf insgesamt 129.000 €.

Die Personalkosten der Gesellschaft beliefen sich im Geschäftsjahr 2011 auf insgesamt 277.972,53 €. Davon entfielen 225.415,56 € auf Löhne und Gehälter sowie 52.556,97 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

**7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 7.500,00 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, einen jährlichen Mindestzuschuss in Höhe von 55.000,00 € zu leisten. Darüber hinaus haben sich die Gesellschafter Rheinisch-Bergischer Kreis und Oberbergischer Kreis für die Jahre 2007

- 2012 vertraglich verpflichtet, die jährlichen Geschäftsführerkosten zu übernehmen. Für das Geschäftsjahr 2011 entfiel auf den Rheinisch-Bergischen Kreis ein Kostenanteil in Höhe von 46.000,00 €.

## **8. Bewertung**

Das Jahr 2011 war erneut ein erfolgreiches Geschäftsjahr für die Naturarena. Es wurden neben den etablierten Marketingtätigkeiten einige umfangreiche, neue Projekte abgeschlossen (z.B. Relaunch der Internetseite, Bergischer Herbst).

Die wirtschaftliche Basis der Gesellschaft ist stabil, und das Image und das Standing der Naturarena entwickelten sich stetig positiv weiter.

Die Naturarena wird sowohl innerhalb als auch außerhalb der eigenen Gebietskulisse als kompetente, touristische Organisation wahrgenommen.

Bei seit Jahren gleichbleibendem Personaleinsatz sind jedoch die Grenzen der Aktivitätssteigerung weitestgehend erreicht.

Der generelle Ausblick für die nächsten 2 Jahre legt eine deutlich positive Entwicklung der Gesellschaft nahe. Das touristische „Leuchtturmprojekt“ der Wanderwege wird eine verstärkte Aufmerksamkeit auf den Tourismus lenken und eine tourismusstrukturelle Verbesserung der gesamten Region einleiten.

**PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH****1. Allgemeine Unternehmensdaten**

PBH  
 Papierservice "Britanniahütte" gemeinnützige GmbH  
 Britanniahütte 10  
 51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95585-0  
 Telefax: 02202 / 95585-16

**2. Öffentlicher Zweck**

Die Gesellschaft wurde im Mai 1994 als Werkstatt für psychisch Behinderte von der Werkstatt für Behinderte Leverkusen/Rhein-Berg e. V. unter der Firma PBH Papierservice „Britanniahütte“ gemeinnützige GmbH gegründet. Eingetragen ist sie unter HRB 46596 im Handelsregister des Amtsgerichts Köln. Zweck der Gesellschaft ist die Errichtung, Unterhaltung und der Betrieb einer Werkstatt, die in ihrem Endausbau bis zu 115 psychisch Kranken oder Behinderten einen Arbeitsplatz bietet. Die Werkstattplätze werden in den Arbeitsbereichen Buchbinderei, Herstellung von Geschenkartikel, Mikroverfilmung bzw. Scanning, Archivdienstleistungen sowie Büroservice aller Art geschaffen.

Mit Gründung der Gesellschaft und der Kreisbeteiligung wird im Sinne des Psychiatrieplanes die Versorgung des Kreises mit Werkstattplätzen für psychisch Behinderte gewährleistet.

**3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse**

An dem Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 90.000 € sind beteiligt:

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammeinlage in €</b>	<b>in %</b>
Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH	46.400	51,56
Die Kette-Rheinisch-Bergischer Verein für Sozialtherapeutische Dienste e.V.	12.800	14,22
Sozialpsychiatrisches Zentrum Leverkusen e.V.	12.800	14,22
Alpha e.V.	12.800	14,22
Stadt Leverkusen	2.600	2,89
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>	<b>2.600</b>	<b>2,89</b>

Der gemeinsame Anteil aller Gesellschafter, außer dem der Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, darf 49 % des Stammkapitals nicht übersteigen. Der Anteil jedes einzelnen Gesellschafter, außer dem der Lebenshilfe Werkstätten Leverkusen/Rhein-Berg gemeinnützige GmbH, ist auf höchstens 24,5 % des Stammkapitals beschränkt.

#### **4. Organe der Gesellschaft**

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

##### **4.1 Geschäftsführung**

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie wird, falls mehrere Geschäftsführer bestellt sind, durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, vertritt er die Gesellschaft allein.

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Harald Mohr.

##### **4.2 Gesellschafterversammlung**

In der Gesellschafterversammlung gewähren je 50,00 € eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn so viele Gesellschafter anwesend oder vertreten sind, dass sie gemeinsam zwei Drittel aller vorhandenen Stimmen auf sich vereinigen, mindestens aber drei Gesellschafter. Ist dies nicht der Fall, kann eine neue Versammlung einberufen werden, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist, sofern hierauf in der ersten Einladung hingewiesen wurde. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit das Gesetz keine andere Mehrheit vorschreibt, mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Kreiskämmerer Klaus Eckl vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Dietmar Virnich, Dezernatsleiter Innere Verwaltung.

#### **5. Wirtschaftliche Daten**

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Berichtsjahr 2011 einen Jahresüberschuss in Höhe von 14.028,36 €. Gegenüber dem Vorjahr mit einem Jahresfehlbetrag von 65.496,19 € war dies eine Verbesserung um 79.524,55 €.

Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 12,2 T€ auf insgesamt 1.458,1 T€.

Die ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten für das Anlagevermögen beliefen sich auf insgesamt 1.400,3 T€. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 wurden Investitionen in Betriebs- und Geschäftsausstattung von insgesamt 74,9 T€ getätigt. Die in der Betriebsleistung von 2.181,8 T€ erfassten Umsatzerlöse enthielten u.a. Erlöse für die Erstattung von Maßnahmekosten (1.923,9 T€) und für erwirtschaftete Werkstattleistungen (258,6 T€).

Im Bereich der Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand ist die Zunahme um 7,3 T€ vornehmlich auf den Anstieg der Durchschnittsbelegung sowie dem damit einhergehenden erhöhten Leistungsumfang der Rehabilitationsträger zurückzuführen. Die Position betraf überwiegend Erstattungen für Sozialversicherungsbeiträge der behinderten Mitarbeiter. Die Aufwendungen dazu wurden in gleicher unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen erfasst.

Das durchschnittlich ausgezahlte monatliche Arbeitsentgelt je behindertem Mitarbeiter im Arbeitsbereich betrug 159,86 €. Zusätzlich wurde den behinderten Mitarbeitern Arbeitsförderungsgeld nach dem Sozialhilfegesetzbuch in Höhe von 30.860,84 € gezahlt. Im Jahr 2011 waren durchschnittlich 135,82 behinderte Mitarbeiter beschäftigt.

**Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	2
II. Sachanlagen	315	350	372
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	34	35	37
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	283	406	450
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	821	652	749
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4	2	2
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	1	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.458</b>	<b>1.446</b>	<b>1.612</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	90	90	90
II. Gewinnrücklagen	993	988	1.090
III. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	91	82	45
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	27	37	48
C. Rückstellungen	49	58	127
D. Verbindlichkeiten	208	191	212
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.458</b>	<b>1.446</b>	<b>1.612</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	2.182	2.095	2.099
Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	- 1	0	9
Zuweisungen und Zuschüsse der öff. Hand	780	773	725
sonstige betriebliche Erträge	42	28	57
Materialaufwand	31	34	22
Personalaufwand	1.066	1.115	1.101
Abschreibungen	100	115	108
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.807	1.712	1.681
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	6	5
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	10	11	20
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	1	1
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>15</b>	<b>- 64</b>	<b>2</b>
Sonstige Steuern	1	1	1
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>14</b>	<b>- 65</b>	<b>1</b>
Einstellungen in Rücklagen	- 5	0	0
Entnahme aus Rücklagen	0	102	42
Gewinnvortrag	82	45	2
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>91</b>	<b>82</b>	<b>45</b>

**Kennzahlen**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	82,4	82,7	79,0
cash-flow:	T€	103,9	39,0	89,2
Durchschnittliches mtl. Arbeitsentgelt je Werkstattbeschäftigten:	€	159,86	160,42	164,30

**6. Beschäftigte**

Die Anzahl der zum Bilanzstichtag 31.12. beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

<b>Personal</b>	<b>2011</b>	<b>2010</b>	<b>2009</b>
Angestellte	24	26	29
Mitarbeiter	133	136	132
<b>Summe</b>	<b>157</b>	<b>162</b>	<b>161</b>

Der Personalaufwand betrug im Berichtsjahr insgesamt 1.066.200,65 €. Davon entfielen auf Löhne und Gehälter 823.204,34 T€ und auf soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung 242.996,31 T€.

**7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt**

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.600 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis den Aufbau der Werkstatt mit einem Darlehen in Höhe von 184.065,08 € sowie einem Zuschuss von 66.467,94 € gefördert. Gem. der Ergänzungsvereinbarung vom 10.09.1999 zum Darlehensvertrag vom 15.09.1994 zahlt die PBH für das gewährte Darlehen seit 2002 eine jährliche Tilgungsleistung von je 18.406,51 € über eine Laufzeit von 10 Jahren (bis 2011). Die letzte Tilgungsrate in Höhe von 18.406,49 € wurde im Geschäftsjahr 2011 an den Rheinisch-Bergischen Kreis überwiesen, so dass das Darlehen nunmehr vollständig getilgt ist.

Verlustabdeckungen sind in dem Gesellschaftsvertrag der PBH nicht vorgesehen.

Eine Nachschusspflicht der Gesellschafter sieht der Gesellschaftsvertrag nicht vor.

## **Radio Berg GmbH & Co. KG**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Radio Berg GmbH & Co. KG  
Cliev 19  
51515 Kürten

Telefon: 02207 / 7016-0  
Telefax: 02207 / 7016-97

Internet: [www.radioberg.de](http://www.radioberg.de)  
E-Mail: [sekretariat@radioberg.de](mailto:sekretariat@radioberg.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Das Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen sieht ein „Zwei-Säulen-Modell“ für den Lokalfunk in privater Trägerschaft vor. Als Betriebsgesellschaft stellt die Gesellschaft neben der Veranstaltergemeinschaft (Radio Berg e.V.) die zweite Säule des privaten Lokalrundfunks dar. Die am 20. Juli 1989 gegründete Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Gummersbach unter der Nr. HRA 1940 eingetragen. Gründungssitz ist Gummersbach. Der Rheinisch-Bergische Kreis beteiligte sich an der Gesellschaft im Februar 1990.

Die rundfunkrechtliche Verantwortung hat entsprechend dem Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen die Veranstaltergemeinschaft Radio Berg e.V. Sie beschäftigt die redaktionellen Mitarbeiter/innen des Senders.

Die Aufgaben der Betriebsgesellschaft liegen im kaufmännischen und technischen Bereich. Im Einzelnen ergeben sich für sie aus dem Landesrundfunkgesetz

1. die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen;
2. der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel im vertraglich bestimmten Umfang zur Verfügung zu stellen;
3. für die Veranstaltergemeinschaft Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
4. Hörfunkwerbung zu verbreiten.

### **3. Kapital- und Beteiligungsverhältnisse**

Die Gesellschaft firmiert in der Rechtsform der Kommanditgesellschaft. Bei dieser Rechtsform werden - neben der vollhaftenden Komplementärin - Kommanditisten ohne Berechtigung zur Geschäftsführung aufgenommen.

Komplementärin ist die Radio Berg Gesellschaft mbH, Gummersbach, deren einziger Gesellschafter die Radio Berg GmbH & Co. KG ist. Zur Führung der Geschäfte ist nach § 14 des Gesellschaftsvertrages die Komplementärin allein berechtigt und verpflichtet.

Das Gesellschaftskapital als Summe der Einlagen der Kommanditisten beträgt 511.291,88 €.

Es ergeben sich nun folgende Kapitalanteile:

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammeinlage in €</b>	<b>in %</b>
Rundfunk-Holding Rhein-Berg/ Oberberg GmbH & Co. KG	383.468,91	75,0
Oberbergischer Kreis	32.211,39	6,3
Stadt Gummersbach	10.737,13	2,1
Stadt Wiehl	10.225,84	2,0
Stadt Bergneustadt	4.601,63	0,9
BGW Bau-, Grundstücks- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH der Gemeinde Lindlar	4.601,63	0,9
Gemeinde Nümbrecht	1.533,87	0,3
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>	<b>63.911,48</b>	<b>12,5</b>

Die kommunalen Träger haben die ihnen nach Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen eingeräumte Möglichkeit ausgeschöpft, bis 25 % der Kapital- und Stimmrechtsanteile der Betriebsgesellschaft auf sich zu vereinigen.

Die Rundfunk-Holding vertritt die Interessen des Verlags M. DuMont Schauberg, Köln, sowie der Pressefunk Düsseldorf GmbH und der J. F. Ziegler KG, Remscheid.

#### **4. Organisationsstruktur**

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

##### **4.1 Geschäftsführung**

Geschäftsführer der alleinvertretungsberechtigten Komplementärin, der Radio Berg GmbH, mit Sitz in Gummersbach, ist Herr Dietmar Henkel.

##### **4.2 Gesellschafterversammlung**

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden oder gemäß Absatz 5 des Gesellschaftsvertrages vertretenen Gesellschafter mindestens die Mehrheit aller vorhandenen Stimmen vertreten. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so hat die Geschäftsführung binnen drei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen. Diese zweite Gesellschafterversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig, in der Einladung ist darauf hinzuweisen. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden mit Mehrheit aller vorhandenen Stimmen gefasst, innerhalb einer zweiten Gesellschafterversammlung mit der Mehrheit aller vertretenen Stimmen. Das Stimmrecht bestimmt sich nach der Höhe der Kommanditeinlage. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Kreistagsabgeordneten Uwe Pakendorf vertreten.

## 5. Wirtschaftliche Daten

Die Radio Berg GmbH & Co. KG schloss das Berichtsjahr 2011 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 386.802,31 € ab.

Mit 1.257 T€ konnten die Werbeerlöse gegenüber dem Vorjahr um 12,5 % verbessert werden.

Die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers Radio NRW stiegen um 571 T€ auf 584 T€. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen der Gesellschaft sanken um 27 T€ auf insgesamt 1.519 T€. Hauptgrund hierfür waren die mit 630 T€ um 22 T€ niedrigeren Kosten der Veranstaltergemeinschaft.

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2011 unverändert gut. Das Eigenkapital von 513 T€ entsprach einer Eigenkapitalquote im Verhältnis zur Bilanzsumme von 46,5 %.

### Bilanz

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	1
II. Sachanlagen	60	82	96
III. Finanzanlagen	37	37	37
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.008	835	903
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	0	0	0
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2	2	1
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.107</b>	<b>957</b>	<b>1.038</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Kommanditkapital	511	511	511
II. Kapitalrücklage	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	2	2	0
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
B. Rückstellungen	69	55	33
C. Verbindlichkeiten	525	389	494
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.107</b>	<b>957</b>	<b>1.038</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	1.933	1.820	1.983
sonstige betriebliche Erträge	46	57	61
Personalaufwand	1	1	2
Abschreibungen	27	31	33
sonstige betriebliche Aufwendungen	1.518	1.546	1.573
Erträge aus Beteiligungen	22	0	0
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	1	4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8	10	11
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>450</b>	<b>290</b>	<b>429</b>
Steuern vom Ertrag	63	43	63
Sonstige Steuern	0	3	1
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>387</b>	<b>244</b>	<b>365</b>

**6. Beschäftigte**

Im Berichtsjahr 2011 wurden Aushilfslöhne in Höhe von 623,68 € gezahlt.

**7. Verflechtungen mit dem Kreishaushalt**

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 63.911,48 € gewährte der Rheinisch-Bergische Kreis der Gesellschaft gem. Darlehensverträge vom 09.12.1993 und 14.01.1997 Darlehen von insgesamt 121.431,82 €. Diese wurden zwischenzeitlich vollständig von der Gesellschaft zurückgezahlt.

Der Jahresüberschuss aus dem Geschäftsjahr 2011 in Höhe von 386.802,31 € wurde an die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Stammkapitalbeteiligung ausgeschüttet. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfiel ein Gewinnanteil in Höhe von 48.350,29 €.

**8. Bewertung**

Die positive Entwicklung des Werbemarktes setzte sich in 2011 fort. Laut Nielsen Media Research ist die Summe der Brutto-Werbeaufwendungen um 5,8 % zum Vorjahr gestiegen.

Die E.M.A.-Reichweiten des Senders Radio Berg lagen im März 2011 bezogen auf den Wert „Hörer gestern Montag bis Freitag“ bei 32,5 % und im Juli 2011 bei 28,2 %. Die deutliche Verbesserung der März Reichweiten gegenüber dem Vorjahr ist ein Grund für die höheren Vertriebsprovisionen von Radio NRW.

Mit diesen im NRW-Verbund sehr guten Reichweiten ist Radio Berg der mit Abstand meistgehörte Sender im Rheinisch-Bergischen Kreis und Oberbergischen Kreis und liegt als Marktführer deutlich vor den Konkurrenten WDR 2 und WDR 4.

Für das Geschäftsjahr 2012 geht die Geschäftsführung von einem Jahresüberschuss in Höhe von 344 T€ aus. Die Geschäftsführung sieht für den Fortbestand des Senders für 2012 und 2013 keine besonderen Risiken. Allerdings wird es u.a. immer wichtiger sein, dass die nationale Vermarktung der Werbezeiten durch Radio NRW und die RMS Radio Marketing Service, Hamburg, erfolgreich ist.

---

## **Regionalverkehr Köln GmbH**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Regionalverkehr Köln GmbH  
Theodor-Heuss-Ring 19-21  
50668 Köln

Telefon: 0221 / 16370  
Telefax: 0221 / 1637239

Internet: [www.rvk.de](http://www.rvk.de)  
E-Mail: [info@rvk.de](mailto:info@rvk.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Gegenstand der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) sind die Durchführung des Personennahverkehrs und hiermit zusammenhängende Nebengeschäfte, die der Förderung des Hauptgeschäftes dienen. Die Gesellschaft darf Zweigniederlassungen errichten und sich an Unternehmen gleicher oder verwandter Art beteiligen, solche Unternehmen gründen oder erwerben.

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nummer 7432 eingetragen.

Die Gesellschaft entstand im Jahre 1976 aus einem Zusammenschluss der Bahn- und Post-Omnibusdienste. In der Zeit von 1978 bis 1995 gehörte die RVK der Unternehmensgruppe "Vereinigte Bundesverkehrsbetriebe GmbH" (VBG) an. 1995 erwarben sieben kommunale Unternehmen und der Rheinisch-Bergische Kreis das Unternehmen zu jeweils gleichen Anteilen. Die RVK ist alleinige Anteilseignerin der Regio-Bus-Rheinland GmbH (RBR), Köln. Die RBR führt im Wesentlichen Verkehrsleistungen und Dienstleistungen im Auftrag der RVK durch. Außerdem hält die RVK einen Anteil von 25% an der Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL), Gummersbach. Diese führt im Wesentlichen Verkehrsleistungen für die Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) durch.

Das Verkehrsgebiet umfasst im Rheinisch-Bergischen Kreis den südlichen Teil der Stadt Bergisch Gladbach sowie der Städte Overath und Rösrath. Außerdem werden bedeutende Verkehrsleistungen im Stadtgebiet Wermelskirchen, sowie in angrenzenden Teilen der Städte Remscheid und Solingen erbracht.

Die Verkehrsleistungen im Rheinisch-Bergischen Kreis werden von den Niederlassungen in Bergisch Gladbach (gemeinsam betrieben mit der KWS AG) und Wermelskirchen aus gefahren.

### **3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse**

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält Anteile an der RVK mit einem Nennwert von 447.400 €. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt insgesamt 3.579.200 €. Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammeinlage in €</b>	<b>in %</b>
Kölner Verkehrs-Betriebe AG, Köln	447.400	12,5
Stadtwerke Bonn Verkehrs-GmbH, Bonn	447.400	12,5
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises oHG, Bonn	447.400	12,5
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH, Siegburg	447.400	12,5
Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG, Gummersbach	447.400	12,5
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH, Bergheim	447.400	12,5
Kreis Euskirchen, Euskirchen	447.400	12,5
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis, Bergisch Gladbach</b>	<b>447.400</b>	<b>12,5</b>

#### 4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

##### 4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Bei nur einem Geschäftsführer wird die Gesellschaft durch diesen allein, bei mehreren Geschäftsführern durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Die Gesellschaft wurde im Berichtsjahr 2011 durch den Geschäftsführer Eugen Puderbach gesetzlich vertreten.

##### 4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat der RVK GmbH besteht aus 12 Mitgliedern, wobei je 1 Mitglied von den 8 Gesellschaftern entsandt und 4 Mitglieder nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes gewählt werden. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden längstens für die Zeit bis zur Beendigung der Gesellschafterversammlung bestellt, die über die Entlastung für das vierte Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt; hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitberechnet. Die Wiederbestellung ist zulässig.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens sieben Mitglieder, darunter der Aufsichtsratsvorsitzende oder einer seiner Stellvertreter, an der Beschlussfassung teilnehmen. Jedes Mitglied des Aufsichtsrates hat eine Stimme.

Im Aufsichtsrat der RVK wurde der Rheinisch-Bergische Kreis durch Herrn Kreiskämmerer Udo Wasserfuhr vertreten.

Der Aufsichtsrat setzte sich im Geschäftsjahr 2011 wie folgt zusammen:

Günter Rosenke, Landrat Kreis Euskirchen, Weilerswist	(Vorsitzender)
Jürgen Buchwald, freigestellter Betriebsrat RVK, Bergisch Gladbach	(1. stellv. Vorsitzender bis 30.09.2011)
Karl-Hans Ganseuer, Kreiskämmerer Rhein-Sieg-Kreis, Windeck	(2. stellv. Vorsitzender)
Michael Bauch, freigestellter Betriebsrat RVK, Bergheim	
Andreas Frauenkron, stellvertretender Niederlassungsleiter RVK, Hellenthal	
Heinz Küpper, Beigeordneter a. D., Erftstadt	
Peter Hofmann, Vorstand KVB, Köln	(bis 30.09.2011)
Heinz Jürgen Reining, Geschäftsführer SWBV, Wachtberg	
Christoph Stock, Prokurist OVAG, Olpe	
Ulrich Timm, Busfahrer, Betriebsrat RVK, Odenthal	
Udo Wasserfuhr, Kreiskämmerer Rheinisch-Bergischer Kreis, Kürten	(bis 30.09.2011)
Prof. Dr. Hermann Zemlin, Geschäftsführer i. R. SWB GmbH, Bonn	(bis 31.07.2011)
Franzjosef Baumeister, Fachbereichsleiter Materialwirtschaft, Köln	(seit 01.10.2011)
Svenja Udelhoven, Geschäftsführerin LVG, Bonn	(seit 14.11.2011)
Kuno Weber, Vorstand KVB, Köln	(seit 01.10.2011)

#### 4.3 Gesellschafterversammlung

Je 50,00 € Geschäftsanteil gewähren eine Stimme in der Gesellschafterversammlung. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens 2/3 des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als nicht beschlussfähig, so ist binnen zwei Wochen eine zweite Versammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen und innerhalb weiterer drei Wochen abzuhalten, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig ist; hierauf ist in der Einladung hinzuweisen. Eine ordentliche Gesellschafterversammlung muss in jedem Jahr innerhalb von acht Monaten nach Ende des vorangegangenen Geschäftsjahres abgehalten werden.

In der Gesellschafterversammlung der RVK wurde der Rheinisch-Bergische Kreis im Berichtsjahr durch Herrn Reinhard Haase vertreten.

#### 5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesamtfahrleistung im RVK-Konzern ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen und umfasst insgesamt 28,09 Mio. km.

Der RVK-Konzern verfügte am Ende des Berichtsjahres im Fahrzeugbestand über 321 eigene Omnibusse, mit denen 52 % der Gesamtfahrleistungen erbracht wurden. Für 48 % der Fahrleistungen wurden durchschnittlich 331 Omnibusse von privaten Verkehrsunternehmen eingesetzt.

Im Berichtsjahr 2011 sind auf Ebene der Muttergesellschaft Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen im Umfang von rd. 6.509 T€ erfolgt. Auf Konzernebene ergab sich ebenfalls ein Investitionsvolumen in Höhe von rd. 6.509 T€. Die Investitionen betrafen überwiegend die Beschaffung von 11 Omnibussen (2.711 T€), Schlusszahlungen für zwei Wasserstoffbusse (1.492 T€), ein Bauvorhaben in Meckenheim (986 T€) und Softwarelizenzen (643 T€).

Die Eigenkapitalquote des Konzerns beträgt unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2011 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung geleisteten Zahlungen 34,1 %.

Die Umsatzerlöse stiegen im RVK-Konzern um insgesamt ca. 642 T€ auf 65.007 T€, bei der Muttergesellschaft lag eine Steigerung um ca. 731 T€ auf 67.273 T€ vor.

### **Bilanz, RVK GmbH**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	750	760	569
II. Sachanlagen	45.734	46.751	49.406
III. Finanzanlagen	292	291	293
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	371	319	321
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.524	7.954	6.791
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	3.382	4.071	2.861
C. Rechnungsabgrenzungsposten	107	126	150
<b>Bilanzsumme</b>	<b>58.160</b>	<b>60.272</b>	<b>60.391</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.579	3.579	3.579
II. Kapitalrücklage	7.915	7.766	16.777
III. Gewinnrücklagen	710	710	610
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn, -verlust	2.935	4.268	- 7.850
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszu- Schüsse	13.653	12.658	14.201
C. Rückstellungen	6.603	5.720	6.130
D. Verbindlichkeiten	22.689	25.416	26.817
E. Rechnungsabgrenzungsposten	76	155	126
<b>Bilanzsumme</b>	<b>58.160</b>	<b>60.272</b>	<b>60.391</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung, RVK GmbH**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	67.273	66.542	62.414
sonstige betriebliche Erträge	17.574	17.611	14.934
Materialaufwand	44.800	43.350	40.792
Personalaufwand	23.909	23.735	23.371
Abschreibungen	7.310	6.620	5.774
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.303	7.203	6.789
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	46	83	29
Erträge aus Beteiligungen	3	3	3
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	16	14	85
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	0	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	615	577	290
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>975</b>	<b>2.769</b>	<b>449</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	35	34	35
<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>940</b>	<b>2.735</b>	<b>414</b>
Außerordentliche Erträge	0	134	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	79	0
<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>940</b>	<b>2.790</b>	<b>414</b>

**Kennzahlen, RVK GmbH**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	26	27	22
Gesamtkapitalrentabilität:	%	6,2	5,6	1,5
Investitionen:	T€	6.509	4.221	19.223
Personalaufwandsquote:	%	35,5	35,7	37,4
Materialaufwandsquote:	%	66,6	65,1	65,4
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	1.534	3.332	5.292
Betriebsstreckenlänge:	km	2.225	2.224	2.276
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	321	311	379

**Bilanz, Konzern**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	750	760	569
II. Sachanlagen	45.738	46.757	49.412
III. Finanzanlagen	65	64	66
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	371	319	321
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.540	7.979	6.821
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	3.492	4.442	2.953
C. Rechnungsabgrenzungsposten	109	125	150
<b>Bilanzsumme</b>	<b>58.065</b>	<b>60.446</b>	<b>60.293</b>

A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.579	3.579	3.579
II. Kapitalrücklage	7.912	7.763	16.775
III. Gewinnrücklagen	711	711	610
IV. Bilanzgewinn, -verlust	2.952	4.285	- 7.833
Sonderposten für erhaltene			
B. Investitionszuschüsse	13.653	12.658	14.201
C. Rückstellungen	6.925	6.057	6.422
D. Verbindlichkeiten	22.257	25.238	26.413
E. Rechnungsabgrenzungsposten	76	155	126
<b>Bilanzsumme</b>	<b>58.065</b>	<b>60.446</b>	<b>60.293</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung, Konzern**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	65.007	64.365	60.468
sonstige betriebliche Erträge	17.542	17.623	14.881
Materialaufwand	34.281	33.460	32.101
Personalaufwand	31.982	31.210	29.827
Abschreibungen	7.311	6.621	5.775
sonstige betriebliche Aufwendungen	7.434	7.372	6.942
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	47	22	31
Erträge aus Beteiligungen	3	3	3
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlage- Vermögens	0	1	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	615	578	290
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>976</b>	<b>2.773</b>	<b>449</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
sonstige Steuern	36	35	35
<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>940</b>	<b>2.738</b>	<b>414</b>
Außerordentliche Erträge	0	134	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	82	0
<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>940</b>	<b>2.790</b>	<b>414</b>

**Kennzahlen, Konzern**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	34,1	34,2	28,5
Investitionen:	T€	6.509	4.221	19.223
Materialintensität:	%	41,2	42,0	45,0
Cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	1.398	3.612	5.340
Betriebsstreckenlänge:	Km	2.225	2.224	2.276
Anzahl der Fahrzeuge:	Anzahl	321	311	379

**6. Beschäftigte**

Im Jahresdurchschnitt wurden folgende Mitarbeiter beschäftigt:

Personal	2011		2010		2009	
	RVK	Konzern	RVK	Konzern	RVK	Konzern
Angestellte	190	196	193	199	183	186
Arbeiter	392	631	416	645	446	651
<b>Summe</b>	<b>582</b>	<b>827</b>	<b>609</b>	<b>844</b>	<b>629</b>	<b>837</b>

## **7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 447.400 € hat der Rheinisch-Bergische Kreis im Rahmen einer sogenannten marktorientierten Direktvergabe seine Bestellentscheidung für ÖPNV-Leistungen gegenüber der RVK umgesetzt. Darüber erfolgt der Ausgleich für defizitäre Leistungen in beihilfekonformer Weise und über eine gebietskörperschaftsscharfe Abrechnung.

## **8. Bewertung**

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen war im Jahre 2011 weiterhin durch Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und von der Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

Für den RVK-Konzern (RVK und RBR) soll die Entwicklung des Unternehmens zu noch kostengünstigeren Strukturen fortgesetzt und die permanente Qualitätssicherung sowie der systematische Umweltschutz als Ziele fortbestehen. Hinsichtlich der Erprobung des Einsatzes von möglichst umweltschonenden Fahrzeugen wurden 2011 zwei Wasserstoff-Hybridbusse eingesetzt und im Rahmen dieses Projektes erste positive Erfahrungen gewonnen.

Unverändert bleibt auch der Ansatz der RVK, angebotsverträgliche Einschnitte in das Busfahrleistungsangebot unter Ersatz durch alternative, an der Nachfrage orientierte Verkehrsangebote im Zusammenwirken mit den Aufgabenträgern anzuregen und nach entsprechenden Entscheidungen sodann umzusetzen.

## **Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH  
Paffrather Straße 48  
51465 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 95220  
Telefax: 02202 / 952244

Internet: [www.rbs-wohnen.de](http://www.rbs-wohnen.de)  
E-Mail: [info@rbs-wohnen.de](mailto:info@rbs-wohnen.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Nach dem zweiten Weltkrieg war Wohnraum vielerorts überaus knapp. Es galt, in sehr kurzer Zeit Häuser und Wohnungen für sehr viele Menschen bereitzustellen. Diese Situation führte im Rheinisch-Bergischen Kreis zur Gründung der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft am 13.05.1948. Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichts Köln unter der Nr. 45523 eingetragen.

Schwerpunkt der Tätigkeit der Gesellschaft ist der soziale Wohnungsbau. Sie trägt vorrangig zu einer sicheren und sozial verantwortbaren, ökologisch ausgerichteten Wohnungsversorgung breiter Bevölkerungsschichten bei. Zu diesem Zweck errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet die Gesellschaft Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen. Neubauten sollen nur im Rheinisch-Bergischen Kreis errichtet werden. Sie kann alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaues und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen. Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

### **3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse**

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 4.500.000 €.  
Die Gesellschaftsanteile gliedern sich wie folgt auf:

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammeinlage in €</b>	<b>in %</b>
Stadt Bergisch Gladbach	1.478.200	32,85
Zweckverband für die Kreissparkasse Köln	299.950	6,67
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	89.900	1,99
Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft mbH (eigene Anteile)	1.131.900	25,15
Gemeinde Kürten	21.850	0,49
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>	<b>1.478.200</b>	<b>32,85</b>

#### 4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

##### 4.1 Geschäftsführung

Die Gesellschaft hat je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates einen oder mehrere Geschäftsführer/innen. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in vorhanden, so vertritt diese/r die Gesellschaft allein. Die Geschäftsführung vertritt die Gesellschaft gerichtlich und außergerichtlich. Sind mehrere Geschäftsführer/innen bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer/innen gemeinschaftlich oder, falls Prokuristen vorhanden sind, durch eine/n Geschäftsführer/in gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer/innen werden von der Gesellschafterversammlung bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.

Seit dem 01.10.2001 ist Frau Sabine Merschjohann, Bergisch Gladbach, alleinige Geschäftsführerin der Gesellschaft. Für die Geschäftsführung besteht seit Januar 1994 eine Geschäftsordnung, die die Geschäftsanweisung aus dem Jahre 1979 ablöst.

##### 4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht gem. § 10 des Gesellschaftsvertrages aus 11 Mitgliedern. Hiervon werden je 4 Mitglieder von der Stadt Bergisch Gladbach und dem Rheinisch-Bergischen Kreis und ein Mitglied vom Zweckverband Kreissparkasse entsandt. Darüber hinaus sind der/die Hauptverwaltungsbeamte(n) des Kreises und der Stadt Bergisch Gladbach oder von diesen zu benennende Vertreter/innen geborene Mitglieder des Aufsichtsrates.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter für die Dauer einer kommunalen Wahlperiode.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder in der Sitzung zugegen sind und mindestens fünf Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Stimmenthaltung gilt als Nichtteilnahme an der Beschlussfassung. Der Aufsichtsrat fasst, soweit durch den Gesellschaftsvertrag nicht anders bestimmt ist, seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Über die Angleichung der Stammkapitalanteile der beiden Hauptgesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis wird eine Parität bei den Stimmenanteilen und damit eine angemessene Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises im Aufsichtsrat der Gesellschaft gewährleistet.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Herrn Udo Wasserfuhr Kreiskämmerer	Vorsitzender (bis 30.09.2011)
Dr. Hermann-Josef Tebroke Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis	Vorsitzender (ab 21.03.2012)
Herrn Klaus W. Waldschmidt Rechtsanwalt	stellvertretender Vorsitzender

Herrn Udo Buschmann Vorstandsmitglied der Kreissparkasse Köln	(ab 07.02.2011)
Rolf Menzel Landrat Rheinisch-Bergischer Kreis	(bis 19.10.2011)
Frau Dipl.-Ing. Angelika Graner Architektin	
Frau Dipl.-Ing. Petra Holtzmann Lebensmitteltechnik	
Herrn Dipl.-Ing. Rolf-Dieter Schacht Rentner	
Herrn Jürgen Mumdey Stadtkämmerer	
Herr Dr. Klaus-Georg Wey Leitender Regierungsschuldirektor	
Herrn Volker Damm Rentner	
Herrn Bert Höhne Immobilienkaufmann	
Herrn Frank Rausch Mess- und Regeltechniker	

### 4.3 Gesellschafterversammlung

In der Gesellschafterversammlung, in der je 50,00 € Geschäftsanteil eine Stimme gewähren, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung über die Abberufung von Aufsichtsratsmitgliedern und den Widerruf der Bestellung von Geschäftsführern, die Verschmelzung, Vermögensübertragung oder Umwandlung der Gesellschaft, die Änderung des Gesellschaftsvertrages, die Auflösung der Gesellschaft, die Zustimmung zur Abtretung von Geschäftsanteilen und zum Beitritt neuer Gesellschafter sowie dem Abschluss und der Änderung von Unternehmensverträgen bedürfen zu ihrer Gültigkeit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Ist die Versammlung nicht beschlussfähig, so ist mit einem Zwischenraum von mindestens zwei höchstens vier Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit der gleichen Tagesordnung einzuberufen, die ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenden Stammkapitals beschlussfähig ist.

Die ordentliche Gesellschafterversammlung hat spätestens bis Ende August jeden Jahres in der Regel am Sitz der Gesellschaft stattzufinden.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten.

Frau Mathilde Drawing	Kreistagsabgeordnete
Frau Monika Koczwar	Leiterin der Wohnungsbauförderung
Herr Lasse Pütz	Kreistagsabgeordneter
Herr Christopher Schiefer	Kreistagsabgeordneter

## 5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 1.570.139,61 € ab. Aus dem Jahresüberschuss wurden gem. § 22 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages 157.013,96 € (10 %) den gesellschaftsvertraglichen Rücklagen zugeführt. Der Bilanzgewinn belief sich auf 1.413.125,65 €.

Im Jahre 2011 wurden 2.456 T€ an Fremdkosten für die Instandsetzung und Instandhaltung der Mietobjekte aufgewandt.

Neben der laufenden Instandhaltung wurden weiterhin Mittel in die Grundsanierung von frei finanzierten Wohnungen investiert, um diese langfristig vermietbar zu halten. Im Jahr 2011 wurden 12 Wohnungen umfangreich – teilweise vollständig – saniert; die Kosten betragen insgesamt 150 T€. Die Gesamtausgaben für Instandhaltung einschließlich verrechneter Personal- und Sachkosten betragen 2.756 T€.

Die Mieterträge betragen im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 7.620 T€. Die größten Steigerungen ergaben sich aus Zugängen, einer Neubaufertigstellung sowie der Ausschöpfung der Mieterhöhungsmöglichkeiten bei den öffentlich geförderten Wohnungen gem. II. Berechnungsverordnung.

Im Jahre 2011 wurden 137 Wohnungen gekündigt, so dass stichtagsbezogen ein Rückgang der Fluktuation auf 7,4 % zu verzeichnen war. Vermietungsschwierigkeiten ergaben sich wie in den letzten Jahren weiterhin insbesondere bei kleinen, nicht renovierten Wohnungen mit alten Bädern, aber auch zunehmend bei nicht energetisch modernisierten Beständen.

Das um 137 T€ gestiegene Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung resultierte im Wesentlichen aus den um 263 T€ höheren Sollmieten und Umlagen und minimal gesunkenen Instandhaltungskosten, denen kaum gestiegene Betriebskosten aber höhere Abschreibungen gegenüberstanden.

Die Mietausfälle insgesamt betragen 241 T€ mithin 2,3 % der Sollmieten und Umlagen.

**Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	1
II. Sachanlagen	59.694	57.413	54.007
III. Finanzanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	3.146	3.116	3.272
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	216	251	295
III. Wertpapiere	0	0	2.264
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	4.231	4.758	5.248
C. Rechnungsabgrenzungsposten	31	35	27
<b>Bilanzsumme</b>	<b>67.319</b>	<b>65.574</b>	<b>65.114</b>
<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	3.368	3.368	4.500
II. Kapitalrücklage	0	0	0
III. Gewinnrücklagen	13.270	12.115	12.010
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0
V. Bilanzgewinn/Bilanzverlust	1.413	1.268	1.366
B. Rückstellungen	82	80	127
C. Verbindlichkeiten	49.127	48.743	47.111
D. Rechnungsabgrenzungsposten	59	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>67.319</b>	<b>65.574</b>	<b>65.114</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	10.581	10.520	10.259
Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	31	- 157	107
andere aktivierte Eigenleistungen	61	76	0
sonstige betriebliche Erträge	212	132	243
Aufwendungen für Hausbewirtschaftung	5.260	5.305	5.381
Personalaufwand	981	962	924
Abschreibungen	1.492	1.409	1.340
sonstige betriebliche Aufwendungen	333	348	320
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	65	73	112
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.028	952	976
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>1.856</b>	<b>1.668</b>	<b>1.780</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11	11	22
Sonstige Steuern	275	248	241
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>1.570</b>	<b>1.409</b>	<b>1.517</b>
Einstellungen in Rücklagen	157	141	151
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>1.413</b>	<b>1.268</b>	<b>1.366</b>

**Kennzahlen**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	26,4	25,1	27,1
Investitionen in Sachanlagen:	T€	3.772	4.815	2.939
cash-flow:	T€	3.066	2.821	2.861
Eigenkapitalrentabilität:	%	8,9	8,4	8,6
Wohnungseinheiten:	Anzahl	1.845	1.821	1.795
Durchschnittliche Sollmiete:	€/m <sup>2</sup> /mtl.	5,59	5,48	5,39
Fluktuationsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	7,4	9,6	9,6
Leerstandsquote der Wohn- und Gewerbeeinheiten:	%	2	1,4	0,9

## 6. Beschäftigte

Im Geschäftsjahr 2011 wurden durchschnittlich 16 Arbeitnehmer/innen beschäftigt.

Personal/Bereiche	2011	2010	2009
Kaufmännische Angestellte	6	5	5
Kaufmännische Angestellte (Teilzeitkräfte)	2	3	3
Technische Angestellte	2	2	2
Auszubildende	2	1	2
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte	4	4	4
Mitarbeiter im Regiebetrieb, Hauswarte (Teilzeitkräfte)	1	1	1
<b>Summe</b>	<b>17</b>	<b>16</b>	<b>17</b>

Das Unternehmen zahlte im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 782.443,30 € an Löhne und Gehälter sowie soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung in Höhe von 199.050,71 T€.

## 7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt

Die Verbindungen zum Kreishaushalt resultieren aus der o.a. Kapitalbeteiligung. Abzüglich der Kapitalertragsteuer sowie des Solidaritätsbeitrags konnte der Rheinisch-Bergische Kreis in 2012 für das Geschäftsjahr 2011 eine Dividende von rd. 100 T€ vereinnahmen.

## 8. Bewertung

Die Gesellschaft ergänzt das örtliche Wohnungsangebot durch vorhandenen oder neu erstellten preiswerten Wohnraum. Dies führt zu positiven Synergieeffekten bei der Ansiedlung von Industrie und Handwerksbetrieben. Erfolgreich wird die Gesellschaft bei der Förderung eines modernen, zukunftsweisenden Wohnungsbaus vor allem dann sein, wenn preisgünstige Grundstücke zur Verfügung stehen.

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft war im Berichtsjahr 2011 weiterhin auf das Kerngeschäft der Bewirtschaftung der eigenen Bestände ausgerichtet mit einem umfangreichen Sanierungsprogramm zur Ertüchtigung der Immobilien.

Der mit über 30 % Anteil dominierende Bestand aus den 1950er und 1970er Jahren im Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises weist insbesondere im Bereich der Einfamilienhäuser strukturelle Defizite bzw. Modernisierungs- und Sanierungsbedarfe aus. Da im Jahr 2011 eine Zunahme des Neubaus von Einfamilienhäusern zu verzeichnen war, ist diese Entwicklung besonders zu beobachten.

Während die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft in der Sanierung im energetischen Bereich sicherlich als Vorreiter zu bezeichnen ist, bleibt der altersgerechte Umbau aus den verschiedensten Gründen weiterhin eine zu bewältigende Aufgabenstellung für das Unternehmen.

Ein erstes Nischenprodukt für demenziell veränderte Menschen bietet das Unternehmen nach dem Erwerb und Umbau einer Bestandsimmobilie im Jahr 2009/2010 in dem Objekt in der Kölner Straße 93/95 in Bensberg an. Der Erfolg dieses Projektes ermutigte zu einer Fortsetzung mit einem Angebot für zwölf Menschen in der Gladbacher Straße 6 in Bensberg. Weiterhin bleibt das energetische Modernisierungsprogramm des Unternehmens auf hohem Niveau. Inzwischen kann fast ein Anteil von 70 Prozent des Bestandes als energetisch gut oder sehr gut bezeichnet werden.

Die Gesellschaft wird im Geschäftsjahr 2012 Maßnahmen (Instandhaltung, Instandsetzung, aufwandsrelevanter Anteil an energetischen Investitionsmaßnahmen) im Gegenwert von bis zu 3.000 T€ umsetzen.

**Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH****1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH  
 Friedrich-Ebert-Straße  
 51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 842470  
 Telefax: 02204 / 842471

Internet: [www.tz-bg.de](http://www.tz-bg.de)  
 E-Mail: [info@tz-bg.de](mailto:info@tz-bg.de)

**2. Öffentlicher Zweck**

Die Rheinisch-Bergisches TechnologieZentrum GmbH wurde am 26.10.1994 gegründet und ist im Handelsregister Köln unter der Nummer HRB 46635 eingetragen.

Gegenstand des Unternehmens der Gesellschaft ist die Einrichtung und der Betrieb eines Technologiezentrums, mit dem die Gründung neuer Unternehmen sowie die Entwicklung junger Unternehmen, die neue Technologien, Güter oder Verfahren entwickeln, produzieren und vermarkten, gefördert werden soll. Weiterhin sollen Unternehmen koordiniert und gefördert werden, deren Tätigkeiten auf dem Gebiet des Umweltschutzes liegen. (§ 2 Gesellschaftsvertrag)

Die Gesellschaft bietet innovativen Unternehmen ein Zentrums-Management, Service-Einrichtungen und anforderungsgerechte Betriebsräume an. Die Leistungen des Zentrums-Managements liegen vorwiegend in einer betriebswirtschaftlichen und technischen Beratung der im Zentrum ansässigen Unternehmen sowie in der Vermittlung von Kontakten zu Wirtschafts- und Forschungsinstitutionen in der Wirtschaftsregion.

Der gemeinsame Standort soll die Absatzchancen verbessern sowie wirtschaftliche Verflechtungen innerhalb des Zentrums und der Region fördern. Das Technologiezentrum soll einen Beitrag zur notwendigen Strukturverbesserung der regionalen Wirtschaft leisten.

**3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse**

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000 €. Es ergeben sich folgende Beteiligungsverhältnisse:

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammeinlage in €</b>	<b>in %</b>
KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH	48.000	48,0
Stadt Bergisch Gladbach	25.000	25,0
IHK Köln	2.000	2,0
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>	<b>25.000</b>	<b>25,0</b>

#### **4. Organisationsstruktur**

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

##### **4.1 Geschäftsführung**

Die Gesellschaft kann einen hauptberuflichen und bis zu drei nebenberufliche Geschäftsführer haben. Bestellung und Anstellung der Geschäftsführer sowie die Geschäftsverteilung unter ihnen erfolgen durch die Gesellschafterversammlung.

Hauptamtlicher Geschäftsführer des Unternehmens ist Herr Martin Westermann, Prokurist Stadtentwicklungsbetrieb Stadt Bergisch Gladbach AöR. Nebenamtliche Geschäftsführer sind die Herren Stefan Dürselen, Dipl.-Ing., Projektmanager bei der Kreissparkasse Köln, und Dietmar Virnich, Dezernatsleiter 1 des Rheinisch-Bergischen Kreises.

##### **4.2 Gesellschafterversammlung**

Je 500 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die den einzelnen Gesellschaftern zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden mit einer Mehrheit von mehr als drei Vierteln der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht im Gesetz oder im Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt ist. Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Viertel des Stammkapitals vertreten sind. Erweist sich eine Gesellschafterversammlung als beschlussunfähig, so ist durch die Geschäftsführung binnen zwei Wochen eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist, worauf in der Einladung ausdrücklich hinzuweisen ist, ohne Rücksicht auf die Zahl der vertretenen Stimmen beschlussfähig.

Der Rheinisch-Bergische Kreis verfügt gemäß seiner Beteiligung am Stammkapital über 50 Stimmen. Die Vertretung des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Gesellschafterversammlung wird durch Herrn Kreisdirektor Dr. Erik Werdel wahrgenommen.

#### **5. Wirtschaftliche Daten**

Das Geschäftsjahr 2011 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 92.279,28 €. Seit dem Bestehen der Gesellschaft wurden 675 Gründungsvorhaben geprüft. Bis zum 31.12.2011 wurden insgesamt 226 Unternehmen gegründet. Als Gründer in das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum wurden bisher 76 Unternehmen aufgenommen. Am 31.12.2011 hatten dort 18 Existenzgründer Mietverträge.

Von den zum 31.12.2011 zur Verfügung stehenden Flächen in der Größenordnung von ca. 2.800 m<sup>2</sup> waren rd. 2.460 m<sup>2</sup> belegt.

Zum Zeitpunkt der jeweiligen Existenzgründung im TechnologieZentrum werden seit 17 Jahren nachweislich zum Unternehmensstart durchschnittlich 2 neue Arbeitsplätze geschaffen. Aus Mieterbefragungen zum Ende der vorangegangenen Jahre ergibt sich eine durchschnittliche Mitarbeiterzahl von 9 über die letzten 9 Jahre.

Legt man eine ähnliche Wachstumsentwicklung für die Gesamtmieterschaft des TechnologieZentrums seit 1995 und eine TechnologieZentrum-spezifische Insolvenzquote in Höhe von 9 % zugrunde (von 76 Unternehmen wurden 7 im Rahmen eines Insolvenzverfahrens abgewickelt), so werden von den erfolgreichen Unternehmen, die im TechnologieZentrum gegründet wurden, heute rd. 620 hoch

qualifizierte Arbeitsplätze bereitgestellt. Die Gesamtzahl der durch die in TechnologieZentrum, TechnologiePark und Region neu gegründeten 226 Unternehmen geschaffenen Arbeitsplätze lässt sich unter Zugrundelegung der TZ-spezifischen Insolvenzquote von 9 % somit auf bis zu 1.850 hochrechnen. Die hierdurch erreichten strukturellen Effekte und Folgewirkungen für die Region dürften sehr hoch sein, lassen sich aber zahlenmäßig ohne größeren Aufwand nicht quantifizieren.

Die Umsatzerlöse reduzierten sich im abgelaufenen Berichtsjahr 2011 um ca. 7%. Wesentlicher Grund hierfür war der Auszug eines Mieters mit einem hohen Flächenanteil.

Im Jahr 2011 wurden keine wesentlichen Einzelinvestitionen durchgeführt.

### **Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0
II. Sachanlagen	5	9	7
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	112	97	85
III. Wertpapiere	250	250	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	198	203	474
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	3
<b>Bilanzsumme</b>	<b>565</b>	<b>560</b>	<b>569</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	100	100	100
II. Kapitalrücklage	26	26	25
III. Gewinnrücklage	373	373	373
B. Rückstellungen	45	39	44
C. Verbindlichkeiten	8	9	27
D. Rechnungsabgrenzungsposten	13	13	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>565</b>	<b>560</b>	<b>569</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	317	341	340
Sonstige betriebliche Erträge	142	127	124
Personalaufwand	121	118	121
Abschreibungen	4	2	2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	430	430	414
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	3	9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	4
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>- 92</b>	<b>- 79</b>	<b>- 68</b>
Außerordentliche Erträge	0	0	2.160
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	1.796
<b>Jahresüberschuss/ -fehlbetrag</b>	<b>- 92</b>	<b>- 79</b>	<b>296</b>
Entnahme aus der Kapitalrücklage	92	79	67
Einstellungen in Gewinnrücklagen	0	0	363
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Kennzahlen**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	88,0	89,0	87,53
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 83	- 83	- 1.055
cash-flow aus der Investitionstätigkeit	T€	- 1	- 5	1.796

**6. Beschäftigte**

Neben dem hauptamtlichen Geschäftsführer beschäftigt die Gesellschaft durchschnittlich wie im Vorjahr eine Arbeitnehmerin.

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2011 insgesamt 121.136,13 T€ an Personalaufwendungen. Davon 97.501,65 T€ an Löhne und Gehälter sowie 23.634,48 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

**7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Die Gesellschafter Stadt Bergisch Gladbach und Rheinisch-Bergischer Kreis haben sich gem. Gesellschaftsvertrag bereiterklärt, etwaige Betriebsverluste der Gesellschaft bis zu einer Obergrenze von 100.000 € pro Jahr auszugleichen.

Der Verlust wird zu einem Anteil von jeweils 50 % durch die beiden v.g. Gesellschafter übernommen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat von dem Jahresfehlbetrag des Geschäftsjahres 2011 (rd. 92 T€) einen Verlustanteil in Höhe von 46.139,64 € durch neue Einzahlung in die Kapitalrücklage übernommen.

Die KSK Köln Beteiligungsgesellschaft mbH ist gem. Gesellschaftsvertrag nicht zur anteiligen Verlustübernahme verpflichtet. Aus dem vielseitigen Aufgabenspektrum des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums als Existenzgründungsdienstleister

technologieorientierter Gründungen ergibt sich jedoch ein hoher Werbeeffect auch für die Geschäftsinteressen der Kreissparkasse Köln in diesem Bereich, der entsprechend von der Kreissparkasse Köln an das TechnologieZentrum vergütet wird.

Gem. Gesellschaftsvertrag nimmt die Industrie- und Handelskammer zu Köln mit ihren Geschäftsanteilen am Gewinn/Verlust der Gesellschaft nicht teil.

## 8. Bewertung

Durch die Vertretung in der Person des Kreisdirektors des Rheinisch-Bergischen Kreises in der Gesellschafterversammlung sowie des Dezernatsleiters in der Geschäftsführung, ist ein angemessener Einfluss auf Kontrolle und Gestaltung der Geschäftspolitik gewährleistet.

Seit siebzehn Jahren hat sich das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum in Bergisch Gladbach als Keimzelle für technologieorientierte Existenzgründer und Jungunternehmer etabliert. Tätigkeitsschwerpunkt ist die qualifizierte und kostenlose Beratung bei technologieorientierten Unternehmensgründungen.

Die Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum GmbH leistet einen Beitrag zur Gründungsförderung sowie zur Weiternutzung eines ausgewiesenen Technologiestandorts.

Der Imageeffekt für die Region und den Standort Rhein-Berg ist hoch. Die Existenz eines Zentrums kann Standort- und Arbeitsplatzentscheidungen von Unternehmen in technologieorientierten Bereichen positiv beeinflussen.

Die geringe Insolvenzquote im Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum ist ein Ergebnis der kontinuierlichen und qualitätsorientierten Gründerauswahl.

Neben der quantitativen Betrachtung des Gründungsgeschehens ist die Qualität der Gründungen ein wesentlicher Aspekt. Ein wichtiger Indikator hierfür ist die Tatsache, dass den Unternehmen aus dem Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrum 40 Preise oder Auszeichnungen überwiegend im Rahmen von regionalen und überregionalen Business-Plan- und Innovations-Wettbewerben seit 1995 zuteil wurden.

Um die Ansiedlung von technologieorientierten Gründungsvorhaben sicherzustellen und zu intensivieren, wurden auch in 2011 speziell für technologieorientierte Unternehmen zugeschnittene Workshops und Seminare im Rahmen des ManagementsForums in Zusammenarbeit mit der Kreissparkasse Köln, dem TechnologieZentrum St@rt HÜRTH, den Gründer- und Technologiezentren Gummersbach, Rheinbach sowie dem BusinessCampus Rhein-Sieg in Sankt Augustin und Start Media in Hürth konzipiert und durchgeführt. Die Aktivitäten sollen auch im Jahr 2012 fortgeführt werden.

Für das Rheinisch-Bergische TechnologieZentrum ist auch im Jahr 2012 eine kontinuierliche Weiterentwicklung geplant. Die bestehenden Kooperationsmöglichkeiten mit dem TechnologiePark sollen weiterhin genutzt werden. Die Suche nach qualifizierten Gründern soll weiterhin vorangetrieben werden, um so die vorhandenen Vermietungskapazitäten besser auszulasten. Aus diesem Grunde forciert die Geschäftsführung des Rheinisch-Bergischen TechnologieZentrums die Gründerakquisition.

## **Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH  
Friedrich-Ebert-Straße  
51429 Bergisch Gladbach

Telefon: 02204 / 97630  
Telefax: 02204 / 976399

Internet: [www.rbw.de](http://www.rbw.de)  
E-Mail: [info@rbw.de](mailto:info@rbw.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Am 19.12.1991 traf der Kreistag seine Grundsatzentscheidung zur Auflösung des bisherigen Referats für Wirtschaftsförderung bei gleichzeitiger Gründung der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit beschränkter Haftung (RBW). Die Konzeption einer privatrechtlich organisierten Wirtschaftsförderung, die dieser Entscheidung nach mehrjähriger Diskussion in den Kreisgremien zugrunde lag, geht vom Modell des „strategischen Dreiecks“ für die zukünftige Kreiswirtschaftsförderung aus. Die Basis in diesem Verbund bilden die kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie der Rheinisch-Bergische Kreis mit ihren Aufgaben zur lokalen bzw. regionalen Wirtschaftsförderung. Im Sinne des public-private-partnership sind die öffentlich-rechtlichen Sparkassen und Kreditgenossenschaften mit Sitz im Kreisgebiet integriert.

Die Gesellschaft ist im Registergericht des Amtsgerichtes Köln unter der Nr. HRB 46525 eingetragen. Unternehmensgegenstand ist die Förderung der Wirtschaft auf dem Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises. Die Gesellschaft wird ergänzend zum eigenständigen örtlichen Angebot wirtschaftsfördernder Leistungen der kreisangehörigen Kommunen nach Abstimmung und in Kooperation mit den Gesellschaftern tätig. Zweck der Gesellschaft ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur des Kreisgebietes durch Förderung der Wirtschaft. Die Tätigkeit darf nicht über den für die Zweckverwirklichung sachlich gebotenen Umfang hinausgehen, insbesondere darf sie nicht den Umfang einer laufenden Unternehmensberatung annehmen.

Die Gesellschaft versteht sich als Dienstleistungsunternehmen für die Unternehmen im kreisangehörigen Raum und für die Gesellschafter. Zu ihren Aufgaben gehören insbesondere:

- Entwicklung und Vermarktung der wirtschaftlichen Kernkompetenzen,
- Allgemeiner Firmenkundenservice,
- Standortmarketing,
- Tourismusförderung,
- Unterstützung bei der Entwicklung von Gewerbeimmobilien.

Zur Erzielung dieser Geschäftszwecke kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Gesellschaften und Institutionen unmittelbar oder mittelbar beteiligen und/oder deren Geschäftsführung übernehmen.

### 3. Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 74.300 €

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie folgt dar:

<b>Gesellschafter</b>	<b>Stammeinlage in €</b>	<b>in %</b>
<b>Rheinisch-Bergischer Kreis</b>	<b>37.900</b>	<b>51,0</b>
Stadt Bergisch Gladbach	7.020	9,45
Stadt Burscheid	1.040	1,4
Stadt Leichlingen	1.820	2,45
Stadt Wermelskirchen	2.600	3,5
Gemeinde Kürten	1.040	1,4
Gemeinde Odenthal	1.040	1,4
Stadt Overath	1.820	2,45
Stadt Rösrath	1.820	2,45
Öffentlich-rechtliche Sparkassen im Rheinisch-Bergischen Kreis		
KSK Kapitalbeteiligung Holding GmbH der Kreissparkasse Köln	7.800	10,5
Stadtsparkasse Wermelskirchen	1.300	1,75
Volks- und Raiffeisenbanken im Rheinisch-Bergischen Kreis (in Gesellschaft bürgerlichen Rechts)		
Bensberger Bank eG Paffrather Raiffeisenbank eG Raiffeisenbank Kürten-Odenthal eG Raiffeisenbank Overath-Rösrath eG	9.100	12,25

### 4. Organisationsstruktur

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) die Gesellschafterversammlung.

#### 4.1 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung wird von der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Geschäftsführung führt die Geschäfte der Gesellschaft eigenverantwortlich nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen und des Gesellschaftsvertrages. Geschäftsführer ist Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

## 4.2 Gesellschafterversammlung

In die Gesellschafterversammlung entsenden:

- |  |                    |
|--|--------------------|
| - der Rheinisch-Bergische Kreis  | 9 Vertreter (9)    |
| - die beteiligten kreisangehörigen Kommunen  | je 1 Vertreter (8) |
| - die KSK-Kapitalbeteiligung Holding GmbH sowie<br>die Stadtsparkasse Wermelskirchen | je 1 Vertreter (2) |
| - die GbR der Volks- und Raiffeisenbanken<br>im Rheinisch-Bergischen Kreis           | 2 Vertreter (2)    |

Die Gesellschafterversammlung ist jährlich spätestens 6 Monate nach Schluss des Geschäftsjahres - als ordentliche Gesellschafterversammlung - einzuberufen. Je 10 € eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Die dem einzelnen Gesellschafter zustehenden Stimmen können nur einheitlich abgegeben werden, ansonsten sind sie ungültig.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten ist. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit der Gesellschaftsvertrag oder das Gesetz nicht eine größere Mehrheit vorschreiben.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch folgende Personen vertreten:

### Ordentliches Mitglied

Merten, Thomas  
Büscher, Wolfgang  
Drefahl, Christian  
Conrad, Werner  
Mertens, Dirk  
Neu, Heinz Gerd  
Pütz, Lasse  
Rickes, Roland  
Winkels, Robert Gordon

### Stellvertreter

Rhode, Ursula  
Kieweg, Dietmar  
Ziepke, Klaus-Dieter  
Wolf, Alfred  
Dr. Beckers-Schwarz, Wolfgang  
Zorn, Gerhard  
Riedel, Eva-Maria  
Clemen, Christiane

## 5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft erzielte in 2011 bei Betriebserträgen von 50.189,80 € und Betriebsaufwendungen von 579.812,42 € ein Betriebsergebnis von – 529.622,62 €. Nach Verrechnung des Finanzergebnisses von 55.012,80 € ergab sich ein Jahresfehlbetrag von 474.609,82 €. Der Jahresfehlbetrag wurde durch Entnahmen aus der Kapitalrücklage vollständig ausgeglichen, wobei sich die Kapitalrücklage gegenüber dem Vorjahr von 3.192 T€ auf 3.175 T€ zum Bilanzstichtag vermindert hat, da die gewährten Gesellschafterzuschüsse in 2011 unter dem Jahresfehlbetrag lagen.

Die Bilanzsumme betrug zum 31.12.2011 rund 4.544 T€. Gegenüber dem Vorjahr (4.683 T€) sank sie um rund 139 T€, insbesondere wegen der Rückzahlung sonstiger Ausleihungen im Rahmen des Public Leasings durch die Leasingnehmer (- 109 T€). Die Eigenkapitalquote betrug zum Bilanzstichtag weiterhin rund 70 %.

**Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10	37	41
II. Sachanlagen	25	31	25
III. Finanzanlagen	1.105	1.282	1.396
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	458	402	883
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	2.946	2.931	2.481
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.544</b>	<b>4.683</b>	<b>4.826</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74	74	74
II. Kapitalrücklage	3.175	3.192	3.244
C. Rückstellungen	76	67	72
D. Verbindlichkeiten	1.219	1.350	1.436
E. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.544</b>	<b>4.683</b>	<b>4.826</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	35	27	25
sonstige betriebliche Erträge	15	18	17
Materialaufwand	0	0	0
Personalaufwand	316	313	296
Abschreibungen	11	20	21
sonstige betriebliche Aufwendungen	252	261	231
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	51	71	89
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	42	38	65
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	38	62	79
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>- 474</b>	<b>- 502</b>	<b>- 431</b>
Sonstige Steuern	0	0	0
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>- 474</b>	<b>- 502</b>	<b>- 431</b>
Entnahme aus der Kapitalrücklage	474	502	431
<b>Bilanzgewinn/- verlust</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

**Kennzahlen**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	71,5	69,7	68,76
Betriebsergebnis:	T€	- 529,5	- 549,6	- 505,5
cash-flow:	T€	- 440	- 483	- 411
Investitionen in Anlagevermögen	T€	- 1,8	- 22,6	- 2,5

**6. Beschäftigte**

Die Gesellschaft zahlte im Berichtsjahr 2011 insgesamt 316.225,73 T€ an Personalaufwendungen. Davon 263.256,76 T€ an Löhne und Gehälter sowie 52.968,97 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2011 durchschnittlich 6 Arbeitnehmer beschäftigt.

Personal	2011	2010	2009
Angestellte	6	6	7

**7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 37.900 € hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung etwaiger Verluste der Gesellschaft einen jährlichen Gesellschafterbeitrag in Höhe von 450.000 € an die RBW zu leisten. Der Rheinisch-Bergische Kreis ist berechtigt, den Beitrag angemessen herabzusetzen, wenn der Beitrag andernfalls im Verhältnis zur Ertragslage der Gesellschaft unangemessen hoch wäre. Der Beitrag des Rheinisch-Bergischen Kreises wird gegen etwaige Verluste der Gesellschaft gebucht; soweit er

diesen Betrag übersteigt, erfolgt eine Verbuchung auf gesondertem Rücklagenkonto zugunsten des Rheinisch-Bergischen Kreises. Zur Abdeckung des Jahresfehlbetrages 2011 der RBW, wurde der Gesellschafterbeitrag durch den Rheinisch-Bergischen Kreis in voller Höhe (450.000 €) an die Gesellschaft ausgezahlt.

Darüber hinaus stellte der Rheinisch-Bergische Kreis im Einvernehmen mit den Städten und Gemeinden der RBW ursprünglich 4,35 Mio. € als Sondervermögen zur Verfügung. Hiervon wurden zwischenzeitlich 1 Mio. € an den Rheinisch-Bergischen Kreis zurücküberwiesen. Die Verwendungsmöglichkeiten des Sondervermögens sind in einer gesonderten Vergaberichtlinie geregelt. Gemäß der Vergaberichtlinie dient das Sondervermögen einer gezielten Förderung der Wirtschaft im Rheinisch-Bergischen Kreis. Es dient im Einzelnen der Finanzierung der im Gesellschaftsvertrag und aufgrund von Beschlüssen der Gesellschafterversammlung bestimmten Zwecke der Gesellschaft. Hierzu zählt auch die Unterstützung bei der Entwicklung von Gewerbeimmobilien und deren Vermarktung. Um das Sondervermögen langfristig zu erhalten, wurde in der Vergaberichtlinie bei der Mittelverwendung eine grundsätzliche Rückzahlungsverpflichtung aufgenommen.

Die Verwaltung des Sondervermögens erfolgt seit Oktober 2006 bei der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft.

## **8. Bewertung**

Im Sinne einer arbeitsmarktorientierten regionalen Wirtschaftsförderungspolitik im Rheinisch-Bergischen Kreis entwickelt die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft auf der Grundlage der in den Städten und Gemeinden des Kreises bereits vorhandenen Wirtschaftsförderungsstrukturen und -maßnahmen gemeinsam mit diesen ergänzende Handlungsinstrumente und Strategien für die Bestandsentwicklung der heimischen Unternehmerschaft, die Etablierung neuer Unternehmen und zur Beschäftigungsförderung.

Seit der Umstrukturierung der Gesellschaft im Jahr 2005 wurde ein kontinuierlicher Prozess zur Verbesserung der Arbeit der Gesellschaft eingeleitet. Dieser Prozess setzte sich im Jahr 2011 fort. Die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft entwickelte ein speziell auf die Gesellschaft abgestimmtes Controlling, das erstmals in 2006 durchgeführt wurde. Im Geschäftsjahr 2011 wurde dieses Controlling fortgeschrieben, somit ergaben sich weitere Vergleichswerte über die Jahre. Auch hier zeigt sich die Kontinuität des Geschäftsverlaufs in den einzelnen Tätigkeitsbereichen der RBW. Mit der Umsetzung des Controllings leistet die Gesellschaft weiterhin einen Beitrag zur Transparenz der Tätigkeit sowohl für die Gesellschafter als auch für die Kunden.

Im Hinblick auf die der Rheinisch-Bergischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft gestellten Aufgaben ist diese derzeit nicht in der Lage, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, da sie aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit selbst nur in eingeschränktem Umfang Erträge erzielen kann. Die Gesellschaft ist daher auch in Zukunft nur dann existenzfähig, wenn die jährlichen Fehlbeträge durch Zahlungen der Gesellschafter ausgeglichen werden.

## **Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln  
Konrad-Adenauer-Straße 13  
50996 Köln

Telefon: 0221 / 937663  
Telefax: 0221 / 9376650

Internet: [www.rheinstud.de](http://www.rheinstud.de)  
E-Mail: [Abt.Koeln@Rheinstud.de](mailto:Abt.Koeln@Rheinstud.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbands ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

### **3. Beteiligungsverhältnisse**

Mitglieder der Gesellschaft und damit Träger des Instituts sind:

Stadt Köln,  
Stadt Bonn,  
Landschaftsverband Rheinland,  
Rhein-Erft-Kreis,  
Kreis Euskirchen,  
Oberbergischer Kreis,  
Rhein-Sieg Kreis,  
Rheinisch-Bergischer Kreis

### **4. Organisationsstruktur**

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) den Institutsvorsteher,
- b) den Institutsausschuss,
- c) die Gesellschafterversammlung.

#### 4.1 Institutsvorsteher

Der Institutsvorsteher ist Vorsitzender der Gesellschafterversammlung, Leiter des Instituts und Geschäftsführer im Sinne der §§ 710 ff BGB.  
Institutsvorsteher ist zur Zeit Herr Jürgen Roters, Oberbürgermeister der Stadt Köln. Er wird von Frau Patricia Florack vertreten.

#### 4.2 Institutsausschuss

Zur Unterstützung und Beratung des Institutsvorstehers wird unter seinem Vorsitz ein Institutsausschuss gebildet. Kraft ihres Amtes sind neben dem Institutsvorsteher Mitglieder des Institutsausschusses:

- die Vertreter der einzelnen Gesellschafter
- die Studienleiterin des Institutes

Für 5 Jahre, jedoch längstens für die Dauer ihres Amtes bzw. Mandates, werden von der Gesellschafterversammlung als Mitglieder berufen:

- jeweils bis zu zwei von den Räten der kreisfreien Städte bzw. der Kreistage der Landkreise und vom Landschaftsausschuss des Landschaftsverbandes Rheinland zu benennende Vertreter und deren Stellvertreter,
- je ein Vertreter der Dienstkräfte des mittleren und gehobenen Verwaltungsdienstes aus jeder Abteilung, die von den Personalräten der einzelnen Gemeinden und Gemeindeverbände vorzuschlagen sind.

Studienleiterin ist Frau Patricia Florack. Die stellvertretende Studienleitung liegt bei Herrn Heinrich Johann.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird im Institutsausschuss durch folgende Kreistagsabgeordnete vertreten:

Ordentliches Mitglied  
Dünner, Johannes  
Hilden, Stefanie

Stellvertreter  
Heimann, Ulrich  
Dr. Wey, Klaus-Georg

#### 4.3 Gesellschafterversammlung

Die Gesellschafterversammlung beschließt über die Angelegenheiten des Instituts. Aufgaben, die der Gesellschafterversammlung vorbehalten sind, ergeben sich aus § 10 des Gesellschaftsvertrages.

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung bzw. sein Stellvertreter ist jeweils für 2 Jahre der/die Oberbürgermeister/-in der Städte Bonn und Köln, die Landräte des Erftkreises und Rhein-Sieg Kreises und der Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter wenigstens die Hälfte der vertraglichen Stimmenzahl erreichen. Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit Stimmenmehrheit gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Kreisdirektor Dr. Erik Werdel vertreten.

## 5. Wirtschaftliche Daten

Die Gesellschaft schloss das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 308.529,65 €.

Die Umsatzerlöse betragen im Berichtszeitraum 2.773.837,22 €, die sich somit gegenüber dem Vorjahr 2010 um 6,8 % erhöhten. Auch bei den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren musste ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden. Diese beliefen sich im Geschäftsjahr 2011 auf insgesamt 66.156,43 € (+51,7 %).

An Aufwendungen für bezogene Leistungen fielen im Berichtszeitraum 1.777.232,66 € an. Dies entsprach einer Erhöhungsrate gegenüber dem Vorjahr von 28,1 %.

### Bilanz

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	1
II. Sachanlagen	192	244	315
III. Finanzanlagen	59	1.269	1.380
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	587	335	300
II. Kassenbestand, Bankguthaben	2.112	1.326	1.110
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.950</b>	<b>3.174</b>	<b>3.106</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Anfangskapital	1.977	1.841	1.752
II. Jahresfehlbetrag, -überschuss	- 309	136	89
B. Rückstellungen	941	1.169	1.126
C. Verbindlichkeiten	341	28	139
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.950</b>	<b>3.174</b>	<b>3.106</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	2.774	2.597	2.875
sonstige betriebliche Erträge	128	76	99
Materialaufwand	1.843	1.431	1.642
Personalaufwand	326	250	298
Abschreibungen	129	78	77
sonstige betriebliche Aufwendungen	963	820	916
Finanzerträge	51	42	48
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>- 308</b>	<b>136</b>	<b>89</b>
Steuern	0	0	0
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>- 308</b>	<b>136</b>	<b>89</b>

**Kennzahlen**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	56,55	62,28	59,27
Umsatzrentabilität:	%	0,0	5,3	3,1
cash-flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	- 531.596,14	110.563,86	563.587,82

**6. Beschäftigte**

Am Bilanzstichtag 31.12.2011 waren im Unternehmen 16 Personen beschäftigt.

Personal	2011	2010	2009
<b>Summe</b>	16	18	17

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 326.173,30 €. Davon entfielen 247.948,30 € auf Löhne und Gehälter und 78.225,00 € auf soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung.

**7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren abgedeckt werden können, werden von den Gesellschaftern Umlagen erhoben. Der Verrechnungsschlüssel wird von der Gesellschafterversammlung festgesetzt und richtet sich nach der Zahl der von den einzelnen Gebietskörperschaften angemeldeten Lehrgangsteilnehmer.

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im Geschäftsjahr 2011 eine Umlage in Höhe von insgesamt 78.131,00 € gezahlt.

## **RWE AG, Essen**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

RWE Aktiengesellschaft  
Opernplatz 1  
45128 Essen

Telefon: 0201 / 1200  
Telefax: 0201 / 1215199

Internet: [www.rwe.com](http://www.rwe.com)  
E-Mail: [contact@rwe.com](mailto:contact@rwe.com)

### **2. Gegenstand des Unternehmens**

Gegenstand der Gesellschaft mit Sitz in Essen ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf folgenden Geschäftsfeldern tätig sind:

- Erzeugung und Beschaffung von Energie, einschließlich erneuerbarer Energien,
- Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen,
- Versorgung und Handel mit Energie,
- Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie,
- Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser,
- Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten, einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen gründen, erwerben und sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die vorgenannten Geschäftsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, unter ihrer einheitlichen Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken. Sie kann ihren Betrieb ganz oder teilweise in verbundene Unternehmen ausgliedern oder verbundenen Unternehmen überlassen.

### **3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse**

Das Grundkapital der RWE AG beträgt 1.573.748.477,44 €. Es ist eingeteilt in 575.745.499 Stück Stammaktien und 39.000.000 Stück Vorzugsaktien ohne Stimmrecht.

#### **3.1 Aktien im Kämmergevermögen**

Der Rheinisch-Bergische Kreis hält insgesamt 70.860 Stammaktien der RWE AG im Kämmergevermögen. Für das Geschäftsjahr 2011 konnte der Rheinisch-Bergische Kreis eine Dividende abzüglich Kapitalertragssteuer und Solidaritätsbeitrag in Höhe von 119.292,81 € in 2012 vereinnahmen.

#### **3.2 Aktien im Vermögen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG**

Das Verkehrsunternehmen des Rheinisch-Bergischen Kreises, die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG, hat durch die RW-Holding AG im Geschäftsjahr 2002 insgesamt 671.385 RWE AG Stammaktien erworben. Der Rheinisch-Bergische Kreis übt gem. eines zwischen der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG und dem Rheinisch-Bergischen Kreis abgeschlossenen Legitimationsvertrages die Verwaltungsrechte aus den Aktien in eigenem Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG aus.

Für das Geschäftsjahr 2011 konnte die Kraftverkehr Wupper-Sieg AG eine Dividende abzüglich Kapitalertragssteuer und Solidaritätsbeitrag in Höhe von 988.614,42 € in 2012 vereinnahmen.

#### 4. Organisationsstruktur

Die RWE AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

##### 4.1 Vorstand

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen wird die Zahl seiner Mitglieder durch den Aufsichtsrat festgelegt. Die Gesellschaft wird durch zwei Mitglieder des Vorstands oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Vorstandsmitglieder im Geschäftsjahr 2011 waren die Herren:

Dr. Jürgen Großmann	Vorstandsvorsitzender
Peter Terium	Stellv. Vorstandsvorsitzender
Dr. Leonhard Birnbaum	Vorstand Kommerzielle Steuerung
Alwin Fitting	Personalvorstand
Dr. Rolf Pohlig	Finanzvorstand
Dr. Rolf Martin Schmitz	Vorstand Operative Steuerung

##### 4.2 Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat

Der Aufsichtsrat besteht aus zwanzig Mitgliedern, von denen zehn von der Hauptversammlung nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes und zehn von den Arbeitnehmern nach den Bestimmungen des Mitbestimmungsgesetzes vom 04.05.1976 gewählt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats bedürfen der Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht gesetzlich zwingend etwas anderes bestimmt ist.

Der Vorstand kann einen Wirtschaftsbeirat für die Gesellschaft bilden und für ihn eine Geschäftsordnung erlassen.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat und Wirtschaftsbeirat der Gesellschaft nicht vertreten.

Mitglieder im Aufsichtsrat waren im Geschäftsjahr 2011:

Dr. Manfred Schneider	Vorsitzender
Frank Bsirske	stellv. Vorsitzender
Dr. Paul Achleitner	
Werner Bischoff	
Carl-Ludwig von Boehm-Bezing	
Heinz Büchel	
Dieter Faust	
Roger Graef	seit 20.04.2011
Andreas Henrich	bis 20.04.2011
Manfred Holz	seit 20.04.2011
Frithjof Kühn	
Hans Peter Lafos	

Dr. Gerhard Langemeyer	bis 20.04.2011
Christine Merkamp	seit 20.04.2011
Dagmar Mühlenfeld	
Dr. Wolfgang Reiniger	bis 20.04.2011
Günter Reppien	bis 20.04.2011
Dagmar Schmeer	
Prof. Dr.-Ing. Ekkehard D. Schulz	
Dr. Wolfgang Schüssel	
Ullrich Sierau	seit 20.04.2011
Uwe Tigges	
Manfred Weber	
Dr. Dieter Zetsche	

### 4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand einberufen. Die Einberufung muss mindestens sechsunddreißig Tage vor dem Tag der Versammlung bekanntgemacht werden. Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen oder das Stimmrecht ausüben wollen, müssen sich vor der Versammlung anmelden. Die Anmeldung bedarf der Textform und muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Die Aktionäre müssen außerdem die Berechtigung zur Teilnahme an der Hauptversammlung oder zur Ausübung des Stimmrechts nachweisen. Dazu bedarf es eines in Textform erstellten Nachweises des Anteilsbesitzes durch das depottführende Kredit- oder Finanzdienstleistungsinstitut. Der Nachweis muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Soweit den Vorzugsaktionären nach dem Gesetz ein Stimmrecht zusteht, gewährt jede Vorzugsaktie eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, soweit nicht die Satzung oder zwingende gesetzliche Vorschriften etwas Abweichendes bestimmen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, soweit außerdem eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Hauptversammlung durch den Kreistagsabgeordneten Herrn Heinz Gerd Neu vertreten. Seine Stellvertreterin ist Frau Kreistagsabgeordnete Christine Bender.

## 5. Wirtschaftliche Daten

Der RWE-Konzern erwirtschaftete im zurückliegenden Geschäftsjahr 2011 einen Außenumsatz von insgesamt 51.686 Mio. €. Damit blieb der Konzern um 3 % hinter dem Vorjahreswert zurück. Stark verringert haben sich die Erlöse aus dem Verkauf konzerneigener Stromerzeugung durch RWE Supply & Trading. Außerdem wirkten sich der rückläufige Gasabsatz und die Endkonsolidierung von Thyssengas und Amprion aus. Dem standen positive Effekte aus der Vollkonsolidierung von NEW und aus gestiegenen Rohölnotierungen gegenüber. Auch Wechselkursänderungen beeinflussten die Erlösentwicklung. Lässt man wesentliche Konsolidierungs- und Wechselkurseinflüsse außer Betracht, war der Konzernumsatz um 2 % rückläufig.

Im Unternehmensbereich Deutschland lag der Außenumsatz mit 21.520 Mio. € um 10 % über dem Vorjahreswert, ohne NEW ergäbe sich ein Plus von 6%. Die Stromerlöse stiegen um 14% auf 16.148 Mio. €. Neben den erläuterten Mengeneffekten trugen dazu Preisanhebungen bei, mit denen der Konzern auf den starken Anstieg der Aufwendungen aus dem EEG reagierte. Die Umlage für den EEG-Strom belief sich 2011 auf 3,5 Cent je kWh. Das waren 1,5 Cent mehr als im Vorjahr. Die Preiserhöhungen fielen allerdings geringer aus, weil im Stromeinkauf Einsparungen erzielt wurden und diese an die Kunden weitergegeben wurden. Im Gasgeschäft ist der

Umsatz um 8 % auf 3.526 Mio. € gesunken. Den Ausschlag gaben die witterungsbedingten Absatzeinbußen.

Die Ertragslage des RWE-Konzerns verschlechterte sich gegenüber dem Vorjahr 2010 deutlich. Das EBITDA ging um 18 % auf 8.460 Mio. € zurück und das betriebliche Ergebnis um 24 % auf 5.814 Mio. €. Die Mitte 2011 beschlossene Verkürzung der Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke brachte für RWE massive Belastungen mit sich. Gemeinsam mit der neuen Kernbrennstoffsteuer minderte sie das betriebliche Ergebnis gegenüber dem Vorjahr um rund 1,3 Mrd. €. Auch gesunkene Stromerzeugungsmargen schlugen negativ zu Buche. Hinzu kamen Verluste im Midstream-Geschäft und eine außergewöhnlich schwache Performance im Energiehandel.

Das betriebliche Ergebnis des Unternehmensbereichs Deutschland lag mit 4.205 Mio. € um 25 % unter dem des Vorjahres. Hier machten sich die Rückgänge bei den betrieblichen Ergebnissen in den Bereichen Stromerzeugung (- 33 % auf 2.700 Mio. €) sowie Vertrieb/Verteilnetze (- 4 % auf 1.505 Mio. €) bemerkbar.

Im Berichtsjahr wurden Investitionen in Höhe von 7.072 Mio. € getätigt. Das Niveau von 2010 wurde damit um 6 % übertroffen. Die Ausgaben für Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte erreichten mit 6.353 Mio. € etwa das Rekordniveau des Vorjahres. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit waren der Ausbau und die Modernisierung der Stromerzeugungskapazitäten.

Die Nettoschulden stiegen im zurückliegenden Geschäftsjahr um 1,0 Mrd. € auf 29,9 Mrd. €. Dazu trugen hauptsächlich die Investitionen (7,1 Mrd. €) sowie die Dividendenzahlung der RWE AG (1,9 Mrd. €) bei.

Die Fremdkapitalkosten lagen 2011 unverändert bei 4,9 %. Der Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit erreichte mit 5.510 Mio. € das Vorjahresniveau.

Die Gesellschaft schüttete für das Geschäftsjahr 2011 eine Dividende von 2,00 € je Aktie aus.

**Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 Mio. €	31.12.2010 Mio. €	31.12.2009 Mio. €
<b>Langfristiges Vermögen</b>			
Immaterielle Vermögensgegenstände	16.946	17.350	17.320
Sachanlagen	34.847	32.237	28.627
Investment Property	136	162	182
At-Equity-bilanzierte Beteiligungen	4.113	3.694	3.736
Übrige Finanzanlagen	836	750	709
Finanzforderungen	1.928	1.042	1.118
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	2.041	2.213	2.488
Ertragsteueransprüche	71	626	507
Latente Steuern	2.621	2.391	1.876
	<b>63.539</b>	<b>60.465</b>	<b>56.563</b>
<b>Kurzfristiges Vermögen</b>			
Vorräte	3.342	3.293	3.115
Finanzforderungen	2.171	2.746	3.422
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.468	9.485	9.530
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	8.934	10.484	13.784
Ertragsteueransprüche	198	543	660
Wertpapiere	4.995	3.196	3.290
Flüssige Mittel	2.009	2.476	3.074
Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte	0	389	0
	<b>29.117</b>	<b>32.612</b>	<b>36.875</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>92.656</b>	<b>93.077</b>	<b>93.438</b>
<b>Passiva</b>			
<b>Eigenkapital</b>			
Anteile der Aktionäre der RWE AG	13.979	14.574	12.792
Anteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG	1.759	1.759	0
Anteile anderer Gesellschafter	1.344	1.084	925
	<b>17.082</b>	<b>17.417</b>	<b>13.717</b>
<b>Langfristige Schulden</b>			
Rückstellungen	23.829	23.485	22.315
Finanzverbindlichkeiten	15.428	15.908	17.019
Übrige Verbindlichkeiten	3.438	3.584	3.972
Latente Steuern	1.696	2.185	2.327
	<b>44.391</b>	<b>45.162</b>	<b>45.633</b>
<b>Kurzfristige Schulden</b>			
Rückstellungen	5.327	5.572	5.829
Finanzverbindlichkeiten	6.495	3.902	3.127
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.886	8.415	9.697
Ertragsteuerverbindlichkeiten	144	90	218
Übrige Verbindlichkeiten	11.331	12.376	15.217
Zur Veräußerung bestimmte Schulden	0	143	0
	<b>31.183</b>	<b>30.498</b>	<b>34.088</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>92.656</b>	<b>93.077</b>	<b>93.438</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung <sup>1</sup>**

	2011 Mio. €	2010 Mio. €	2009 Mio. €
<b>Umsatzerlöse (inkl. Erdgas-/Stromsteuer)</b>	<b>51.686</b>	<b>53.320</b>	<b>47.741</b>
Erdgas-/Stromsteuer	2.533	2.598	1.550
<b>Umsatzerlöse</b>	<b>49.153</b>	<b>50.722</b>	<b>46.191</b>
Sonstige betriebliche Erträge	2.151	1.495	1.820
Materialaufwand	33.928	33.176	29.838
Personalaufwand	5.170	4.873	4.610
Abschreibungen	3.404	3.213	2.357
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.673	4.448	3.880
<b>Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit</b>	<b>4.129</b>	<b>6.507</b>	<b>7.326</b>
Ergebnis aus at-Equity-bilanzierten Beteiligungen	400	310	131
Übriges Beteiligungsergebnis	128	97	131
Finanzerträge	695	1.248	1.699
Finanzaufwendungen	2.328	3.184	3.689
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>3.024</b>	<b>4.978</b>	<b>5.598</b>
Ertragsteuern	854	1.376	1.858
<b>Ergebnis <sup>2</sup></b>	<b>2.170</b>	<b>3.602</b>	<b>3.831</b>
Davon: Ergebnisanteile anderer Gesellschafter	305	279	260
Davon: Ergebnisanteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG	59	15	0
<b>Davon: Nettoergebnis/Ergebnisanteile der Aktionäre der RWE AG</b>	<b>1.806</b>	<b>3.308</b>	<b>3.571</b>
<b>Ergebnis je Aktie in €</b>	<b>3,35</b>	<b>6,20</b>	<b>6,70</b>

<sup>1</sup> Angepasste Zahlen für 2010

<sup>2</sup> 2009 inkl. Ergebnis nicht fortgeführter Aktivitäten i.H.v. 91 Mio. €.

**Kennzahlen**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	18,4	18,7	14,7
Cash-Flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	Mio. €	5.510	5.500	5.299
Eigenkapitalrentabilität:	%	12,6	23,1	28,5
Umsatzrentabilität:	%	8,3	12,3	14,8
Außenumsatz:	Mio. €	51.686	53.320	47.741
EBITDA:	Mio. €	8.460	10.256	9.165
Investitionen einschl. Akquisitionen:	Mio. €	7.072	6.643	15.637
Anlagenintensität:	%	56,0	53,4	49,4
Umlaufintensität:	%	31,4	35,0	39,5
Ausschüttung:	Mio. €	1.229	1.867	1.867
Dividende je Aktie:	€	2,00	3,50	3,50

**6. Beschäftigte**

Mitarbeiter <sup>1</sup>	2011	2010	2009
<b>Summe</b>	72.068	70.856	70.726

<sup>1</sup> Zum 31.12., umgerechnet in Vollzeitstellen

Am Bilanzstichtag beschäftigte der RWE-Konzern 72.068 Mitarbeiter, davon 41.632 bzw. 58 % an deutschen Standorten. Bei der Ermittlung dieser Zahlen wurden Teilzeitstellen nur anteilig berücksichtigt. Gegenüber dem 31.12.2010 hat sich der Personalstand um 1.212 Mitarbeiter erhöht. Dies entspricht einem Plus von 1,7 %. Wie in den Vorjahren hat RWE weit über ihren eigenen Bedarf hinaus ausgebildet. Zum 31.12.2011 erlernten 3.020 junge Menschen bei RWE einen Beruf. In den Mitarbeiterzahlen werden die Auszubildenden nicht erfasst.

**7. Bewertung**

Die RWE AG zählt nach wie vor zu den fünf führenden Strom- und Gasversorgern in Europa. Mit Aktivitäten in zahlreichen Ländern und auf allen Stufen der Wertschöpfungskette ist der Konzern gut positioniert, um den wachsenden Risiken und Herausforderungen im Energiesektor zu begegnen.

RWE zählt heute zu den weltweit größten Investoren auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. Die Basis dafür wurde Anfang 2008 mit der Gründung der RWE Innogy geschaffen. Bis 2020 soll der Anteil der erneuerbaren Energien an der Erzeugungskapazität auf mindestens 20 % steigen. Durch die Netzinvestition von jährlich über 800 Mio. € alleine in Deutschland wird sichergestellt, dass die Versorgung mit Strom und Gas zuverlässig bleibt.

Für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 erwartet die Gesellschaft ein betriebliches Ergebnis auf den Niveau von 2011.

## **RW Holding AG**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

RW Holding Aktiengesellschaft  
Georg-Glock-Straße 8  
40474 Düsseldorf

Telefon: 0211 / 1371-0  
Telefax: 0211 / 1371-120

E-Mail: [info@rwholding.de](mailto:info@rwholding.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung von Beteiligungen sowie die damit verbundene Wahrung wirtschaftlicher Interessen.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die der Erreichung und Förderung des Gegenstandes der Gesellschaft notwendig oder nützlich erscheinen. Die Gesellschaft wurde als Aktiengesellschaft mit Vertrag vom 11.12.1992 errichtet und beim Amtsgericht Düsseldorf in das Handelsregister unter der Nummer HRB 29121 eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Düsseldorf.

### **3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse**

Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 74.362.859,52 € und ist eingeteilt in 29.047.992 Stammaktien. Die Aktien sind Stückaktien und lauten auf den Inhaber.

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist derzeit über sein Verkehrsunternehmen Kraftverkehr Wupper-Sieg AG mit 671.385 Stammaktien an der RW Holding AG beteiligt. Die Aktien haben einen rechnerischen Nennwert von 2,56 €/Aktie. Somit beläuft sich die Beteiligung am Grundkapital der Gesellschaft auf 1.718.745,60 €.

Aufgrund von Treuhandverträgen übt der Rheinisch-Bergische Kreis die Verwaltungsrechte (so z.B. Stimmrechte, Rechte auf Teilnahme an der Hauptversammlung) aus den Anteilen aus. Er hält die Aktien im eigenen Namen, aber für Rechnung der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG.

### **4. Organisationsstruktur**

Die RW Holding AG hat folgende Organe:

- a) den Vorstand,
- b) den Aufsichtsrat,
- c) die Hauptversammlung.

#### **4.1 Vorstand**

Der Vorstand besteht aus mindestens zwei Personen. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern des Vorstands ist zulässig. Diese haben in bezug auf die Vertretung der Gesellschaft nach außen dieselben Rechte wie die ordentlichen Mitglieder des Vorstands. Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Ralf Josten, Duisburg,  
Direktor der WestLB AG, Düsseldorf

Heinz-Eberhard Holl, Osnabrück  
Oberkreisdirektor a.D.

#### 4.2 Aufsichtsrat

Der Aufsichtsrat besteht aus neun Mitgliedern, die von der Hauptversammlung gewählt werden.

Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder unter der zuletzt bekanntgegebenen Anschrift eingeladen sind und mindestens die Hälfte der Mitglieder, aus denen er insgesamt zu bestehen hat, an der Beschlussfassung teilnimmt. Beschlüsse des Aufsichtsrats werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt.

Dem Aufsichtsrat gehörten im abgelaufenen Geschäftsjahr folgende Personen an:

Frithjof Kühn, St. Augustin	Vorsitzender
Dagmar Mühlenfeld, Mülheim/Ruhr	stellv. Vorsitzende
Dirk Elbers, Düsseldorf	
Dr. Wolfgang Kirsch, Warendorf	
Reinhard Paß, Essen	(seit dem 14.03.2011)
Dr. Wolfgang Reiniger, Essen	(bis zum 13.12.2010)
Peter Scholten, Bad Kreuznach	
Dr. Heinz-Jürgen Schwering, Köln	
Klaus Heinrich Wehling, Oberhausen	
Alexander Würst, Köln	(bis zum 30.06.2011)

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Aufsichtsrat der RW Holding AG nicht vertreten.

#### 4.3 Hauptversammlung

Die Hauptversammlung wird, soweit nicht nach Gesetz oder Satzung auch andere Personen dazu befugt sind, vom Vorstand oder vom Aufsichtsratsvorsitzenden einberufen. Die ordentliche Hauptversammlung wird innerhalb der ersten sechs Monate eines jeden Geschäftsjahres abgehalten. Außerordentliche Hauptversammlungen können so oft einberufen werden, wie es im Interesse der Gesellschaft erforderlich erscheint. Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bei der Gesellschaft, bei einer Wertpapiersammelbank, bei einem deutschen Notar oder bei den sonst in der Einberufung genannten Stellen bis zum Schluss der Hauptversammlung hinterlegen. Die Hinterlegung hat so zeitig zu erfolgen, dass zwischen dem Tage der Hinterlegung und dem Tage der Hauptversammlung vier Werktage freibleiben. Zum Vorsitz in der Hauptversammlung ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats berufen. Jede Stammaktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Beschlüsse der Hauptversammlung bedürfen der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen, soweit nicht das Gesetz zwingend etwas anderes vorschreibt. Im Falle der Stimmengleichheit gilt, ausgenommen bei Wahlen, ein Antrag als abgelehnt.

In der Hauptversammlung wird der Rheinisch-Bergische Kreis durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

#### 5. Wirtschaftliche Daten

Die RW Holding AG hält eine Kapitalbeteiligung von 31,48 % an der RW Energie-Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RWEB), die sich im Berichtsjahr von 31,21 % auf 31,48 % geringfügig erhöht hat. Die RWEB hält zum 31.08.2011 insgesamt

92.130.014 Stück Stammaktien und 150.520 Stück Vorzugsaktien der RWE AG. Dies entspricht einer Beteiligung in Höhe von 16,41 % am Grundkapital der RWE AG mit einem Stimmrechtsanteil von 17,60 %. Auf die RW Holding AG entfallen davon 29.047.992 Stück RWE-Aktien. Daneben hält die RW Holding AG 8.000 Stück (Vorjahr 3.000 Stück) Stammaktien der RWE AG im Eigenbestand. Die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft hängt somit von den zukünftig zu erzielenden Dividenden erträgen aus der direkt und indirekt gehaltenen Beteiligung an der RWE AG ab.

Die RWEB konnte im April 2011 die Dividende der RWE AG für das Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 3,50 € je Aktie vereinnahmen und hat im Rahmen einer Entnahme diese an ihre Gesellschafter weitergeleitet. Ein verbleibender Spitzenbetrag wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Die RW Holding AG realisierte im Geschäftsjahr 2010/2011 Beteiligungserträge durch Entnahmen bei der RWEB in Höhe von insgesamt 100.808.120,32 €. Darüber hinaus hat die Gesellschaft im April 2011 Dividenden aus den direkt gehaltenen Stammaktien der RWE AG in Höhe von 28.000 € vereinnahmt.

### Bilanz

<b>Aktiva</b>	31.08.2011 T€	31.08.2010 T€	31.08.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	0	0	0
II. Beteiligungen	854.385	854.134	854.122
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28.056	28.216	57.611
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	76.010	77.599	83.041
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>958.451</b>	<b>959.949</b>	<b>994.774</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	74.363	74.363	74.363
II. Kapitalrücklage	733.572	733.572	733.572
III. Gewinnrücklagen	46.901	46.901	46.901
IV. Bilanzgewinn	102.133	103.636	132.359
B. Rückstellungen	1.481	1.477	7.579
C. Verbindlichkeiten	1	0	0
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>958.451</b>	<b>959.949</b>	<b>994.774</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2010/2011 T€	2009/2010 T€	2008/2009 T€
Sonstige betriebliche Erträge	0	0	0
Personalaufwand	43	33	0
Sonstige betriebliche Aufwendungen	85	61	79
Erträge aus Beteiligungen	100.836	101.535	131.060
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	502	285	827
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	216	130	647
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>100.994</b>	<b>101.596</b>	<b>131.161</b>
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	828	765	1.038
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>100.166</b>	<b>100.831</b>	<b>130.123</b>
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1.967	2.804	2.235
<b>Bilanzgewinn</b>	<b>102.133</b>	<b>103.635</b>	<b>132.358</b>

**6. Beschäftigte**

Die RW Holding AG beschäftigt kein eigenes Personal. Die Besorgung der Geschäfte erfolgt durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Düsseldorf gegen Entgelt auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages.

**7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Die Gewinnausschüttung der RW-Holding für das Geschäftsjahr 01.09.2010 - 31.08.2011 belief sich auf 2.329.705,95 €, die von der Kraftverkehr Wupper-Sieg AG vereinnahmt wurde.

Die durch die KWS vereinnahmte Gewinnausschüttung verringerte die vom Rheinisch-Bergischen Kreis an die KWS zu leistenden Verlustausfallzahlungen entsprechend.

## Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH

### 1. Allgemeine Unternehmensdaten

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH  
Baedeker Straße 5  
45128 Essen

Telefon: 0201 / 243439  
0201 / 221377

Internet: [www.vka-rwe.de](http://www.vka-rwe.de)

Telefax: 0201 / 222974

E-Mail: [info@vka-rwe.de](mailto:info@vka-rwe.de)

### 2. Öffentlicher Zweck

Gemeinden, Städte und Kreise sind im Rahmen ihrer allgemeinen Daseinsvorsorge verpflichtet, ihre Bürger mit Wasser, Strom und anderen Energien zu versorgen sowie Abwässer und Abfälle zu beseitigen. Weil diese Aufgaben häufig die Leistungskraft einer einzelnen Gemeinde übersteigen, schließen sich die Gebietskörperschaften mit Privatunternehmen in der Form des gemischtwirtschaftlichen Unternehmens zusammen. In dieser Organisationsform wurde die RWE 1898 in Essen gegründet. Wegen der Vorteile in diesem Verbund erwarben immer mehr Kommunen RWE-Aktien, so dass die kommunale Seite im Jahre 1920 über die Stimmen- und Kapitalmehrheit in der RWE-Hauptversammlung verfügte. Die schwierige Haushalts- und Finanzlage zwang in den 20iger Jahren einige Kommunen zum Verkauf ihrer RWE-Aktien. Weil Aktienverkäufe an „nichtkommunale Interessenten“ die kommunale Seite geschwächt hätte, schlossen die Städte Essen, Duisburg, Gelsenkirchen, Mülheim und Remscheid sowie die Kreise Essen und Mettmann -vertreten durch die Stadt Essen als Treuhänderin- ab 1927 mit den kommunalen Aktionären des RWE Bindungsverträge, die die Kommunen unter Konventionalstrafe verpflichteten, die RWE-Aktien bei Veräußerung zunächst den übrigen kommunalen Aktionären zu einem Vorzugspreis anzubieten. Um den Zusammenschluss eine feste Rechtsform zu geben, gründeten 11 Städte und Kreise sowie der Provinzialverband Rheinland am 23.11.1929 die "Kommunale Aufnahmegruppe für Aktien GmbH" in Essen. Die Gesellschaft wurde am 11.01.1930 in das Handelsregister beim Amtsgericht Essen eingetragen. Am 09.12.1947 verabschiedete die Gesellschafterversammlung dieser GmbH einen neuen Gesellschaftsvertrag (Verbandssatzung). Als Firmennamen wurde festgelegt: "Verband der kommunalen Aktionäre des RWE Gesellschaft mit beschränkter Haftung". So unterliegen heute die Aktien der RWE-AG der kommunalen Bindung. Durch den Bindungsvertrag haben sich die kommunalen Aktionäre verpflichtet, ihre Aktien an der RWE-AG vor einer Veräußerung an Dritte zunächst den übrigen kommunalen Anteilseignern anzubieten. Erst wenn sich aus deren Kreis innerhalb von vier Wochen kein Interessent meldet, können die Papiere über den Markt veräußert werden. Die Veräußerung der ursprünglich gebundenen RWE-Stammaktien hat allerdings binnen 12 Monaten nach Freistellungserklärung durch den Verband der kommunalen RWE-Aktionäre zu erfolgen, andernfalls sind diese Aktien wieder gebunden.

Gegenstand des Verbandes ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlichen sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall. Hierzu hat die Gesellschaft die Aufgaben die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger zu koordinieren, soweit dies erforderlich ist, und diese gegenüber

staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten sowie die Gesellschafter und ihre Gemeinden in allen Fragen der Versorgung und der Entsorgung zu beraten.

Der Verband ist im Handelsregister des Amtsgerichts Essen unter der HRB Nr. 322 eingetragen.

### **3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse**

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 127.822,97 €. Bei einem Kapitalanteil von 2.147,42 € beträgt der Stimmanteil des Rheinisch-Bergischen Kreises 1,68 %. Dem Verband gehören 89 Mitgliedskörperschaften an.

### **4. Organisationsstruktur**

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- a) die Geschäftsführung,
- b) der Verwaltungsrat,
- c) die Gesellschafterversammlung.

Außer den Organen werden vier Gebietsausschüsse gebildet.

#### **4.1 Geschäftsführung**

Die Gesellschaft hat zwei Geschäftsführer. Sie wird gemeinsam durch die beiden Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführer werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt jeweils auf die Dauer von sechs Jahren.

Geschäftsführer des Verbandes sind Herr Landrat a.D. Roger Graef und Herr Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach.

Die Aufgabe des Prokuristen wird durch Herrn Werner Kühn, Leitender städtischer Verwaltungsdirektor a.D., wahrgenommen.

#### **4.2 Verwaltungsrat**

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Vorsitzenden, dem ersten und zweiten stellvertretenden Vorsitzenden und 10 weiteren Mitgliedern. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden aus der Mitte der Gesellschafterversammlung für eine Amtszeit von 5 Jahren gewählt.

Die Beschlüsse des Verwaltungsrates werden mit einfacher Mehrheit aller abgegebenen Stimmen gefasst. Jedes Mitglied hat eine Stimme.

Der Verwaltungsrat setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010/2011 wie folgt zusammen:

Vorsitzender

Landrat Frithjof Kühn, Rhein-Sieg Kreis

1. stellvertretende Vorsitzende

Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, Oberbürgermeisterin

2. stellvertretender Vorsitzender

Hermann Bröring, Landkreis Emsland, Landrat (seit 01.07.2010)

Mitglieder

Rudolf Bertram	Bürgermeister, Eschweiler
Walther Boecker	Bürgermeister, Hürth
Michael Breuer	Präsident, Rheinischer Sparkassen- u. Giroverband
Dr. Hermann Janning	Vorsitzender des Vorstandes, Stadtwerke Duisburg AG
Michael Lieber	Landrat, Kreis Altenkirchen
Peter Ottmann	Landrat, Kreis Viersen
Reinhard Paß	Oberbürgermeister, Stadt Essen
Claus Schick	Landrat, Landkreis Mainz-Bingen
Alexander Wüerst (bis 30.06.2011)	Vorsitzender des Vorstands, Kreissparkasse Köln

Der Rheinisch-Bergische Kreis ist im Verwaltungsrat personell nicht vertreten.

**4.3 Gesellschafterversammlung**

In der Gesellschafterversammlung kann sich jeder Gesellschafter nur durch eine Person vertreten lassen.

Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Gesellschafter sowie mindestens die Hälfte des Stammkapitals vertreten und der Vorsitzende oder einer der stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrates anwesend sind. Wird die Beschlussfähigkeit nicht erreicht, so ist unverzüglich mit gleicher Tagesordnung und gleichen Beschlussgegenständen sowie mit gleichen Formen und Fristen eine erneute Gesellschafterversammlung einzuberufen. Diese ist beschlussfähig, wenn stimmberechtigte Gesellschafter vertreten sind und auf die Voraussetzungen der Beschlussfähigkeit im erneuten Einladungsschreiben hingewiesen worden ist. Ein Beschluss der Gesellschafterversammlung bedarf, soweit nicht kraft zwingenden Rechtes oder aufgrund des Gesellschaftsvertrages etwas anderes vorgeschrieben ist, der einfachen Mehrheit aller abgegebenen Stimmen. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird in der Gesellschafterversammlung durch Herrn Landrat Dr. Hermann-Josef Tebroke vertreten. Sein Stellvertreter ist Herr Kreisdirektor Dr. Erik Werdel.

## 5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2010/2011 (01.07.2010 – 30.06.2011) schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 214.707,55 € und einem Bilanzverlust von 610.314,23 €.

Das Eigenkapital der Gesellschaft wurde durch Zuzahlung von 126.801 € in die Kapitalrücklage gestärkt und entsprach somit 97,4 % der Bilanzsumme.

Aus dem Bilanzgewinn 2005/2006 wurden 650 T€ in die Gewinnrücklagen (Ausgleichsrücklage) zur Finanzierung zukünftiger außerordentlicher Aufwendungen eingestellt. Zur Deckung der Buchverluste aus dem Abgang der Capped Bonus – Zertifikate im Geschäftsjahr 2008/2009 wurden im Geschäftsjahr 2009/2010 auf der Grundlage des Gesellschafterbeschlusses vom 26.11.2009 250 T€ aus der Ausgleichsrücklage entnommen.

### Bilanz

<b>Aktiva</b>	30.06.2011 T€	30.06.2010 T€	30.06.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	273	0	0
II. Sachanlagen	6	7	7
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24	18	19
III. Wertpapiere	0	274	273
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	310	401	476
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>613</b>	<b>700</b>	<b>775</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital	128	128	128
Eigene Anteile	-1	0	0
II. Kapitalrücklage	679	552	633
III. Gewinnrücklagen	401	401	651
IV. Bilanzverlust	- 610	- 396	- 649
B. Rückstellungen	10	9	8
C. Verbindlichkeiten	6	6	4
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>613</b>	<b>700</b>	<b>775</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2010/2011 T€	2009/2010 T€	2008/2009 T€
sonstige betriebliche Erträge	2	1	0
Personalaufwand	173	165	160
Abschreibungen auf Sachanlagen	2	2	1
Sonstige betriebliche Aufwendungen	63	64	312
Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	17	0	0
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	25	33
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>- 214</b>	<b>- 205</b>	<b>- 440</b>
Steuern	0	0	0
<b>Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</b>	<b>- 214</b>	<b>- 205</b>	<b>- 440</b>

**6. Beschäftigte**

Der Personalaufwand umfasste die Vergütungen der Geschäftsführer, die Gehälter für den Geschäftsstellenleiter und einer weiteren Mitarbeiterin einschließlich Sozialabgaben. Der Personalaufwand belief sich im Berichtsjahr auf insgesamt 173.047,58 €. Davon entfielen 159.712,77 € auf die Gehälter und 13.334,81 € auf soziale Abgaben.

**7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Neben seiner Beteiligung am Stammkapital in Höhe von 2.147,42 € haben sich die Gesellschafter des Verbandes, und somit auch der Rheinisch-Bergische Kreis, gem. Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der lfd. Ausgaben der Gesellschaft, Nachschüsse zu leisten. Die Höhe der Nachschüsse wurde durch die Gesellschafterversammlung auf die jeweilige Höhe des Gesellschaftskapitalanteils der Gesellschafter festgelegt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2010/2011 hat der Rheinisch-Bergische Kreis einen Zuschuss in Höhe von 2.147,00 € an den Verband geleistet.

**8. Bewertung**

Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2010/2011 die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten. Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden. Gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 24.11.2011 wurden die Nachschüsse in Höhe der jeweiligen Stammeinlage ab dem Geschäftsjahr 2012/2013 um 50% erhöht. Auf den Rheinisch-Bergischen Kreis entfällt daher in der Zukunft ein Anteil in Höhe von 3.221 €.

Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

**Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper****1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper  
Schürholz 38  
42929 Wermelskirchen

Telefon: 02193 / 51110  
Telefax: 02193 / 2791

Internet: [www.wvv-rhein-wupper.de](http://www.wvv-rhein-wupper.de)  
E-Mail: [info@wvv-rhein-wupper.de](mailto:info@wvv-rhein-wupper.de)

**2. Öffentlicher Zweck**

Der Wasserversorgungsverband Rhein-Wupper wurde am 25.01.1960 gegründet. Der Verband hat die Aufgabe, die Trinkwasserversorgung im Verbandsgebiet durch Wasserbeschaffung und Wasserlieferung an Versorgungsunternehmen sicherzustellen und hierfür die notwendigen Anlagen zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Er kann an Versorgungsunternehmen außerhalb des Verbandsgebietes Trinkwasser liefern und hierfür die notwendigen Anlagen errichten, betreiben und unterhalten.

**3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse**

Das Stammkapital des Verbandes beträgt 11.200.000 €.

Für das Stimmrecht in der Verbandsversammlung, für die Umlegung der Verbandsausgaben und für die Auseinandersetzung des Vermögens und der Verbindlichkeiten bei Auflösung des Verbandes gilt bei den Mitgliedern des Verbandes folgendes Beteiligungsverhältnis:

Rheinisch-Bergischer Kreis	20 %
Stadt Burscheid	14 %
Stadt Hückeswagen	4 %
Stadt Leichlingen	13 %
Stadt Leverkusen (für den Stadtteil Bergisch-Neukirchen)	5 %
Gemeinde Odenthal	9 %
Stadt Radevormwald	14 %
Stadt Solingen (für den Stadtteil Burg a.d.W.)	1 %
Stadt Wermelskirchen	20 %

**4. Organisationsstruktur**

Der Verband hat folgende Organe:

- a) Verbandsversammlung,
- b) Vorstandsvorsteher.

**4.1 Verbandsversammlung**

In der Verbandsversammlung steht jedem Verbandsmitglied für je 3% Beteiligungsanteil eine Stimme zu, mindestens jedoch 2 Stimmen. Es entfallen von den insgesamt 37 Stimmen auf

den Rheinisch-Bergischer Kreis	7
die Stadt Burscheid	5

die Stadt Hückeswagen	2
die Stadt Leichlingen	4
die Stadt Leverkusen	2
die Gemeinde Odenthal	3
die Stadt Radevormwald	5
die Stadt Solingen	2
die Stadt Wermelskirchen	7

Jedes Verbandsmitglied entsendet in die Verbandsversammlung so viele Vertreter, als ihm Stimmen zustehen. Die Mitglieder der Verbandsversammlung sind von den Kreis-, Stadt- und Gemeindevertretungen für deren Amtszeit zu wählen. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist für den Fall der Verhinderung ein Stellvertreter zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vertreter eines Verbandsmitgliedes zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie einen Stellvertreter des Vorsitzenden. Die Verbandsversammlung entscheidet u.a. in allen Angelegenheiten, die nach der Eigenbetriebsverordnung dem Rat der Gemeinde vorbehalten sind. Sie ist beschlussfähig, wenn die anwesenden Vertreter der Mitglieder wenigstens die Hälfte der Stimmzahl erreichen.

In der Verbandsversammlung wird der Rheinisch-Bergische Kreis durch folgende Mitglieder vertreten:

<u>ordentliches Mitglied</u>	<u>stellvertretendes Mitglied</u>
Allendorf, Werner	Strieker, Michael
Büttgens, Walter	Kreuzer, Manfred
Drewing, Mathilde	Volkmann, Dirk
Kübler, Wolfgang	Schmalt, Thorsten
Ohm, Roland	Weiß, Friedhelm
Schulte, Bernhard	Franzen, Jürgen
Witte, Gerd	Schiefer, Christopher

#### 4.2 **Verbandsvorsteher**

Der Verbandsvorsteher wird von der Verbandsversammlung aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Mitglieder gewählt. Zum Stellvertreter wählt die Verbandsversammlung einen Beamten eines Verbandsmitgliedes.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Verbandes und vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher ist Herr Dezernent Thomas Merten vom Rheinisch-Bergischen Kreis. Sein Stellvertreter Herr Bürgermeister Ernst Müller aus Leichlingen.

Die Verwaltungsgeschäfte des Verbandes werden nach Weisung des Verbandsvorstehers durch den Betriebsleiter erledigt.

Betriebsleiter ist Herr Günter Wasserfuhr. Die stellvertretende Betriebsleitung lag bis 30.06.2011 bei Herrn Wolfgang Weisser. Seit 01.07.2011 ist Frau Anita Domogala stellvertretende Betriebsleiterin.

## 5. Wirtschaftliche Daten

Der Jahresabschluss des Verbandes weist zum Ende des Geschäftsjahres 2011 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 12.906,39 € aus.

Die Trinkwasserabgabe im Verbandsgebiet des Wasserversorgungsverbandes Rhein-Wupper verringerte sich im Jahr 2011 um rd. 312 Tm<sup>3</sup> gegenüber dem Vorjahr (-4,3 %). Die durchschnittliche Tagesabgabe im Jahr 2011 betrug 18.844 m<sup>3</sup> (Vorjahr 19.699 m<sup>3</sup>). Die Ursache für die kontinuierlich fallenden Wasserabgabemengen der letzten Jahre ist das allgemeine Sparverhalten der Bevölkerung, der direkte Zusammenhang „Trinkwasserkosten-Abwasserkosten“ und die erfolgreiche Lecksuche der angeschlossenen Versorgungsunternehmen in den jeweiligen Leitungsnetzen. Die Wassergebühr betrug bis Ende Juli 2011 0,669€/m<sup>3</sup> zzgl. Wasserentnahmeentgelt in Höhe von 0,036 €/m<sup>3</sup>. Die Landesregierung NRW hat mit Wirkung zum 30.07.2011 beschlossen das Wasserentnahmegesetz vom 27.01.2004, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 08.12.2009, zu ändern. Das Wasserentnahmeentgelt wurde demnach mit sofortiger Wirkung auf 0,045 €/m<sup>3</sup> erhöht. Somit wurde die geplante stufenweise Reduzierung des Wasserentnahmeentgeltes um 10 % bis zum Auslaufen des Gesetzes zum 31.12.2018 aufgehoben.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von 186 T€ getätigt. Die Investitionen konnten vollständig aus den verdienten Abschreibungen finanziert werden. Der Darlehensbestand verringerte sich planmäßig um 200 T€ auf 708 T€.

Gemäß Beschluss vom 28.06.2011 wurde der verbleibende Jahresfehlbetrag aus dem Geschäftsjahr 2010 in Höhe von 342.440,90 € durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen. Somit reduzierte sich die Rücklage auf insgesamt 2.086.744,25 €.

**Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	351	352	340
II. Sachanlagen	16.592	16.877	17.336
III. Finanzanlagen	5	6	6
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	93	89	94
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	554	496	591
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	133	254	242
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>17.729</b>	<b>18.074</b>	<b>18.609</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	11.200	11.200	11.200
II. Kapitalrücklage	2.087	2.429	2.761
III. Jahresfehlbetrag	- 13	- 342	- 332
B. Aushändigungsverpflichtung	3.227	3.296	3.365
C. Sonderposten für Zuschüsse	167	169	0
D. Rückstellungen	142	135	93
E. Verbindlichkeiten	919	1.186	1.522
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	1	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>17.729</b>	<b>18.074</b>	<b>18.609</b>

**Gewinn- und Verlustrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Umsatzerlöse	5.256	5.118	5.111
sonstige betriebliche Erträge	169	93	127
Materialaufwand	3.127	2.988	3.145
Personalaufwand	1.665	1.620	1.534
Abschreibungen	404	627	616
sonstige betriebliche Aufwendungen	188	254	204
sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2	1	5
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	37	48	59
<b>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>	<b>6</b>	<b>- 325</b>	<b>- 315</b>
Sonstige Steuern	19	17	17
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>- 13</b>	<b>- 342</b>	<b>- 332</b>

**Kennzahlen**

	Angaben in	2011	2010	2009
Eigenkapitalquote:	%	75	74	73
Wasserabgabe:	Mio./m <sup>3</sup>	6.878	7.190	7.174
Übergabepreis bis 30.07.2011:	€/m <sup>3</sup>	0,705	0,665	0,665
Übergabepreis ab 31.07.2011:	€/m <sup>3</sup>	0,714		
cash flow aus lfd. Geschäftstätigkeit:	T€	265	377	409

**6. Beschäftigte**

Der Verband beschäftigte zum 31.12.2011 insgesamt 31 Mitarbeiter.

Personal	2011	2010	2009
Mitarbeiter	31	30	29
davon			
Teilzeitbeschäftigte	3	3	3
geringfügig Beschäftigte	3	3	3
Auszubildende	1	1	0

Der Verband zahlte im Geschäftsjahr 2011 insgesamt 1.277 T€ an Löhne und Gehälter sowie 388 T€ an soziale Abgaben und Aufwendungen für die Altersversorgung und für Unterstützung.

**7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Gemäß § 2 Abs. 4 der Verbandssatzung erstrebt der Verband keinen Gewinn an. Sollten die sonstigen Einnahmen des Verbandes zur Deckung des Aufwandes nicht ausreichen, wird der entstehende Aufwand auf die Verbandsmitglieder nach dem Beteiligungsschlüssel (siehe Ziffer 3) umgelegt. Dies wurde bisher nicht notwendig.

## 8. Bewertung

Zur Deckung des Trinkwasserbedarfs der Verbandsmitglieder stehen insgesamt 12,3 Mio. m<sup>3</sup>/a Trink- und Rohwasser zur Verfügung. Zusätzlich steht noch eine vertraglich geregelte Menge von 1 Mio. m<sup>3</sup>/a aus dem Kontingent der EW Remscheid (Vorsperre Große Dhünn-Talsperre) zur Verfügung.

Die Tageskapazität der Aufbereitungsanlage im Wasserwerk Schürholz ist mit 36.000 m<sup>3</sup> ausgelegt und verfügt bei einem max. Tagesverbrauch von ca. 30.000 m<sup>3</sup> noch über Reserven. Bei einem eventuellen Ausfall der Dhünn-Talsperre oder der Aufbereitungsanlage kann die erforderliche Wassermenge über die Verbindungsleitung DN 800 zum Aggerverband bezogen werden. Dadurch ist eine hohe Versorgungssicherheit gegeben.

Für das Geschäftsjahr 2012 geht der Verband von einem Jahresfehlbetrag aus. Die Wassergebühr wird unverändert 0,669 €/m<sup>3</sup> zzgl. Wasserentnahmeentgelt in Höhe von 0,045 €/m<sup>3</sup> betragen. Die Wasserabgabeprognose liegt bei 7,1 Mio. m<sup>3</sup>. Der Jahresfehlbetrag soll wie in den Vorjahren aus der zweckgebundenen Kapitalrücklage entnommen werden.

## **Zweckverband für die Kreissparkasse Köln**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Zweckverband für die Kreissparkasse Köln  
Neumarkt 18-24  
50667 Köln

Telefon: 0221 / 227-2405  
Telefax: 0221 / 227-3760

E-Mail: [vorstand@ksk-koeln.de](mailto:vorstand@ksk-koeln.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Gebiet seiner Mitgliedskreise. Die zu diesem Zweck von ihm errichtete Sparkasse führt die Firma „Kreissparkasse Köln“. In seiner Eigenschaft als Träger der Sparkasse ist der Zweckverband Mitglied des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes, Düsseldorf.

### **3. Beteiligungsverhältnisse**

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Erft-Kreis  
Rheinisch-Bergischer Kreis  
Oberbergischer Kreis  
Rhein-Sieg-Kreis

### **4. Organisationsstruktur**

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Vorstandsvorsteher.

#### **4.1 Verbandsversammlung**

Jeder Kreis entsendet 12 Personen als Vertreter in die Verbandsversammlung. Die jeweiligen Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder oder die von ihnen vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten gehören kraft Gesetz der Verbandsversammlung an. Die übrigen Vertreter werden durch die Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte bestellt. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu bestellen. Die Verbandsversammlung wählt für die Dauer der Wahlzeit kommunaler Vertretungen aus ihrer Mitte den Vertreter eines der Verbandsmitglieder zum Vorsitzenden. In gleicher Weise wählt sie Vertreter der anderen Verbandsmitglieder zum ersten, zum zweiten und zum dritten Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes. Sie wird vom Vorsitzenden einberufen. Der Vorstandsvorsteher und seine Stellvertreter sowie die Mitglieder des Vorstandes der Sparkasse nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung mit beratender Stimme teil. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn einschließlich des Vorsitzenden mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden in der Regel mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen gefasst. Bei Stimmgleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Clemen, Christiane  
Drefahl, Christian  
Drewing, Mathilde  
Gewehr, Erika  
Klemt, Udo  
Knapp, Gisela  
Tebroke, Dr. Hermann-Josef  
Rausch, Frank  
Rhode, Ursula  
Rickes, Roland  
Schiefer, Christopher  
Seydholdt, Claudia

stellvertretendes Mitglied

Franzen, Jürgen  
Dr. Ludemann, Peter  
Wolf, Alfred  
Dünner, Johannes  
Dr. Wey, Klaus-Georg  
Heimann, Ulrich  
Dr. Werdel, Erik  
Heutz, Ulrich  
Opladen, Wilmund  
Weiß, Friedhelm  
Witte, Gerd  
Pütz, Lasse

#### 4.2 **Verbandsvorsteher**

Der Verbandsvorsteher wird für die Dauer der Wahlzeit der kommunalen Vertretungen von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreise der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder gewählt. Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes und vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher ist Herr Landrat Werner Stump.

#### 5. **Wirtschaftliche Daten**

2011 betragen die ordentlichen Erträge des Zweckverbandes 1.300 T€, die Aufwendungen erhöhten sich infolge von Abschreibungen auf Wertpapiere auf 248 T€. Insbesondere aufgrund niedrigerer Beteiligungserträge fielen die Finanzerträge mit 67 T€ geringer aus.

Der Zinsaufwand und die sonstigen Finanzaufwendungen waren mit 742 T€ nahezu konstant. Gemäß § 14 Abs. 4 der Verbandssatzung wird der Verwaltungsaufwand des Zweckverbandes von der Sparkasse getragen.

Der Jahresüberschuss 2011 in Höhe von 377 T€ wurde in voller Höhe dem Eigenkapital des Zweckverbandes zugeführt.

Bei einer Bilanzsumme von 31.669 T€ verfügte der Zweckverband Ende 2011 über ein Sach- und Finanzanlagevermögen in Höhe von 31.363 T€. Ferner bestanden Bankverbindlichkeiten in Höhe von 16.419 T€ und das Eigenkapital betrug 15.244 T€.

**Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	6.363	6.594	6.609
II. Sachanlagen	25.000	25.000	25.000
B. Umlaufvermögen			
I. Sonstige Vermögensgegenstände	2	0	0
II. Liquide Mittel	303	180	12
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>31.669</b>	<b>31.774</b>	<b>31.621</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	14.867	14.251	13.678
II. Jahresüberschuss	377	616	573
B. Rückstellungen	6	5	5
C. Verbindlichkeiten	16.419	16.902	17.365
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>31.669</b>	<b>31.774</b>	<b>31.621</b>

**6. Beschäftigte**

Der Zweckverband hat keine Beschäftigten. Die für den Zweckverband erforderlichen Verwaltungstätigkeiten werden gemäß § 14 Abs. 3 der Verbandssatzung von der Sparkasse ausgeführt.

**7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Soweit dem Zweckverband als Träger der Sparkasse nach § 25 des Sparkassengesetzes NW Ausschüttungen aus dem Jahresüberschuss der Sparkasse zugeführt werden, sind diese gemäß § 15 der Verbandssatzung nach dem Verhältnis der in § 4 Absätze 2 und 3 der Verbandssatzung festgelegten Haftung an die Verbandsmitglieder weiterzuleiten und von diesen zur Erfüllung ihrer gemeinwohlorientierten örtlichen Aufgaben oder für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

## **Zweckverband Naturpark Bergisches Land**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Zweckverband Naturpark Bergisches Land  
Moltkestraße 34  
51643 Gummersbach

Telefon: 02261 / 886909  
Telefax: 02261 / 881888

Internet: [www.bergischesland.de](http://www.bergischesland.de)  
E-Mail: [info@bergischesland.de](mailto:info@bergischesland.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Der Zweckverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Er verwaltet seine Aufgaben im Rahmen der Gesetze unter eigener Verantwortung.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, das Verbandsgebiet zu einem Naturpark als Erholungsgebiet für die Bevölkerung einzurichten und zu erhalten unter Wahrung der wirtschaftlichen Belange der Grundbesitzer.

Der Zweckverband trifft die zur organisatorischen Regelung dieser Vorgaben erforderlichen Vorkehrungen. Er kann sich bei der Durchführung dieser Aufgabe bereits bestehender Einrichtungen und Organisationen bedienen.

Der Zweckverband dient im Rahmen der Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24.09.1953 (BGBl. I S. 1952) ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken.

### **3. Beteiligungsverhältnisse**

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

Rhein-Sieg-Kreis  
Rheinisch-Bergischer Kreis  
Oberbergischer Kreis  
Stadt Köln  
Stadt Remscheid  
Stadt Solingen  
Stadt Wuppertal

### **4. Organisationsstruktur**

Der Verband hat folgende Organe:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Vorstandsvorsteher.

#### **4.1 Verbandsversammlung**

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied entsendet drei stimmberechtigte Vertreter in die Verbandsversammlung. Für jedes Mitglied der Verbandsversammlung ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Die Mitglieder der Verbandsversammlung und ihre Stellvertreter werden durch die Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Scheidet ein Mitglied oder ein Stellvertreter vor Ablauf der Wahlzeit aus der Vertretungskörperschaft oder aus dem Dienst des Verbandsmitgliedes aus, so bestimmt die Gruppe, die den ausscheidenden zur Wahl vorgeschlagen hatte, den Nachfolger.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und einen Stellvertreter des Vorsitzenden.

Die Verbandsversammlung tritt mindestens zweimal im Rechnungsjahr zusammen.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt.

Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsmäßigen Mitglieder der Verbandsversammlung vertreten sind.

Ist die Verbandsversammlung nicht beschlussfähig, so ist eine zweite Sitzung mit derselben Tagesordnung anzuberaumen mit dem Hinweis, dass die Versammlung dann in jedem Fall beschlussfähig ist.

Beschlüsse der Verbandsversammlung werden in der Regel mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Stimmgleichheit bedeutet Ablehnung.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wird durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Damm, Volker  
Schäfer, Lenore  
Dr. Werdel, Erik

stellvertretendes Mitglied

Strieker, Michael  
Musiala, Peter  
Dr. Tebroke, Hermann-Josef

#### **4.2 Verbandsvorsteher**

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, längstens jedoch für die Dauer ihrer Hauptämter, gewählt. Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung nicht angehören; sie nehmen an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Die Verbandsversammlung ist Dienstvorgesetzter des Verbandsvorstehers und seines Stellvertreters in Verbandsangelegenheiten.

Verbandsvorsteher ist Herr Landrat Hagen Jobi.

#### **5. Wirtschaftliche Daten**

Zum Zeitpunkt des Berichtsdruckes lag noch kein endgültiger Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2011 vor.

**Bilanz**

<b>Aktiva</b>	01.01.2010	31.12.2009
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen	7.148	8.116
II. Finanzanlagen	2.500	2.500
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte	1.550	1.550
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.727	0
III. Liquide Mittel	109.240	43.944
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>127.165</b>	<b>56.110</b>

<b>Passiva</b>		
A. Eigenkapital		
I. Allgemeine Rücklage	29.795	19.979
II. Ausgleichsrücklage	9.989	9.989
III. Bilanzergebnis Gewinn	19.485	9.816
B. Sonderposten		
I. Zuwendungen	4.200	4.502
C. Verbindlichkeiten		
I. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	63.966	1.932
II. Sonstige Verbindlichkeiten	- 270	9.892
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>127.165</b>	<b>56.110</b>

**Ergebnisrechnung**

	31.12.2010	31.12.2009
<b>Ordentliche Erträge</b>		
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	178.726	250.765
Sonstige ordentliche Erträge	12.854	2.609
<b>Summe Ordentliche Erträge</b>	<b>191.580</b>	<b>253.374</b>
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>		
Personalaufwendungen	- 3.429	- 3.667
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	- 115.111	- 195.857
Bilanzielle Abschreibungen	- 968	- 777
Sonstige ordentliche Aufwendungen	- 52.885	- 43.625
<b>Summe Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>- 172.392</b>	<b>- 243.926</b>
<b>Finanzergebnis</b>		
Finanzerträge	298	369
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0
<b>Summe Finanzergebnis</b>	<b>298</b>	<b>369</b>
<b>Ordentliches Jahresergebnis</b>	<b>19.485</b>	<b>9.816</b>

**6. Beschäftigte**

Seit dem 01.01.2009 beschäftigt der Zweckverband eine Aushilfskraft, die 4 Stunden in der Woche arbeitet und die Geschäftsstelle entlastet.

**7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Der Rheinisch-Bergische Kreis hat im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 eine Verbandsumlage an den Zweckverband in Höhe von 13.200 € gezahlt.

## **Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg**

### **1. Allgemeine Unternehmensdaten**

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)  
Glockengasse 37 – 39  
50667 Köln

Telefon: 0221 / 20808-0  
Telefax: 0221 / 20808-40

Internet: [www.vrsinfo.de](http://www.vrsinfo.de)  
E-Mail: [zweckverband@vrsinfo.de](mailto:zweckverband@vrsinfo.de)

### **2. Öffentlicher Zweck**

Der Zweckverband hat die nachfolgenden Aufgaben:

- Hinwirken darauf, dass die Verkehrsunternehmen den Gemeinschaftstarif und die dazu gehörenden Beförderungsbedingungen anwenden und Übergangstarife geschaffen bzw. fortgebildet werden.
- Entscheidung über die Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, der Übergangstarife und der dazu gehörenden Beförderungsbedingungen sowie –gemeinsam mit anderen zuständigen Zweckverbänden- über die Fortschreibung des NRW-Tarifs
- Ermittlung und Fortschreibung der unternehmensspezifischen Aufwanddeckungsfehlbeträge
- Hinwirken auf ein koordiniertes ÖPNV-Verkehrsangebot mit einheitlichen Produkt- und Qualitätsstandards, einheitlichen Fahrgastinformations- und Betriebssystemen und einem unternehmensübergreifenden ÖPNV-Marketing.
- Hinwirken darauf, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeption und Qualitätsstandards bei ihrer Planung beachten
- Jährliche Erstellung einer Aufwands- und Ertragsprognose zur Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung des Verbundverkehrs
- Gegebenenfalls weitere von den Zweckverbandsmitgliedern betraute/beauftragte Aufgaben
- Der ZV VRS bildet gemeinsam mit dem ZV Aachener Verkehrsverbund (AVV) den Zweckverband Nahverkehr –SPNV & Infrastruktur Rheinland (ZV NVR). Dem ZV NVR obliegen im Wesentlichen die SPNV-Planung und –Finanzierung und die pauschalierte Investitionsförderung.

Die operative Umsetzung der im öffentlichen Interesse liegenden ÖPNV-Aufgaben, insbesondere die Hinwirkungspflicht auf einen Gemeinschaftstarif und einheitliche Beförderungsbedingungen, erfolgt durch die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH. Der ZV VRS bedient sich dieser VRS GmbH wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter. Im Geschäftsjahr 2011 waren Herr Dr. Reinkober und Herr Dr. Schmidt-Freitag zu Geschäftsführern der VRS-GmbH bestellt, im Durchschnitt waren außerdem 71 Angestellte (ohne Auszubildende) beschäftigt.

### **3. Beteiligungsverhältnisse/Verbandsmitglieder**

Mitglieder des Zweckverbandes sind:

die Stadt Bonn  
die Stadt Köln  
die Stadt Leverkusen  
die Stadt Monheim am Rhein  
der Rhein-Erft Kreis  
der Oberbergische Kreis  
der Rhein-Sieg Kreis  
der Rheinisch-Bergische Kreis  
der Kreis Euskirchen

### **4. Organisationsstruktur**

Organe des Zweckverbandes sind:

- a) die Verbandsversammlung,
- b) der Verbandsvorsteher.

#### **4.1 Verbandsversammlung**

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden von den Vertretungskörperschaften der Verbandsmitglieder für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus dem Kreise ihrer Dienstkräfte gewählt.

Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung. Maßgebend ist der letzte Stand der Wohnbevölkerung in der vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik fortgeschriebenen amtlichen Bevölkerungsstatistik. Eine Überprüfung hat jeweils zum Ende des Jahres zu erfolgen, das dem Jahr vorausgeht, in dem eine Kommunalwahl stattfindet. Dem Vorsitzenden des Beirats der VRS GmbH sowie seinen beiden Stellvertretern steht ein Teilnahmerecht an den Sitzungen der Verbandsversammlung zu.

Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des ZV VRS, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der ZV-Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist.

Die Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte für die Dauer ihrer Wahlzeit einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Die Verbandsversammlung ist von ihrem Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch zweimal im Jahr, schriftlich einzuberufen; ferner wenn 1/5 der Mitglieder der Verbandsversammlung das verlangt.

Jedes Mitglied der Verbandsversammlung hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß geladen und mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Im Falle der Beschlussunfähigkeit ist binnen 3 Tagen eine neue Versammlung zu einem mindestens 8 Tage später liegenden Zeitpunkt einzuberufen. Diese neue Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig, wenn in der Einladung hierauf hingewiesen ist.

Beschlüsse werden mit mindestens  $\frac{3}{4}$  der Stimmen der anwesenden Mitglieder gefasst, sofern nicht in der ZV-Satzung oder gesetzlich andere Mehrheiten vorgeschrieben sind.

Der Rheinisch-Bergische Kreis wurde im Jahr 2011 durch folgende Personen in der Verbandsversammlung vertreten.

ordentliches Mitglied

Opladen, Wilmund  
Wasserfuhr, Udo (bis 30.09.2011)  
Zorn, Gerhard

stellvertretendes Mitglied

Schmalt, Thorsten  
Haase, Reinhard  
Clemen, Christiane

#### **4.2 Verbandsvorsteher**

Die Verbandsversammlung wählt den Verbandsvorsteher und seinen Stellvertreter aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder auf die Dauer von 6 Jahren, jedoch höchstens für die Dauer seines Amtes.

Der Verbandsvorsteher und dessen Vertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen teilzunehmen.

Der Verbandsvorsteher führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes nach Maßgabe der Gesetze, der Zweckverbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Verbandsvorsteher war Herr Landrat Rolf Menzel.

**5. Wirtschaftliche Daten****Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011	31.12.2010	31.12.2009
	T€	T€	T€
A. Anlagevermögen	0	0	0
I. Finanzanlagen	516	516	516
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Forderungen	0	0	613
II. Liquide Mittel	344	274	319
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>860</b>	<b>790</b>	<b>1.448</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	642	642	629
II. Ausgleichsrücklage	142	171	200
II. Jahresüberschuss	- 26	- 29	598
B. Rückstellungen	12	6	6
C. Verbindlichkeiten	90	0	15
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>860</b>	<b>790</b>	<b>1.448</b>

**Ergebnisrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	0	0	12
Sonstige Transfererträge	300	300	420
Sonstige ordentliche Erträge	0	0	613
<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>300</b>	<b>300</b>	<b>1.045</b>
Transferaufwendungen	300	300	420
sonstige ordentlichen Aufwendungen	27	29	29
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>327</b>	<b>329</b>	<b>449</b>
<b>Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>- 27</b>	<b>- 29</b>	<b>596</b>
Finanzerträge	1,4	0,3	1
<b>Finanzergebnis</b>	<b>1,4</b>	<b>0,3</b>	<b>1</b>
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>- 25</b>	<b>-29</b>	<b>597</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>- 25</b>	<b>-29</b>	<b>597</b>

**Finanzrechnung**

	2011 T€	2010 T€	2009 T€
Zuwendungen und allg. Umlagen	0	0	12
Sonstige Transfereinzahlungen	300	300	420
Sonstige Einzahlungen	0	0	16
Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	1,0	0,1	3
<b>Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>301,0</b>	<b>300,1</b>	<b>451</b>
Transferauszahlungen	210	300	420
sonstige Auszahlungen	21	45	29
<b>Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>231</b>	<b>345</b>	<b>449</b>
<b>Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit</b>	<b>70,0</b>	<b>- 44,9</b>	<b>2</b>
<b>Finanzüberschuss</b>	<b>70,0</b>	<b>- 44,9</b>	<b>2</b>
<b>Anfangsbestand Finanzmittel</b>	<b>274</b>	<b>319</b>	<b>317</b>
<b>Liquide Mittel</b>	<b>344</b>	<b>274,1</b>	<b>319</b>

**6. Beschäftigte**

Der Zweckverband beschäftigte in den Jahren 2009 bis 2011 kein eigenes Personal.

**7. Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Die Höhe der vom Rheinisch-Bergischen Kreis im Jahr 2011 an den ZV VRS geleisteten Verbandsumlage belief sich auf 30.000 €. Diese Umlage wurde von dort in voller Höhe an die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weitergeleitet.

Es ist beabsichtigt, den ZV VRS in den nächsten Jahren aus dem Bestand der liquiden Mittel und den jeweils erwirtschafteten Zinserträgen zu finanzieren und auf eine Inanspruchnahme der ÖPNV-Pauschale nach § 11 ÖPNVG NRW zu verzichten. Die vorgenannte Umlage bleibt hiervon unberührt und wird weiterhin erhoben.

## **Landrat-Lucas-Stiftung**

### **1. Allgemeine Stiftungsdaten**

Landrat-Lucas-Stiftung  
Am Rübezahwald 7  
51469 Bergisch Gladbach

Telefon: 02202 / 132411  
Telefax: 02202 / 13104004

### **2. Öffentlicher Zweck**

Unter der Bezeichnung "Landrat-Lucas-Stiftung" hat der Kreistag des ehemaligen Landkreises Solingen durch Beschluss vom 13.07.1925 eine örtliche, selbständige, rechtsfähige Stiftung des privaten Rechts errichtet.

Das Preußische Staatsministerium in Berlin hat hierzu am 13.11.1925 die Genehmigung erteilt.

Aufgrund des Neugliederungsgesetzes für den Neugliederungsraum Köln vom 05.11.1974 (GV NW, S.1072) ist die Stiftung mit Wirkung vom 01.01.1975 vom Rhein-Wupper-Kreis auf den Rheinisch-Bergischen Kreis übergegangen.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinne des Dritten Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

Zweck der Stiftung ist die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse folgender Personengruppen:

- Kinderreiche Familien
- junge Familien
- Alleinerziehende
- Senioren und Schwerbehinderte.

Der Stiftungszweck wird ausschließlich durch die Gewährung zinsgünstiger Baudarlehen und Zuschüsse verwirklicht. Das zu fördernde Objekt muss im Gebiet des Rheinisch-Bergischen Kreises liegen. Die Mittel der Stiftung dürfen nur für bedürftige Personen satzungsgemäß verwendet werden.

### **3. Beteiligungs- und Kapitalverhältnisse**

Das Stiftungsvermögen beträgt zum 01.01.1981 insgesamt 2.134.150 DM.  
Die Stiftung liegt zu 100 % beim Rheinisch-Bergischen Kreis.

### **4. Organisationsstruktur**

Die Stiftung hat folgende Organe:

- a) der Kreistag,
- b) der Vorstand,
- c) das Kuratorium.

#### **4.1 Kreistag**

Dem Kreistag obliegt die Verwaltung des Stiftungsvermögens nach den Vorschriften der Gemeindeordnung, soweit nicht das Gesetz oder die Satzung etwas anderes regeln, insbesondere Erlass der Stiftungssatzung und späterer Änderungen, Erlass der Sonderhaushaltssatzung, Abnahme der Sonderjahresrechnung und Entlastung des Vorstandes und des Kuratoriums, Erstellung von Grundsätzen über die Realisierung des Stiftungszweckes (Art und Form der Zweckverwirklichung).

## 4.2 Vorstand

Vorstand der Stiftung im Sinne des § 26 BGB ist der Landrat. Dieser kann sich vom Kreiskämmerer in seiner Eigenschaft als Vorstand vertreten lassen. Vorstand war im Geschäftsjahr 2011 Herr Landrat Rolf Menzel. Er wurde durch Herrn Kreiskämmerer Udo Wasserfuhr als Vorstand vertreten.

Der Vorstand vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die laufenden Geschäfte, ihm obliegt insbesondere die Führung der Darlehenskartei, Feststellung des Entwurfs des Sonderhaushalts und der Sonderjahresrechnung und die Erteilung der Bewilligungen; letztere Aufgabe wurde vom Vorstand auf den Kämmerer übertragen. Das Kuratorium ist in seiner Sitzung über die erteilten Bewilligungen zu informieren. Der Vorstand beruft mit Zustimmung des Kreisausschusses je ein von den Interessenverbänden des nach § 2 Abs. 2 der Stiftungssatzung antragsberechtigten Personenkreis vorgeschlagenes Mitglied mit lediglich beratender Stimme in das Kuratorium.

## 4.3 Kuratorium

Das Kuratorium besteht aus fünf Mitgliedern. Die Mitglieder des Kuratoriums und deren Stellvertreter werden vom Kreisausschuss für die Dauer der jeweiligen Legislaturperiode des Kreistages bestellt. Das Kuratorium wählt den Vorsitzenden und den stellvertretenden Vorsitzenden aus seiner Mitte.

Bei Ausscheiden eines Mitgliedes rückt das stellvertretende Mitglied in das Kuratorium nach.

Das Kuratorium ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Es beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

Das Kuratorium setzte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 wie folgt zusammen:

### Ordentliches Mitglied

Heidi, Elvert  
Horst-Walter, Schenk  
Franzen, Jürgen  
Schmalt, Thorsten  
Gewehr, Erika

### stellvertretendes Mitglied

Roland, Rickes  
Siegfried, Lutz  
Claudia, Seydholdt  
Wolfgang, Kübler  
Michael, Strieker

### Mitglieder mit beratender Stimme

Thum, Jost A.	VdK
Klein, Jürgen	BdkF

## 5. Wirtschaftliche Daten

Das Geschäftsjahr 2011 schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 15.178,76 €. Im Geschäftsjahr 2011 wurden 3 Darlehen mit einer Gesamtsumme in Höhe von 34.500,00 € ausgezahlt.

**Bilanz**

<b>Aktiva</b>	31.12.2011 T€	31.12.2010 T€	31.12.2009 T€
A. Anlagevermögen			
I. Finanzanlagen	823	865	856
II. Sachanlagen	0	0	0
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	28	32	28
III. Wertpapiere	0	0	0
IV. Kassenbestand, Bankguthaben	304	273	286
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.155</b>	<b>1.170</b>	<b>1.170</b>

<b>Passiva</b>			
A. Eigenkapital			
I. Allgemeine Rücklage	1.170	1.163	1.160
II. Sonderrücklage	0	0	0
III. Ausgleichsrücklage	0	0	0
IV. Jahresfehlbetrag/Jahresüberschuss	- 15	7	3
B. Rückstellungen	0	0	0
C. Verbindlichkeiten	0	0	7
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	0
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.155</b>	<b>1.170</b>	<b>1.170</b>

**6. Beschäftigte/Verflechtung mit dem Kreishaushalt**

Die Landrat-Lucas-Stiftung beschäftigt kein eigenes Personal. Die anfallenden Arbeiten werden von zwei Kreisbediensteten (Wohnungsbauförderung / Kämmerei) erledigt. Von Seiten der Landrat-Lucas-Stiftung wird daher ein Pauschalbetrag für Personal- und Sachkosten an den Rheinisch-Bergischen Kreis erstattet.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2011 betrug die Kostenerstattung an den Rheinisch-Bergischen Kreis 7.000,00 €

### Mitgliedschaften des Rheinisch Bergischen Kreises in Vereinen, Organisationen und Einrichtungen

<u>Verein/Organisation</u>	<u>Jahresbeitrag 2011</u>
Abwassertechnische Vereinigung e.V.	386,00 €
Aggerverband	36.990,00 €
Altenberger Dom-Verein e.V.	1.533,88 €
Altlastensanierungsverband, Beitrag (8.320 €) wird vom BAV erstattet	
Arbeitsgemeinschaft für Erziehungshilfe	40,00 €
Bergischer Geschichtsverein	30,00 €
Deutsche Olympische Gesellschaft	154,00 €
Deutscher Verein für Vermessungswesen	100,00 €
Deutscher Kinderschutzbund	30,00 €
Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.	1.016,97 €
Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.	1.040,00 €
BV für Wohnen und Stadtentwicklung (Volksheimstättenwerk)	310,00 €
Deutsches Jugendherbergswerk	1.278,23 €
Dt. Verband für Wohnungswesen, Städtebau	225,00 €
Fachverband der Kämmerer	18,00 €
Fachverband der Standesbeamten	30,00 €
Fachverband der Kommunalkassenverwalter	50,00 €
Förderverein Nordrhein-Westfalen Stiftung	1.375,00 €
Förderverein der Fachhochschule	51,13 €
Griffelkunst	132,00 €
Interkommunaler Arbeitskreis „Wahner Heide“	2.500,00 €
Forum Wahner Heide e.V.	200,00 €
Heidezentrum Turmhof e.V.	400,00 €
Forsthaus Steinhaus e.V.	100,00 €
Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land	3.048,75 €

---

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement	6.400,35 €
Kommunaler Arbeitgeberverband NW	2.325,00 €
Landkreistag NW	77.737,80 €
Naturpark Bergisches Land	13.200,00 €
Netzwerk Industriekultur Bergisch Land	250,00 €
Rat der Gemeinden Europas	1.296,00 €
Regio Köln/Bonn e.V.	67.798,00 €
Rheinischer Verein für Denkmalpflege	60,00 €
Sauerländischer Gebirgsverein	51,13 €
Schlossbauverein Burg an der Wupper	1.000,00 €
Schutzgemeinschaft Deutscher Wald	55,00 €
Verein der Freunde und Förderer des Industriemuseums	75,00 €
Vereinigung der Leiter-Innen der Rechnungsprüfungsämter	15,00 €
Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge	2.556,46 €
Wupperverband	2.772,00 €
<b>Gesamt</b>	<b>226.630,70 €</b>